

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK



Was bleibt von der Forderung nach einer »anderen Politik«?



→ Gewerkschaftsfusionen – kein Rezept für Kampfkraft
 → Rechtsextremismus – Perspektiven der »Berliner Republik«
 → Kommentar zum »Schwarzbuch des Kommunismus«
 → Korrespondenzen zu Opel-Bochum, Svedala-Hamburg, Dunlop-Hanau, GEW-Berlin, ÖTV-Hamburg, Briefe aus Nicaragua

Einzelne Zugeständnisse an die Beschäftigten, aber Priorität für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft

Mit dem Ergebnis der Bundestagswahl hat sich in Deutschland jener politische Wechsel vollzogen, der in den Jahren zuvor bereits in fast allen anderen westeuropäischen Ländern erfolgt war. Die Parteien, die im jeweiligen Parteienspektrum eher für eine härtere Gangart in der Wirtschafts- und Sozialpolitik standen, sind abgewählt worden. Dies gilt für die Tories in Großbritannien ebenso wie für die bürgerliche Koalition unter Juppé in Frankreich, die Berlusconi-Allianz in Italien und – abschließend – die Kohl-Regierung hierzulande. Bei allen Unterschieden zwischen diesen Parteien – die Konservativen in Großbritannien haben in weit stärkerem Maße eine Politik betrieben, die nur auf die sog. »Selbstreinigungskräfte« des Marktes setzt, und einen dementsprechend radikaleren Abbau sozialer Rechte wie auch eine stärkere Deregulierung vieler gesellschaftlicher Bereiche durchgesetzt als etwa die Juppé-Administration oder gar die CDU/FDP-Koalition in Bonn – ist die politische Botschaft der Wahlen dieselbe.

Die Mehrheit der Wähler war nicht länger bereit, die von diesen konservativen Regierungen betriebene Politik der sozialen Verschlechterungen in dieser Form und in diesem Umfang hinzunehmen. Das hatte in erster Linie zwei Ursachen. Zum einen blieb in den meisten Ländern die von den Regierungen als wesentliche Begründung für ihre »angebotensorientierte« Politik genannte spürbare Senkung der Arbeitslosenzahlen aus. Zum anderen wurden die sozialen Folgen der neoliberalen Politik zunehmend als ungerecht empfunden. Zusätzlich profitierten die sozialdemokratischen oder sozialistischen Parteien auch noch davon, daß die für die konservativen und christdemokratischen Parteien außerordentlich wichtige ideologische Klammer des Antikommunismus mit dem Ende des real existierenden Sozialismus stark an Bedeutung verloren hat.

Das Ende der Regierung Kohl

Diese Punkte sind auch für das Ende der Regierung Kohl ausschlaggebend. Trotz zahlreicher Maßnahmen zur »Entlastung« der Unternehmen stieg die Arbeitslosigkeit auf immer neue Rekordhöhen. Die immer wieder beschworene Zauberformel: die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen, zog ange-

sichts einer mittlerweile 16 Jahre andauernden Regierungszeit nicht mehr. Der Kohl-Regierung wurde die Reduzierung der Arbeitslosigkeit von immer mehr Menschen nicht mehr zugetraut.

Gleichzeitig wuchsen der Ärger und die Wut über die als ungerecht empfundene Verteilung der Opfer, die die vielbeschworene Globalisierung angeblich von allen forderte. Zwar wurde (und wird bis heute) von nur wenigen in Frage gestellt, daß Opfer notwendig sind, um die Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt zu behaupten, weil man sich nur so auch eine Sicherung des eigenen Lebensstandards vorstellen konnte (und kann), die konkrete Form der zu diesem Zweck ergriffenen Maßnahmen wurde aber immer weniger geteilt. Warum mußte der Zahnersatz für die Patienten durch den Wegfall des Sachleistungsprinzips teurer werden, wenn ein Zahnarzt immer noch ein durchschnittliches Jahreseinkommen vor Steuern von über 250.000 DM hat? Warum mußten die Tarifrunden immer häufiger mit Reallohnseinbußen enden, wenn die Unternehmen zugleich seit Jahren Rekordprofite machten? Warum stiegen die steuerlichen Belastungen der Normalverdiener ständig, wenn gleichzeitig die enormen Kursgewinne, die man an den Börsen machen konnte, weitgehend unbesteuert blieben und Millionäre ihre Steuerschuld durch die vielfältigen Abschreibungsmöglichkeiten, die das deutsche Steuerrecht bietet, bis auf Null herunter rechnen konnten? Warum verschlechterten sich die Leistungen der öffentlichen Hand durch zahlreiche Sparmaßnahmen stetig, während sich die Steuerquote für Einkünfte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen seit 1980 um zwei Drittel verringert hatte? Solche

INHALT

Erste politische Entscheidungen nach der Wahl	2
Gewerkschaftsfusionen: Kein Rezept für Kampfkraft	5
Berichte dazu aus IG Bergbau/Chemie, GEW u.a.	10 + 12
Rechtsradikalismus in der »Berliner Republik«	15
Leserbrief dazu	19
Zur Debatte um das »Schwarzbuch des Kommunismus«	22
Korrespondenzen:	
Dunlop-Arbeiter	28
Opel-Bochum	30
Entlassungen bei Svedala	31
Hamburg: Protestierender Kollege soll blechen	31
GEW-Berlin: Arbeitszeit-Konten gegen -verlängerung	33
Nicaragua:	
Unterstützung für die Opfer der Natur-Katastrophe	35

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

- **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenastraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 – 16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Rote Straße 10 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Straße / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestochen scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: F. Lübke
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
 Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
 »GFSA e.V. · Postbox 106426 · D - 20043 Hamburg«

und ähnliche Fragen beschäftigten die Masse der Bevölkerung immer stärker. Sie akzeptierte zwar die generelle Notwendigkeit von Einsparungen, bei vielen gab es auch ein gewisses Verständnis für Maßnahmen gegen die sog. »Ausnutzung« von Sozialleistungen, derartige Ungerechtigkeiten aber mußten endlich korrigiert werden. Das war neben der Hoffnung, eine neue Regierung werde im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit vielleicht erfolgreicher sein als die alte, die zentrale Botschaft der Bundestagswahl. Mit einem primitiven Appell an den Antikommunismus, wie ihn die CDU/CSU mit der »Rote-Socken-Kampagne« noch einmal versuchte, war diesem Meinungsumschwung nicht mehr erfolgreich zu begegnen.

Widerstand der Beschäftigten zwingt das Unternehmerlager zum Rückzug

Die sinkende Bereitschaft, soziale Errungenschaften auf dem Altar der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu opfern, hat sich in den letzten zwei Jahren auch in den unmittelbaren Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit gezeigt. Eine besondere Rolle spielte dabei der Widerstand der Beschäftigten gegen den Verlust der hundertprozentigen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Die meisten Arbeiter und Angestellten betrachteten das Vorgehen der Regierung und der Unternehmer in diesem Punkt als einen Bruch mit einer bis dahin im allgemeinen immer noch relativ schieflich-friedlich funktionierenden »Partnerschaft«. Die von großen Teilen des Kapitals geforderte Wende in der Sozialpolitik konnte die Regierung Kohl in der Frage der Lohnfortzahlung zwar in Gesetzesform durch den Bundestag bringen, sie scheiterte dann aber an den zahlreichen Gegenaktionen der Betroffenen. Eine ähnliche Erfahrung mußten das deutsche Kapital und die Regierung Kohl auch beim Versuch machen, die Vereinbarungen des Kohlekompromisses kurzerhand zu kündigen. Der für fast alle Beobachter überraschend große Widerstand der Beschäftigten zwang Unternehmen und Regierung in beiden Fällen zum Einlenken.

Eine von großen Teilen des Kapitals gewünschte radikalere Wende in der Sozial- und Wirtschaftspolitik war damit gescheitert. Die CDU/CSU konnte sie als Volkspartei nicht so durchsetzen wie etwa die Tories in Großbritannien, und die Unternehmen selbst waren letztlich auch nicht bereit, den Preis für eine derartige Wende zu zahlen. Man hätte sich auf Seiten der Unternehmen zwar radikalere Einschnitte in das Sozialsystem gewünscht, die Kooperation mit den Gewerkschaften und den Betriebsräten bei der Durchführung der Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen wollte man dadurch aber nicht ernsthaft gefährden. Immerhin hatte diese Kooperation es möglich gemacht, binnen weniger Jahre ohne größere Konflikte eine Senkung der Lohnstückkosten zu erreichen, die im Vergleich mit den anderen größeren Industriestaaten einmalig war, und sich damit im internationalen Wettbewerb deutliche Kostenvorteile zu verschaffen. Als die Gefahr erkennbar wurde, daß ein Vorgehen wie bei der Lohnfortzahlung die bewährte »Partnerschaft« gefährden könnte, blies man im Unternehmerlager zum Rückzug.

Diese Erkenntnis prägte auch das Verhalten der Unternehmerverbände im Wahlkampf. Ihre Unterstützung galt zwar eindeutig der bisherigen Regierung, von der man sich eine Fortsetzung ihrer unternehmerfreundlichen Politik versprach, ein Sieg der Sozialdemokratie wurde aber auch nicht als dramatisch eingestuft. Man stellte sich sogar zunehmend

darauf ein. Von einer Schröder-Regierung erwartete man schließlich keine grundlegende Abkehr von einer Politik, bei der die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft Priorität besaß, sondern nur begrenzte Modifikationen zugunsten der SPD-Klientel. Außerdem hoffte man, die Gewerkschaften mit Hilfe der SPD noch stärker einbinden und den Widerstand in ihren Reihen eher unterlaufen zu können als unter einer konservativen Regierung.

Schließlich hatte sich auch die Rolle der Grünen in den letzten Jahren stark verändert. Sie vertraten zunehmend Positionen, die an den linken FDP-Flügel erinnerten. In der Rechtspolitik waren sie für eine Stärkung der Rechte des »Individuums«, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik für das Aufbrechen »verkrusteter Strukturen« im öffentlichen Dienst und eine stärkere Eigenvorsorge. Sie wurden immer mehr zu einer Partei der »besserverdienenden« Studienräte und kleinen Selbständigen. Die beiden Gruppen der höheren Beamten und der Selbständigen waren es dann auch, von denen die Grünen bei der Wahl überproportional viele Stimmen bekamen. Von den Grünen war aus Sicht der Wirtschaft, wenn ihr auch die Haltung zur Atomkraft und zur Ökosteuer nicht berechenbar erscheint, dementsprechend ein zusätzlich mäßigender Einfluß auf diejenigen Kreise in der SPD zu erwarten, die noch alten sozialdemokratischen Positionen anhängen.

Erfolg der PDS und Niederlage von DVU, NPD und Republikanern

Nach den Landtagswahlen von Sachsen-Anhalt war allgemein auch mit einem Erfolg der rechten Parteien bei der Bundestagswahl gerechnet worden. Aufgrund ihrer Zersplitterung war ein Einzug in den Bundestag zwar so gut wie ausgeschlossen, einen Stimmenanteil von insgesamt deutlich über fünf Prozent hatten aber doch viele erwartet. Das Verfehlen dieser Marke in den meisten Bundesländern und noch mehr der Nichteinzug in das Landesparlament von Mecklenburg-Vorpommern zeigt, daß die Wählerschaft von DVU, NPD und Republikanern zu einem großen Teil immer noch aus Protestwählern besteht, die sich bei veränderten Konstellationen relativ schnell umentscheiden können. Die Stammwählerschaft ist bislang noch deutlich kleiner als vielfach vermutet. Ob es dem rechten Lager gelingen wird, sich in der politischen Landschaft als parlamentarische Kraft (zur Entwicklung und Bedeutung des rechtsradikalen Lagers insgesamt, also auch außerparlamentarisch siehe den Artikel zum Rechtsextremismus in dieser Nr. der Arpo) wie in Frankreich oder Italien dauerhaft zu etablieren, bleibt abzuwarten. Viel wird davon abhängen, wie die CDU ihre Niederlage verarbeitet. Sollte es heftige Flügelkämpfe zwischen Nationalkonservativen, Neoliberalen und den verbliebenen Anhängern einer stärker sozialpartnerschaftlich ausgerichteten Politik geben, der von vielen noch als Betriebsunfall bewertete Verlust der Regierungsmehrheit nicht in absehbarer Zeit repariert werden können und es als Folge davon dann zu größeren Abspaltungen von der CDU kommen, ist die Bildung einer populistischen Rechtspartei unter Einbeziehung der DVU und der Republikaner nicht auszuschließen.

Auf der linken Seite des Parteienspektrums ist die Entwicklung eindeutiger. Die PDS hat sich erst einmal etabliert. In den neuen Bundesländern stellt sie die (auch von vielen CDU- und SPD-Wählern anerkannte) Regionalpartei dar, die die Interessen der Bevölkerung gegenüber dem Westen am

konsequentesten vertritt, in der alten Bundesrepublik hat sie mit ihren klassisch sozialdemokratischen Forderungen einen Teil des Raums besetzt, den SPD und Grüne am linken Rand freigemacht haben. Wenn es ihr aufgrund der zu erwartenden Politik der neuen Regierung gelingen sollte, diese Rolle ungeachtet ihrer eigenen Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern weiterhin konsequent zu verfolgen, dann könnte sie trotz des (in abgeschwächter Form) weiterhin existierenden Antikommunismus auch für Gewerkschaftsmitglieder und Rationalisierungsverlierer im Westen zunehmend attraktiv werden.

Die Regierung Schröder im Spagat

Die ersten Beschlüsse der neuen Regierung zeigen, wie SPD und Grüne versuchen, den unterschiedlichen Erwartungen gerecht zu werden. Auf der einen Seite werden mit der angekündigten Steuerreform eine Reihe von Vergünstigungen für die großen Unternehmen gestrichen und Steuer-schlupflöcher für Wohlhabende geschlossen sowie die Besteuerung von Aktiengewinnen verbessert, wird die gesetzliche Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wieder zurückgenommen, werden in der Gesundheitspolitik Verschlechterungen wie beim Zahnersatz oder beim sog. »Notopfer« für die Krankenhäuser rückgängig gemacht, werden also zu offensichtliche Ungerechtigkeiten beseitigt.

Auf der anderen Seite wird der Mittelstand von vielen neuen steuerlichen Regelungen ausgenommen, wird die Ökosteuern zugunsten der Industrie eindeutig entschärft und wird der Wirtschaft generell eine deutliche Senkung der Lohnnebenkosten versprochen. Die Aussagen von Finanzminister Lafontaine zur grundlegenden Reform der Kranken- und Arbeitslosenversicherung geben einen ersten Vorgeschmack von dem, was da noch kommen wird. Vordergründig gegen die sog. »gutverdienenden« Arbeitslosen gerichtet, wird das sog. »Bedürftigkeitsprinzip«, ist es erst einmal in der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung eingeführt worden, einer allgemeinen Senkung der Leistungen den Boden bereiten. Der Vorstoß von Arbeitsminister Riester mit seinem Konzept der allein von den Beschäftigten finanzierten Rente ab 60 geht in dieselbe Richtung. Das bisher gültige Prinzip der paritätisch finanzierten Sozialversicherung wird zugunsten einer steuerlich garantierten Grundsicherung und einer dann privat organisierten »Zusatzversorgung« in Frage gestellt.

Bislang ist der Regierung Schröder der Spagat zwischen der Erwartungen derjenigen Wähler, die sich von einer neuen Regierung vor allem eine größere soziale Gerechtigkeit versprochen haben, und den Erwartungen derjenigen, die sich von ihr in erster Linie eine Belebung der Wirtschaft erhofft haben, noch halbwegs gut gelungen. Symptomatisch dafür war die Stimmung auf dem Sonderparteitag der SPD. Zwar erhielt Oskar Lafontaine für seine Äußerungen zur Umgestaltung der Sozialversicherungssysteme im Unterschied zu seinen Ausführungen zur sozialen Gerechtigkeit kaum Beifall, zu einem wirklichen Konflikt kam es aber nicht. Ob das so bleiben wird, wenn die Finanzierungsprobleme der öffentlichen Hand wegen der sich deutlich verschlechternden Lage der Weltwirtschaft zunehmen werden, erscheint unwahrscheinlich.

Trotz des auch unter den Beschäftigten verbreiteten Verständnisses für notwendige Opfer zugunsten der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft werden die über kurz

oder lang erforderlich werdenden weiteren Einschnitte in das soziale Netz die Hoffnungen zumindest eines Teils der SPD-Anhänger enttäuschen. Die Neuregelung der sog. »620 Mark Jobs« ist hierfür ein erstes Indiz. Von dem Wahlversprechen, diese Billigjobs für die Unternehmen unattraktiv zu machen, um die Aufspaltung regulärer Arbeitsverhältnisse in solche Minijobs zu verhindern, ist nichts übrig geblieben. Die Wirtschaft sollte nicht belastet werden. Wie man ohne eine solche Belastung sein Wahlversprechen halten will, wird ein Geheimnis der SPD bleiben. Wenn der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Clement jetzt schon eine Änderung der gerade erst beschlossenen Steuerreform fordert, weil die Unternehmen zu stark zur Kasse gebeten würden, zeigt das die Richtung an, in die die Diskussion in den nächsten Monaten laufen wird. Das erste Treffen für das »Bündnis für Arbeit« ist im Kern denn auch davon bestimmt gewesen, daß die Unternehmerverbände ihre Forderungen wie etwa die nach einer Ausweitung des Bündnisses auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in der Regel haben durchsetzen können, während für die Gewerkschaften außer guten Worten nichts geblieben ist.

Daher muß es die Aufgabe von klassenbewußten Gewerkschaftern sein, Widerstand gegen die Angriffe der Unternehmer und drohende Sparmaßnahmen im Sozialbereich zu organisieren, statt auf Maßnahmen der neuen Regierung zu setzen. Zwar haben die meisten Wähler den Wahlversprechungen der SPD nur beschränkten Glauben geschenkt, in manchen Punkten bieten sich aber dennoch Anknüpfungsmöglichkeiten für eine auch praktisch werdende Kritik an der Politik der Bundesregierung und der sie stützenden Gewerkschaftsführungen.

So wird nun unter den Bergleuten besonders nach der um zwei Jahre vorgezogenen Stilllegung der Zeche Ewald/Hugo in Herten/Gelsenkirchen diskutiert, eine Neuaufnahme und damit Verbesserung des unter der CDU/FDP-Regierung ausgehandelten Kohlekompromisses zu verlangen. Schließlich haben SPD und Grüne den im März letzten Jahres in Bonn demonstrierenden Bergarbeitern versprochen, sich für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze einzusetzen, und an die Demonstranten appelliert, Kohl mit dem Stimmzettel die Quittung für die unsoziale Politik der Regierung zu geben, und das haben ja nun auch besonders die Bergleute von der Ruhr und Saar bei der Wahl gemacht. So ist es nur verständlich, wenn sie nun eine Nachbesserung für die Kohlepolitik und damit für die Sicherung ihrer Arbeitsplätze diskutieren. Aber diskutieren allein hilft nicht, denn es reicht nicht das Hoffen darauf, daß die neue Regierung Schröder ihre sozialen Versprechen von gestern einhält, sondern nur ein aktiver Widerstand der Betroffenen selbst kann einen weiteren Sozialabbau bremsen.

14. 12. 98 ■

August Thalheimer

Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie

**Zu den Vorstellungen des ADGB 8Naphtali
von 1928 über die friedliche Umwandlung der
kapitalistischen Ordnung.**

53 Seiten, Broschur, 15,- DM.

Kein Rezept für fehlende Kampfkraft

Die Zahl der Einzelgewerkschaften im DGB nimmt ab. Es entstehen wenige große Organisationen mit insgesamt allerdings – wenn der gegenwärtige Trend anhält – geringerer Mitgliederzahl. Wie immer man es wendet: Die Argumente der gewerkschaftlichen Führungsgremien für das gegenwärtige Fusionsfieber laufen letztlich darauf hinaus, daß dem Problem der schwindenden Beitragseinnahmen mit einer Strategie Einhalt geboten werden soll, die die Schlagkraft der Gewerkschaften in den Tarifaueinandersetzungen und der betrieblichen Interessenvertretung durch Neustrukturierung erhalten und möglichst ausbauen soll.

Gesucht wird eine betriebswirtschaftlich abgesicherte Lösung, die den Karren wieder flott macht und die, gefördert durch entsprechende Werbekampagnen, auch wieder steigende Netto-Beitrittszahlen bringt. Charakteristisch ist dagegen die weitgehend passive Hinnahme dieser Umstrukturierung durch die Mitgliedschaft, die solche Fusionen als »Kopfgeburt« ohne breite Diskussion von organisatorischen Alternativen und politischen Zielen dann überhaupt erst möglich macht.

Eingefordert wird die Beteiligung der Basis etwa in einer im Mai 1998 veröffentlichten Broschüre des IG-Medien-Bezirks Wiesbaden zur angestrebten Gründung einer Dienstleistungsgewerkschaft, die von den bisherigen DGB-Gewerkschaften ÖTV, IG Medien, HBV und DPG sowie der außerhalb des DGB stehenden DAG gegründet werden soll (vgl. Kasten). Der Versuch, die Diskussion darüber mit diesem Beitrag anzuschieben, ist berechtigt, ungeachtet seiner Chancen auf Verwirklichung. Die IG Medien ist als Neugründung aus IG Druck und Papier plus Gewerkschaft Kunst selbst diejenige Organisation, die auf die ersten Fusionserfahrungen im DGB zurückgreifen kann. Hier wird allerdings auch deutlich, daß die Ermunterung zur breiten Diskussion in der Mitgliedschaft allein nicht sehr aussagekräftig ist. Diese haben auch die Hauptvorstände fusionierender Gewerkschaften in den bisherigen Vereinigungsprozessen und erneut in diesem aktuellen Versuch im Dienstleistungssektor in ihrer prozeßbegleitenden Rhetorik stets verlangt; die ausbleibende Resonanz muß daher weiterreichende Gründe (und Konsequenzen) haben.

Nicht zuletzt wird mit dieser »Megafusion« im Dienstleistungssektor die Frage nach der zukünftigen Funktion des DGB in entscheidendem Maße zugespitzt. Angesichts der Entstehung einer neuen kartellartigen Großorganisation konzentriert und beschränkt sich die Diskussion überwiegend auf den Rechtsschutz und die Definition der Organisationsbereiche. Auch diese Kompetenzen sind jedoch im Laufe der Zeit fragwürdig geworden: Der Rechtsschutz, soweit er überhaupt vom DGB und nicht – wie im Falle der ÖTV – von der zuständigen Branchengewerkschaft wahrgenommen wird, ist mittlerweile als GmbH ausgegliedert worden, und den Zuschnitt der Organisationsbereiche fechten die Einzelgewerkschaften in Abgrenzungskonflikten und neuerdings Fusionen untereinander aus.

Auf Lean Production folgt Lean Union

Der Gedanke der Einheitsgewerkschaft erfährt immer neue ideologische Begründungen, um in herrschende Konzepte

und deren Zurichtung auf veränderte Bedingungen hineinzu passen. Nach dem Zweiten Weltkrieg war diese Idee die weithin geforderte Lehre aus der Spaltung der Arbeiterklasse in der Novemberrevolution und den Niederlagen gegen Reaktion und Faschismus in der kurzlebigen Weimarer Republik. Mehrere Ebenen fielen unter diesen Begriff: 1. gemeinsame Klassenorganisation trotz verschiedener politischer Richtungen (kommunistische, sozial- und christdemokratische Fraktionen); 2. einheitliche Organisation für ArbeiterInnen und Angestellte; 3. ein Betrieb bzw. eine Branche – eine Gewerkschaft; 4. direkte Mitgliedschaft, Finanzhoheit etc. beim zentralen Gewerkschaftsbund. Aufgrund der Besatzungsbedingungen verliefen die Auseinandersetzungen hierüber dezentral und sehr unterschiedlich.

Im Schatten des Kalten Krieges war die Entwicklung im Westen Deutschlands schließlich überall rückläufig. Politisch umfaßte »Einheitsgewerkschaft« nur noch diejenigen, für die bürgerliche Republik, Tarifautonomie und betriebliche »Mitbestimmung« den begrenzten, verbindlichen Rahmen zur Vertretung von Arbeiterinteressen ausmachten. KommunistInnen wurden ausgegrenzt, nach dem Verbot der KPD 1956 staatlich verfolgt und innergewerkschaftlich zur Unterschriftsleistung unter sogenannte »Reverse« gezwungen. Bis heute müssen Hauptamtliche bei ihrer Einstellung solche Erklärungen unterschreiben, mit denen sie sich von »K-Gruppen« distanzieren, deren kurze Blüte in den siebziger Jahren stattfand. Zugleich mit dieser politischen Richtungsentscheidung wurden in der frühen Nachkriegszeit das heute bestehende Organisationsmodell der Einzelgewerkschaften und die vom DGB getrennte Sonderexistenz einer kleinen Angestelltengewerkschaft festgeschrieben.

Die Schwäche dieser Organisation zeigte sich in – oft kampflösen – Niederlagen bei Auseinandersetzungen von zentraler politischer Bedeutung wie Betriebsverfassungsgesetz, Wiederbewaffnung, Notstandsgesetze u.a. Hierzu fiel dem DGB zumeist nicht mehr ein, als sein Gewicht zugunsten der SPD in die Waagschale zu werfen und mit dieser gemeinsam nachzugeben. Die Rolle eines Dieter Schulte, der auch im Wahlkampf '98 unausgesetzt vom »Bündnis für Arbeit« redet, ist die passende Krönung dieser Entwicklung des DGB.

Die Einzelgewerkschaften konzentrierten sich auf ihre jeweilige »verantwortungsvolle« Tarifpolitik, die Sozialpartnerschaft mit dem Kapital und die Förderung von dessen starker Position auf dem Weltmarkt, um sich aus diesem Kuchen einen angemessenen Anteil herauszuschneiden. Mit der ab Mitte der siebziger Jahre sich verfestigenden Massenarbeitslosigkeit traten auch deren Grenzen deutlich zutage. In der Frage der Arbeitszeitverkürzung in den achtziger Jahren waren sie außerstande, ein gemeinsames Konzept zu vertreten, sondern formierten sich in zwei Linien um die IG Chemie (Lebensarbeitszeitverkürzung) und die IG Metall (35-Stunden-Woche), die landläufig als mehr sozialpartnerschaftlich bzw. mehr reformistisch-kämpferisch galten. Diese Unterschiede, wenn auch zum Beispiel in der IG Chemie eine Zeitlang umkämpft, bewegten sich allerdings in systembedingt engen Grenzen und betreffen eher den pragmatischen Umgang mit den Bedingungen der jeweiligen Branche.

Die Argumentation für eine Neugliederung berief sich zunächst auf die Neuzusammensetzung der aus den späten vierziger Jahren stammenden Branchenstrukturen in der Industrie und bei den Dienstleistungen, die seit den siebziger Jahren – beschleunigt durch die Entwicklung neuer Technologie – rasante Fortschritte machte (zu Ursachen und Wirkungen dieser Prozesse vgl. die Lean-Production-Serie, Arpo Nrn. 1/94, 3/94 und 4/94). Insbesondere in der ersten Fusion der achtziger Jahre, aus der die IG Medien entstand, schien es – den Diskussionen zufolge – ernsthaft darum zu gehen, diesen Veränderungen auf der Unternehmenseite ein gewerkschaftliches Gegengewicht entgegenzustellen. In den neunziger Jahren aber wurde dieser Zusammenhang mehr und mehr abgekoppelt, wie die willkürlichen Zusammenschlüsse völlig branchenfremder Gewerkschaften deutlich machten. Damit wurde klar, daß ganz andere Motive eine Rolle spielen, die sich eher auf die Funktionsfähigkeit des Apparats und innergewerkschaftliche Positionskämpfe beziehen als auf die Stärke in der Klassenauseinandersetzung. Die Argumentation mit Branchenstrukturen wurde instrumentalisiert – auch dort, wo ein realer Hintergrund bestand wie im Bereich der Kommunikationstechnologien.

Der Zusammenbruch der DDR bescherte den DGB-Gewerkschaften unverhofft neue Aufgaben und Mitglieder im Osten. Neue Strukturen mußten aufgebaut werden. Die Notwendigkeit aus Sicht der Gewerkschaftsspitzen, dem Osten das westliche Sozialpartnerschaftsmodell beizubiegen, erforderte eine entsprechende Aufblähung der bisherigen Apparate. Auch Neuinvestitionen in Immobilien (Gewerkschaftshäuser, Bildungsstätten) wurden vorgenommen. Hinzu kam eine im Vergleich zum Westen erheblich geringere Wohndichte, die zum Beispiel in der ÖTV die Einführung eines Gebietsbonus in den Stellenplanschlüssel der Gewerkschaftsbeschäftigten zur Folge hatte. Die Beitragseinnahmen hielten damit nicht Schritt, weil die Löhne und Gehälter im Osten niedriger als im Westen lagen und bald auch infolge der Deindustrialisierung die Arbeitslosigkeit rapide zunahm.

Vordergründiges Motiv: Sinkende Beitragseinnahmen

Inhaltlich ist die Veränderung von Branchenstrukturen zwar ein gewerkschaftliches Thema und eine Frage des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen, aber sie ist nicht leitendes Motiv bei der Neuorganisation der Gewerkschaften. Die wirklichen Probleme, die allerdings in diesem Zusammenhang bestenfalls am Rande diskutiert werden, sind Massenarbeitslosigkeit, Privatisierung, Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, Zersetzung der Flächentarife, die sich in den Gewerkschaften in kontinuierlichem Mitgliederschwund umsetzen. Daraus folgt für den Apparat ein Selbstbehauptungsproblem, das er durch Zentralisierung zu lösen hofft.

Die Mitgliederentwicklung in einer Gewerkschaft ist die wichtigste Steuerungsgröße aus Sicht des hauptamtlichen Apparats, denn nur genügend Einnahmen gewährleisten die Auszahlung von Gehältern für Funktionäre und Verwaltungsangestellte. Umgekehrt aber können die Gewerkschaften ihre Mitglieder nur halten bzw. neue gewinnen, wenn sie ihre Existenzberechtigung durch Erfolge in der Auseinandersetzung mit dem Kapital bzw. dem Staat oder durch Dienstleistungen wie etwa Rechtsschutz nachweisen können. Dafür benötigt man einen Streikfonds, der als Kampfmittel und Drohpotential einsatzfähig sein muß, also wiederum Bei-

tragseinnahmen. Wie weit diese fließen können, hängt für einen Apparat, der gesellschaftliche und betriebliche Konflikte vorwiegend im Stile sozialfriedlichen Co-Managements lösen will und sich damit auch von seiner Basis nicht sehr weit unterscheidet, weitgehend von den Veränderungen struktureller Faktoren in Wirtschaft und Staat ab.

Konkret heißt dies für die Entwicklung der letzten Jahre, daß der hauptamtliche Apparat samt seinen Dienstleistungsfunktionen für die Mitglieder dem Auf und Ab der Beitragseinnahmen angepaßt wurde. Dies erscheint einfacher, als über politische Ursachen finanzieller Rückgänge Rechenschaft abzulegen und sich Gedanken über aktive Strategien in der Klassenauseinandersetzung zu machen. Die Richtung ist tendenziell der Rückzug aus der Fläche und die Bildung größerer territorialer Einheiten, die mit gleichbleibendem oder gekürztem Personalbestand bedient werden, schließlich die Zusammenlegung ganzer Gewerkschaften. Damit verfolgen die Gewerkschaftsführungen selbst Arbeitsplatz- und Sozialabbaustrategien, die sie in den Geruch »kapitalistischer Ausbeuter« bringen. Im Kern signalisieren sie jedoch nur ihr prinzipielles, wenn auch sozial abgefedertes Einverständnis mit der Logik, strukturelle Veränderungen im Arbeitsprozeß auf dem Rücken der Beschäftigten zu bewältigen.

Ob damit weitere ordnungspolitische Vorstellungen verbunden werden, sei an dieser Stelle offen gelassen. Daß der Apparat dazu treibt, die Mitglieder seiner umfassenden Kontrolle zu unterwerfen, ist bekannt und an vielen Themen nachzuweisen, vor allem der Streikführung, dem Umgang mit betrieblichen Konflikten, der Behandlung innergewerkschaftlicher Opposition. Ob allerdings die Neustrukturierung ein gezielter Beitrag in diese Richtung ist, kann nicht eindeutig belegt werden. Die gegenwärtige Lage an der Basis ist nicht gerade durch aktives Aufbegehren in breiter Front gekennzeichnet, sondern durch passive Unzufriedenheit, die sich in Mitgliederschwund äußert. Allenfalls könnte die Fusion daher – spekulativ – als eine präventive Maßnahme zur Bereitstellung geeigneter Kontrollinstrumente gewertet werden.

Bisherige Fusionen

Nach einem mehrjährigen Prozeß von Absprachen, Gremienbeschlüssen, Strukturplanungen etc. fand vom 8. bis 15. April 1989 der erste Gewerkschaftstag der IG Medien in Hamburg statt. Damit sollte eine neue Industriegewerkschaft nach dem traditionellen Prinzip »Ein Betrieb, eine Gewerkschaft« entstehen. Vorausgegangen waren Diskussionen über die neuen Medien und ihr Rationalisierungspotential, die Entstehung neuer Berufsbilder, die Angleichung von Arbeitsprozessen und die Integration von Branchen in der »Bewußtseinsindustrie«, die steigenden Privatisierungstendenzen im bislang öffentlich-rechtlichen Rundfunk u.v.m. Auf dies alles sollte die Fusion so unterschiedlicher Charaktere wie DruckerInnen, JournalistInnen, BühnenarbeiterInnen und MusikerInnen eine umfassende Antwort geben. Der Prozeß ging vermutlich deswegen ohne nennenswerte Widerstände über die Bühne, weil der eine Partner – die Gewerkschaft Kunst – im Vergleich zur IG Druck und Papier sehr klein und in sich – bis auf die Rundfunkbeschäftigten in der RFFU – stark zersplittert war. Beide Verbände und auch die innerhalb der Kartellgewerkschaft Kunst bestehenden Einzelgewerkschaften wie zum Beispiel die RFFU gingen in

Fachbereichen der IG Medien auf. Die neue Gewerkschaft blieb eine der kleinsten im DGB und geriet in größeren Streiks an die Grenzen ihrer Möglichkeiten (vgl. Arpo 3/94).

Die erste Fusion war gerade fertig, da kam die nächste auf die IG Medien zu. Mit der Auflösung der DDR und ihres FDGB stand die Übernahme der ostdeutschen IG Druck und Papier sowie des Verbandes der Journalisten an. Hier spielte die IG Medien eine ähnliche Rolle wie die anderen DGB-Gewerkschaften auch, nämlich das westdeutsche Gewerkschaftsmodell samt der im Nachkriegswesten entwickelten Sozialpartnerschaft dem Osten so überzustülpen, daß eigenständige, unkontrollierte Regungen nicht möglich sein sollten (vgl. Arpo 2/90). Das Ergebnis aus heutiger Sicht ist eine fortbestehende, transformierte Spaltung, die im Osten weite tariflose Räume in Industrie, Handwerk und Handel geschaffen hat und auch im Westen immer größere Löcher reißt.

Seit Januar 1996 gibt es die IG Bau-Agrar-Umwelt (IG BAU). Sie schloß sich zusammen aus der früheren IG Bau, Steine, Erden (IG BSE) und der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF). Für das Zusammengehen von Maurern und anderen Bauberufen mit WaldarbeiterInnen und GärtnerInnen wurde alsbald eine Begründung gefunden, nämlich das »Bündnis von Arbeit und Umwelt«. Entscheidend war dieses Argument wohl kaum, sondern eher nachgeschoben. Andere organisatorische Strukturen hätten ebenfalls bzw. besser begründet werden können, zum Beispiel mit Blick auf staatliche und kommunale Forstbetriebe und Parkanlagen die Übernahme der betroffenen GGLF-Mitglieder in die ÖTV.

Gesichtspunkte, die bei der Entscheidung für eine bestimmte Fusion eine Rolle spielen, sind etwa in der Frage der Erhaltung von Stellenplänen und der Bezahlung von hauptamtlichen Kräften zu suchen; wer hier das günstigste Angebot macht, kriegt den Zuschlag. Eine weitere wichtige finanzielle Frage ist die Fähigkeit der Gewerkschaft, den Streikfonds aufzufüllen.

Organisationen mit schwindender Mitgliederzahl aufgrund hoher Arbeitslosigkeit und/oder ökonomischer Strukturveränderung in der betreffenden Branche sind zur Finanzierung dieser Lasten immer weniger in der Lage und sehen sich (nach Ausschöpfung eigener Möglichkeiten der »Rationalisierung«) gezwungen, bei den größeren unterzukriechen. Dies ist die Situation v.a. im Bergbau, in der Textilindustrie und in der Möbelbranche. Die Fusion von IG Bergbau und Energie (IG BE) sowie der Gewerkschaft Leder mit der IG Chemie zur IG BCE ist mittlerweile abgeschlossen. Die Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB) ist in die IG Metall eingetreten, die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) wird im Jahre 1999 kraft jetzt schon bestehender Beschlußlage folgen. Besonders hinsichtlich der letzteren, die in ihrer Publizistik kämpferisch auftritt, dürfte auch die Bewertung eine Rolle spielen, wonach die IG Metall im Vergleich etwa zur IG BCE immer noch als weniger sozialpart-

nerschaftlich und deshalb besser vermittelbar gegenüber den eigenen Mitgliedern gilt. Hier handelt es sich weniger um eine Fusion, sondern um den geschlossenen Übertritt der Mitglieder.

Verwirrspiele um die Neustrukturierung

Unterschiedliche Kooperationsversuche gingen dem jetzt eingeschlagenen Weg zur Dienstleistungsgewerkschaft voraus: Gründung eines lockeren Verbandes aus kleinen Gewerkschaften der Bereiche Medien, Telekommunikation, Banken, Handel einerseits, Fusionsgespräche der ÖTV mit der DAG andererseits. In einer überraschenden Wende ab etwa Oktober 1997 wurden beide Stränge miteinander verbunden.

Die kleinen Gewerkschaften befinden sich seit Mitte der neunziger Jahre in einem Formierungsprozeß, der immer wieder neue Kombinationen in die Diskussion brachte. Daran nahmen nicht nur diejenigen teil, die jetzt mit ÖTV und DAG zusammengehen wollen (die »Plattform-Gewerkschaften«), sondern anfangs auch GTB und GHK, die schließlich für die IG Metall votierten, sowie NGG (Nahrung, Genuß, Gaststätten) und GdED (Eisenbahner), die sich am Ende für ihre Selbständigkeit entschieden. Sie befürworteten auch eine Stärkung des DGB, zum Beispiel durch direkte Mitgliedschaft. Die großen Industriegewerkschaften – IG Metall, IG Chemie – lehnten das natürlich ab und unterstellten den »kleinen Tigern«, sie hätten es auf ihre Beitragskassen abgesehen.

Zeitweilig gab es ein Projekt »Gewerkschaft Konsum und Gebrauchsgüter«, an dem GTB und NGG arbeiteten, während sie gleichzeitig von der IG Chemie umworben wurden. Die IG Metall versuchte, GdED und DPG (Post und Telekommunikation) für eine »IG Metall-Logistik-Kommunikation« zu gewinnen. Auch die IG Medien brachte 1996 einen »Kommunikationsverbund« für die aufkommende Multimedia-Branche in die Diskussion: Für die Geräte sei die IG Metall, für die Vernetzung die DPG und für die Inhalte sie selbst zuständig. An diesem Strang kristallisierte sich später ein Dreierverbund heraus, an dem sich statt der IG Metall die HBV beteiligte. Grundlage war zunächst ein Kooperationsvertrag zu »Multimedia und Arbeitswelt« zwischen IG Medien und DPG, mit dem beide Gewerkschaften auf die Neustrukturierung der Kommunikationstechniken und grenzüberschreitende »strategische Allianzen« der Medienunternehmer zu reagieren versuchten.

Derweil wurde in der HBV noch an einer Gewerkschaft für private Dienstleistungen gebastelt. Die ÖTV erhob dagegen den Einwand, daß private und öffentliche Dienstleistungen aufgrund eines breiten Sektors von Überschneidungen kaum zu trennen seien. Vom öffentlichen Dienst (zum Beispiel öffentlicher Nahverkehr, kommunale Krankenhäuser) als Kern abgesehen, befinden sich auch privatwirtschaftliche Bereiche in der ÖTV (zum Beispiel private Busunternehmen¹, Privatkliniken, Taxi-Unternehmen, Reisebüros, Friseurhandwerk). Ein Angebot der HBV an die NGG zur Zusammenarbeit lehnte diese ab, verbunden mit der Kritik, daß es den Gewerkschaften wenig nütze, »jede Woche eine neue Sau durchs Dorf« zu treiben. So erschien die Zusammenlegung der Konzepte »private Dienstleistungen« und »Kommunikationsverbund« in dem Dreierpack mit IG Medien und DPG als Versuch, doch noch irgendwo unterzukommen. Er hätte mit rund 1,2 Mio. Mitgliedern schon eine

1 Daß die ÖTV hier keineswegs in der Lage ist, zu koordinieren, zeigt die oft krasse Schlechterstellung der bei privaten Unternehmen Beschäftigten im Vergleich zu denen im öffentlichen Dienst der gleichen Branche. Auch gegen Privatisierung und Outsourcing, zum Beispiel im Nahverkehr, hat sie nur begrenzte Konzepte. In der Stadt Brandenburg ging im September dieses Jahres ein elftägiger Streik zu Ende, indem der Übertritt des städtischen Verkehrsbetriebes vom Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) in den (privaten) Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmen (BDO) mit den entsprechenden Folgen gerade noch verhindert wurde.

große Organisation ergeben; zwingend war die Verbindung jedoch nicht. Infolgedessen kam die organisatorische Vernetzung nicht so recht voran, und die drei Beteiligten hielten sich weiter nach mehreren Seiten offen.

Über Fusionspläne mit der DAG zur Dienstleistungsgewerkschaft

Seit Sommer 1997 nahmen Fusionsabsichten der ÖTV mit der DAG Gestalt an. Schon seit längerer Zeit war man in der Führung der ÖTV von der traditionellen Konfrontation zur »Standesorganisation« der Angestellten weg gekommen. Der neue Umgang zeigte sich zum Beispiel im Streik der Zivilbeschäftigten der Stationierungstreitkräfte im Frühjahr 1997. Kurz darauf wurde von einer möglichen Fusion gesprochen. Allerdings sei noch nichts festgelegt, man wisse auch noch nicht, ob auch die HBV mit dabei sei. Im Falle einer auf die DAG beschränkten Fusion war die Gründung einer völlig neuen Gewerkschaft geplant, die zunächst außerhalb des DGB stehen und alsdann einen Aufnahmeantrag stellen würde. Dies müsse mit Rücksicht auf die DAG so gehandhabt werden und bringe außerdem den Vorteil mit sich, daß über den Solidarbeitrag zur Dachorganisation neu verhandelt werden könne. Sollte es keine Neuaufnahme geben, könne man sich diese Kosten sparen.

Im Verhältnis zur DAG müsse deren Sonderkongreß im Jahre 1999 abgewartet werden, und für die ÖTV selbst werde es frühestens im Jahre 2004 zu Konsequenzen führen, wenn bis dahin ein entsprechender Richtungsentscheid gefallen sei. Ein Grund für diese zurückhaltende Informationspolitik dürfte darin zu suchen sein, daß der Hauptvorstand zu frühe Unruhe unter den hauptamtlich Beschäftigten vermeiden wollte. Von diesen wurde die Vereinigung keineswegs als Stärkung angesehen, sondern unter dem Aspekt des Stellen-

abbaus als Bedrohung empfunden. Eine Erklärung seitens der DAG goß Öl ins Feuer: »*Gewerkschaftsrat und Bundesvorstand (der DAG) geben im Zusammenhang mit den Gesprächen für eine Neustrukturierung für alle hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der DAG eine Beschäftigungsgarantie ab.*« Postwendend verlangte der Gesamtbetriebsrat der ÖTV vom Stuttgarter Hauptvorstand eine gleiche Absicherung für die Beschäftigten der ÖTV. Diese soll inzwischen von den Hauptvorständen aller beteiligten Gewerkschaften zugesichert worden sein.

Am 20.10. waren – je nach Standpunkt – die begrenzten Fusionspläne mit der DAG schon Makulatur bzw. wurden jetzt gerade durch eine gemeinsame Erklärung der Gewerkschaften HBV, DPG, IG Medien, DAG, ÖTV, GEW und NGG (die beiden letzteren sprangen später ab) zu einer umfassenden Dienstleistungsgewerkschaft verschärft. Plötzlich sollte nun alles ganz schnell gehen; der »point of no return« schien erreicht. Gespräche mit der DAG wurden auf allen Ebenen geführt. Für den Haushalt 1998 wurden Kosten der Fusion bereits berücksichtigt.

Die sechs beteiligten Gewerkschaften (ohne NGG, aber noch mit GEW) richteten einen Lenkungsausschuß »*Neustrukturierung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung im Dienstleistungsbereich, in der dienstleistungsnahen Industrie, im Medien-, Kultur- und Bildungsbereich*« ein, bestehend aus den Vorsitzenden und deren Stellvertretern. Im Februar 1998 wurde der Entwurf einer »Politischen Plattform« (daher der Begriff »Plattform-Gewerkschaften«) zur Begründung des Zusammenschlusses und seiner Ziele sowie zur Festlegung des organisatorischen und zeitlichen Ablaufs vorgelegt. Zur Beteiligung haupt- und ehrenamtlicher FunktionärInnen auf Kreis-, Bezirks- und Bundesebene wurden Diskussionsforen für Sommer 1998 eingeplant. Die Gesamt-

Gewerkschaft als »Arbeitgeber«

Die Zahl der hauptamtlich Beschäftigten in der ÖTV erreichte aufgrund der Entwicklung nach der Auflösung der DDR im Jahre 1993 bundesweit mit zirka 2800 Stellen den Höhepunkt (die Mitgliederzahl überschritt 1992 vorübergehend die Zwei-Millionen-Marke, die 517 Mio. DM an Beiträgen ergab). Von diesem Zeitpunkt an wurde ein Einstellungsstopp verfügt und Personal abgebaut: Anfang 1997 lag die Zahl der Beschäftigten bei 2161 insgesamt. Der 13. Gewerkschaftstag vom 29.9. bis 4.10.1996 beschloß die Annahme der Vorlage des Hauptvorstandes mit dem Titel: »*Kampfkraft braucht dezentrale und zentrale Finanzkraft!*« (Broschüre zum 13. Gewerkschaftstag, S. 257 ff.). Hier wurde geregelt bzw. aufgrund bereits bestehender Beschlußlage bestätigt: 1. Ab 1996 soll der Streikfonds wieder bedient werden; 2. die Defizite sollen zurückgefahren werden; 3. Personalkosten sollen 45 Prozent des gesamten Haushalts möglichst nicht überschreiten; 4. sie sollen budgetiert werden (das heißt ihre Verwendung unter Beachtung einheitlicher Regeln den Bezirken, Kreisen und Bildungsstätten im Detail überlassen werden).

Im Februar 1997 forderte der Hauptvorstand den Abbau weiterer 196 Stellen und darüber hinaus Einsparungen in den Sozialleistungen in Höhe von zehn Mio. DM. Es folgten Auseinandersetzungen mit dem Gesamtbetriebsrat und den

einzelnen Bezirksbetriebsräten, in deren Verlauf die ÖTV-Führung teilweise zurücksteckte. Zugesagt wurde nun die Aufstockung des Personalanteils auf 47 Prozent (ein im Rahmen der Beschlußlage zulässiger Kompromiß); dagegen mußten im Bereich der »Allgemeinen Arbeitsbedingungen« (AAB; vergleichbar mit manteltariflichen Regelungen) Verschlechterungen hingenommen werden. Das Ziel des Personalabbaus mit Hilfe von Änderungen des Stellenplanschlusses wird aber weiter verfolgt.

In der Vergütungsrunde 1998/99 für die Beschäftigten der ÖTV spielt eine in die AAB aufzunehmende Öffnungsklausel für eine Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich (Vorbild: § 15c BAT-Ost) eine derart zentrale Rolle, daß die gewerkschaftliche »Arbeitgeberkommission« die Verhandlungen mit dem Gesamtbetriebsrat im August vorläufig daran scheitern ließ. In dieser Härte wirft nicht zuletzt die Dienstleistungsgewerkschaft, in der es wesentlich um die Neustrukturierung des Apparats geht, ihre Schatten voraus. Die abzusehenden Verteilungskonflikte werden selbstverständlich nach Art der »Sozialpartner« auf Kosten der ökonomisch schwächeren Teile der Belegschaft auch innerhalb der Gewerkschaften geregelt. Eine politische Aufarbeitung der Probleme mit schrumpfenden Beitragseinnahmen wird so schon im Ansatz verhindert. 26.11.1998 ■

betriebsräte der »Plattform-Gewerkschaften« wurden hinzugezogen und begründeten ihrerseits einen eigenen Gesprächskreis. Dieser »demokratische« Prozeß drehte sich jedoch nur noch um die Modalitäten; die Frage, ob die Fusion überhaupt durchgeführt werden sollte, stand nicht mehr zur Debatte. In einem Rundschreiben des Hauptvorstandes der ÖTV vom 19. Mai stand die klare Aussage: »Die Neustrukturierung hat absolute gewerkschafts- und organisationspolitische Priorität!«

Das Konzept der Vorstände

Auf der vierten Sitzung des Lenkungsausschusses vom 5./6. Juni in Heiligenhaus bei Düsseldorf wurden der Plattform-Entwurf angenommen und Entscheidungen über den weiteren Organisationsprozeß und die künftige Struktur der Dienstleistungsgewerkschaft getroffen. Neben der üblichen

Gliederung auf Bundes-, Landes- und Ortsebene soll es acht bis fünfzehn Fachbereiche (Branchen) sowie drei Personengruppen für Frauen, Jugend und SeniorenInnen geben.

Die »Politische Plattform« hat diesen hochtrabenden Namen schlichtweg nicht verdient. Sie besteht aus fünf Teilen. Im Abschnitt »I. Mitgliederinteressen durchsetzen« werden unter Stichpunkten wie »Antworten auf den Strukturwandel«, »Bündelung der Kräfte«, »Stärkung ehrenamtlicher Strukturen«, »Schluß mit gewerkschaftlicher Konkurrenz«, »Ressourcen besser nutzen«, »Dezentralität als Stärke« etc. Platitüden geboten, die in dieser Allgemeinheit Probleme des Apparats ungefähr beschreiben, aber eins nicht können: nämlich den spezifischen Nachweis erbringen, daß die vorgesehene Lösung zwingend und richtig ist. Am Ende dieses Teils wird dann noch die Stärkung des DGB versprochen. Auch die Teile »II. Organisatorische Varianten« und

Das Aufgehen der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in der IG Metall

Die Angst vor der Anonymität des großen Apparats

Die Reaktionen der aktiven Mitglieder und vor allem der ehrenamtlichen Funktionäre auf die beschlossene Aufnahme der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) in die IG Metall fallen sehr unterschiedlich aus, je nachdem, welcher Gewerkschaft man derzeit angehört. Für die IGMler ist dieser Prozeß – wie auch schon die mittlerweile vollzogene Integration der Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB) – nur von geringem Interesse, weil sich für sie dadurch nichts Nennenswertes ändert. Die IGM wird einfach wieder etwas größer, nachdem sie in den letzten Jahren massive Mitgliederverluste zu verzeichnen hatte. Ansonsten bleibt so gut wie alles beim alten. Die bekannten gewerkschaftlichen Binnenstrukturen mit den drei Stufen Ortsverwaltung, Bezirkssekretär und Vorstand werden nicht verändert. Es gibt im Zusammenhang mit der Aufnahme der GHK nur eine einzige strukturelle Änderung: Für die »speziellen Bedürfnisse« der Beschäftigten der Holzindustrie werden ebenso wie für die der Textil- und Bekleidungsindustrie (neben einem Ausbau der schon existierenden, aber kaum funktionierenden Handwerksarbeit) »branchenspezifische Aktivitäten und Koordination« geschaffen. Das war es aber auch schon.

Wenn in der IGM über Fragen der Gewerkschaftsstruktur geredet wird, dann geht es nicht um die Integration der GTB und der GHK, sondern um die Entschließung des Vorstands zur organisationspolitischen Entwicklung der IGM, die im Juli als Vorlage für den 5. außerordentlichen Gewerkschaftstag beschlossen wurde. Sie enthält nicht nur eine Reihe von organisatorischen Veränderungen (so sollen Bezirkskonferenzen künftig nicht mehr jährlich, sondern nur noch mindestens zweimal zwischen den ordentlichen Gewerkschaftstagen durchgeführt und der Rhythmus der bisher jedes Quartal stattfindenden Vertreterversammlungen den örtlichen Bedürfnissen angepaßt werden), sondern vor allem eine andere inhaltliche Ausrichtung. Auf die Benennung der traditionellen gewerkschaftlichen Ziele wird noch stärker als schon bisher verzichtet. Statt dessen wird ein Sammelsurium von Zielen präsentiert, dessen logischer »Höhepunkt« der als Kritik gemeinte Satz bildet, das Kapital (wie auch

Arbeit, Mensch und Umwelt) werde der einzelwirtschaftlichen Entscheidungslogik unterworfen, und ansonsten überwiegend organisatorisch und inhaltsleer im Jargon von Unternehmensberatern von veränderten Planungsprozessen, direkten und offenen Kommunikationsformen und professioneller Team-, Prozeß- und Projektarbeit als Bestandteilen einer erfolgreichen Organisationskultur gesprochen. Dieses technokratische Vokabular und die immer stärkere Anpassung an die herrschenden Verhältnisse stößt manchem ehrenamtlichen IGM-Funktionär auf. Die Integration der GTB und der GHK spielen dagegen keine Rolle.

Bei den ehrenamtlichen Funktionären der GHK sieht das anders aus. Für sie ändert sich durch das Aufgehen in der IGM in ihrer praktischen Arbeit sehr viel. Sie waren an kurze Wege innerhalb der Organisation gewöhnt. Wenn man ein Problem hatte, war es angesichts der relativ geringen Mitgliederzahl und des vergleichsweise überschaubaren Apparats noch recht leicht möglich, unmittelbaren Kontakt zu hauptamtlichen Funktionären bis hinauf in den Vorstand zu bekommen. Das wird nun vorbei sein. Zugleich werden bislang vorhandene Möglichkeiten der Mitgliederbeteiligung wie die örtlichen Mitgliederversammlungen, seien sie nun genutzt worden oder nicht, zugunsten der in der IGM üblichen und dem einfachen Mitglied verschlossenen Vertreterversammlungen beseitigt.

Zusammen mit der geringen zahlenmäßigen Bedeutung der ehemaligen GHK-Mitglieder innerhalb der IGM, der einfachen Einordnung als Branche in die stärker vom hauptamtlichen Apparat bestimmte gewerkschaftliche Struktur der IGM und dem schon erkennbaren Versuch der IGM, Zugriff auf die zum Teil recht gut gefüllten Ortskassen der GHK zu bekommen, verstärkt sich unter den ehrenamtlichen Funktionären der GHK der Eindruck, als ehemaliges Mitglied der GHK nach der Fusion nur noch das »fünfte Rad am Wagen« zu sein. Es macht sich bei ihnen ein zunehmendes Gefühl des Unbehagens breit, obwohl man in der Regel keine Alternative zum Zusammenschluß mit der IGM sieht, zumal die hauptamtlichen Funktionäre, denen von der IGM die vollständige Übernahme garantiert worden ist, durchweg für den Zusammenschluß plädieren, weil sie ihre Zukunft in der großen IGM gesicherter sehen als in der kleinen und durch den Strukturwandel bedrohten GHK. 26.11.1998 ■

»IV. Erste Schritte zum gemeinsamen Handeln« enthalten nur allgemeine Absichtserklärungen.

Konkreter sind die Teile »III. Prozeßorganisation« und »V. Zeitliche und inhaltliche Stationen«. Die entscheidenden Passagen dazu lauten: »Die grundsätzlichen Ziele, die Beurteilung der Zwischenstände und die Festlegung der weiteren Wege des Prozeßablaufes werden von den Führungsgremien der beteiligten Gewerkschaften auf vergleichbarer Ebene

beschlossen und politisch verantwortet. ... Zu diesem Zweck werden nach der erfolgten Zustimmung zu dieser Plattform von den beteiligten Gewerkschaften detaillierte Informationen über die Personal- und Finanzsituation ausgetauscht. Projekt- und Arbeitsgruppen zu gemeinsamen Kooperationsfeldern zwischen den beteiligten Gewerkschaften können und sollen eingerichtet werden, um die Diskussion zu fördern und die aktive Beteiligung der ehren- und hauptamt-

Die schon vollzogene Fusion von IG Bergbau und IG Chemie

Der Plan des Zusammenschlusses dieser beiden Gewerkschaften – der IG Bergbau und Energie und der IG Chemie, Papier und Keramik ist aus einer Bierlaune der beiden Vorstandsvorsitzenden in der Gewerkschaftsschule Haltern schon vor einigen Jahren entstanden. Nach durchzechter Nacht verkündeten die damaligen Vorsitzenden Berger und Rappe das Zusammengehen beider Gewerkschaften vor der Presse. Die Mitgliedschaft und selbst Hauptamtliche und Funktionäre waren sprachlos, war doch mit ihnen im Vorfeld nichts besprochen worden. Entsprechend wurde dann auch der »demokratische Gang« über Satzungsänderungen auf Sondergewerkschaftstagen eingeleitet. Die Mitgliedschaft blieb außen vor.

Der Zusammenschluß dieser beiden Gewerkschaften hatte natürlich auch einen politischen Hintergrund. Schon lange waren Berger und Rappe die IG Metall und die von ihr dominierten kleineren Gewerkschaften ein Dorn im Auge bei den politischen Auseinandersetzungen innerhalb des DGB. So waren diese beiden Gewerkschaften in der Vergangenheit ein Garant für konservative Auslegungen der Sozialpartnerschaft mit den Unternehmern. Sie waren häufig Vorreiter im Entgegenkommen gegenüber den Unternehmern (man denke hier nur an den Tarifvertrag für Berufseinsteiger von 80 Prozent des Tariflohns bei der Chemie oder der jahrelange Lohnverzicht für angebliche Arbeitsplatzsicherung bei der IG Bergbau). Eine wichtige Rolle spielten sie auch in der Frage der Atomkraft. Während die anderen Gewerkschaften im DGB (wenn auch halbherzig) den Ausstieg befürworteten, setzen sich diese beiden Gewerkschaften schon seit Jahren entschieden für einen Energiemix von Kohle und Atomkraft ein. Bereits im Vorfeld der Wahlen wurde dieses von der IG BCE nocheinmal deutlich bekräftigt, »um Fehlentwicklungen zu vermeiden«, so Vorsitzender Schmoltdt.

Er distanzierte sich auch von der DGB-Kampagne »für eine andere Politik« allein zugunsten der SPD und befürwortete eine große Koalition in Bonn.

Darüber hinaus forderte er ein neues »Bündnis für Arbeit« und bot gleichzeitig für die Gewerkschaften Rücksichtnahme bei der Tarifpolitik und die Bereitschaft an, bei unpopulären aber notwendigen Reformen konstruktiv mitzuwirken und für Akzeptanz bei den Mitgliedern zu werben. Gleichzeitig verurteilte er die vom IG-Metall-Vorsitzenden Zwickel begonnene Diskussion über das »Ende der Bescheidenheit« als »vollkommen kontraproduktiv«. Schmoltdt: »Jene, die nun vom Ende der Bescheidenheit reden, müssen sich fragen lassen, ob Verantwortungsbewußtsein etwas Negatives ist.« So sollte nun zusammenwachsen, was (politisch) zusammengehört.

Der Gewerkschaftszusammenschluß hat dazu geführt, daß sich weitere Mitglieder abwenden.

Schon während der zwei Jahre Auseinandersetzungen vor dem Zusammengehen hatten die hauptamtlichen Sekretäre nichts anderes als die Absicherung ihrer eigenen Existenz im Sinn und waren für gewerkschaftspolitische Fragen kaum ansprechbar. Während die IG Chemie ihren Hauptamtlichen eine Arbeitsplatzsicherung versprach, gab es diese für die der IG Bergbau nicht. So mußten viele ihrer Sekretäre über sozialdemokratische Kanäle außerhalb der Gewerkschaft »untergebracht« werden.

Auch die »Nähe« zu den Mitgliedern, ihre mögliche Einflußnahme auf die Gewerkschaftspolitik geht mehr und mehr verloren. Saß der Vorstand der IG Bergbau bislang im Herzen des Ruhrgebiets in Bochum, so ist der neue Vorstand jetzt in Hannover zu erreichen.

Die Wohnortgruppen der IG Bergbau (bei der IG Chemie gab es nur betriebliche Organisationen) – ein wichtiger Mobilisierungsfaktor bei den Streiks im Bergbau für die Unterstützung durch die zahlreichen »Frührentner« – wurden bereits im Vorfeld zusammengelegt. So wurde z.B. in Dortmund aus fünf Stadtteilortgruppen eine große Stadt-Ortsgruppe gemacht. Kamen in der Regel früher in jeder Ortsgruppe rund 20 Leute zu den Sitzungen, so waren es auch nach der Zusammenlegung nur noch 20 Teilnehmer. Die Wege waren zu lang und die Atmosphäre zu anonym. Nach dem die Chemie-KollegInnen dazu gekommen sind, sind es abermals nur rund 20 geblieben.

Die Mitglieder haben mit den Füßen abgestimmt. Aber sie gehen nicht nur nicht mehr zu den Versammlungen, sondern kehren der Gewerkschaft ganz den Rücken.

Allein im Landesverband Nordrhein-Westfalen sind seit Jahresbeginn 5000 Mitglieder weniger zu verzeichnen.

Aber es geht nicht nur um den Wegfall der räumlichen Nähe. Zunehmend wird auch eine inhaltliche Distanz von den Mitgliedern festgestellt. So war bei der letzten Tarifrunde im Bergbau erstmals der aus der Chemie kommende Bischoff Verhandlungsführer. Der Abschluß von 1,4 Prozent bei zwei Nullmonaten koppelt die Bergleute weiter von der allgemeinen Einkommensentwicklung ab und setzte ganz bewußt auf die Angst der Kumpel um ihren Arbeitsplatz.

Aber darüber hinaus wurden zusätzliche Punkte, wie Freizeitkonten, Teilzeitarbeit, Ersatz für Arbeit an warmen Betriebspunkten und für Mehrarbeit vereinbart, die in ihren Auswirkungen besondere bergbauspezifischen Gesichtspunkte (knappschaftliche Versicherung, Rentenfragen, bergrechtliche Fragen) zu berücksichtigen haben, die aber in keinster Weise beachtet wurden. So warten die Mitglieder bald zwei Monate nach dem Abschluß immer noch auf erklärende Ausführungen zum Tarifvertrag. Bochum, 29.9.98 ■

lichen Funktionärinnen und Funktionäre sicherzustellen. Hierfür gilt es, auch vom Wissen aller Beteiligten zu profitieren, Anforderungen noch besser kennenzulernen, aber auch Ängste vor Funktions- und Arbeitsplatzverlust abzubauen.«

Die Zeitschiene

»**Ende 1998/Anfang 1999** (Zeitplan wurde etwas gestreckt): Diskussion von innerorganisatorischen Varianten einer neuen Gewerkschaftsstruktur möglichst in gemeinsamen Veranstaltungen, Konkretisierung von Gestaltungs- und Lösungsvarianten, präzise Zeit- und Prozeßsteuerung für die Zeit ab 1999, Beratung einer Zielorientierung im Lenkungsausschuß, Entscheidung für ein konkretes Zielmodell und für politische Eckpunkte einer zukünftigen Satzung in den jeweiligen höchsten Führungsgremien (höchstes Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen bzw. -kongressen).

IV. Quartal 1999: Entscheidungen in außerordentlichen Gewerkschaftstagen und -kongressen über die Teilnahme am Zielmodell und notwendigen Zwischenschritten (mit den notwendigen Satzungsänderungen).

2000 ff.: Prozeß der Neustrukturierung und Neuorganisation (Umsetzung der von den a.o. Gewerkschaftstagen und -kongressen beschlossenen Satzungsänderungen und Beschlüssen).«

So geht alles seinen bürokratischen Gang. Zusammen mit der »Politischen Plattform« wurde eine »Ideenskizze zur Grundstruktur einer neuen Gewerkschaft« beschlossen und darüber hinaus verabredet, »im gemeinsamen Entwicklungsprozeß eine nächste Konkretionsstufe zu erreichen«. In einer Anlage dieses Papiers wurden schon einmal drei mögliche Varianten einer Fachbereichsgliederung skizziert. Wie die Verbindung zwischen dieser Ebene und der Gesamtgewerkschaft aussehen soll, beschreibt das Papier im hölzernen Stil von Technokraten: »Die neue Organisation soll fachbereichsspezifische Aufgaben und Funktionen erfüllen, hierfür sind spezifische Willensbildungs- und Arbeitsstrukturen zu schaffen. Sie soll fachbereichsübergreifende Aufgaben und Funktionen erfüllen, dies vollzieht sich im wesentlichen über die regionalen Ebenen der neuen Organisation. Die mit der Erfüllung fachbereichsspezifischer und fachbereichsübergreifender Aufgaben und Funktionen geschaffenen Willensbildungs- und Arbeitsstrukturen bilden die Gesamtorganisation. Die fachbereichsspezifischen (vertikalen) und fachbereichsübergreifenden (horizontalen) Elemente des Organisationsaufbaus bilden die Grundelemente der Matrixorganisation, die in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen sollen.« So also soll sie aussehen, die schöne Welt unserer künftigen Dienstleistungsgewerkschaft.

Rückzug der GEW

Daß es bei breiter Beteiligung noch möglich wäre, Entscheidungen zu revidieren, machte die GEW klar. Am 13. Juli setzte sie ihre Beteiligung im Plattform-Verbund aus. Die Vorsitzende berief sich in ihrer Begründung in der Tagespresse auf die massive Ablehnung von FunktionärInnen und Gremien innerhalb der Gewerkschaft. In der GEW hatte sich im Unterschied zu den anderen Beteiligten dieser Widerstand von Anfang an geregt. Hierin äußerten sich Befürchtungen, in der Dienstleistungsgewerkschaft mit der eigenen Identität unterzugehen. Die GEW-Führung hatte die Dokumente (»Plattform« und »Ideenskizze«) u.a. auf ihrer Web-Seite im Internet zur Diskussion gestellt. Die Reaktionen darauf zwan-

gen den Hauptvorstand zum endgültigen Rückzug durch einen Beschluß am 26. September in Ludwigshafen.

Es gibt eine massive Konkurrenz zur ÖTV in Bereichen wie »Erziehung« (Kita) und Hochschule. In der GEW und auch in anderen kleinen Gewerkschaften ist die Position verbreitet, daß es sich beim Projekt »Dienstleistungsgewerkschaft« um ein Diktat der ÖTV handele. Dies machten Beiträge auf den bisher stattgefundenen Diskussionsforen deutlich, die allerdings Funktionärsveranstaltungen sind und insofern nur begrenzt Meinungen von Mitgliedern reflektieren. Auch die demokratische Qualität des Prozesses wurde angesprochen, wie etwa in folgender Weise aus Bayern: »Für andere sei die Grundsatzentscheidung schon gefallen, weil in der »Plattform« die Mitgestaltung des ökonomischen Prozesses propagiert und damit jegliche Kapitalismuskritik aufgegeben werde.« (Info-Dienst für die FunktionärInnen der DAG, DPG, HBV, IG Medien und ÖTV, Nr. 1/1998, Seite 4).

Dieser »Gewerkschaftsreform« entgegneten

Eine an dem geschilderten Verfahren zu leistende Kritik wirft eine entscheidende Frage auf: Wie stehen die Mitglieder dazu, das heißt zu dem gegenwärtigen Fusionsfieber und zu ihren Gewerkschaften überhaupt? Wer ist für Diskussionen über die politischen Fragen, die der Fusionsprozeß vor dem allgemeinen Hintergrund des Zustandes der DGB-Gewerkschaften aufwirft, gegenwärtig ansprechbar? Hiervon hängt im wesentlichen ab, wie realistisch und sinnvoll die Alternativvorschläge etwa der o.a. Wiesbadener Broschüre sind. Von vereinzelt Diskussionsbeiträgen wie diesem und den Aktivitäten innergewerkschaftlicher Betriebsräte abgesehen, geht der mittlerweile beschleunigte Fusionsprozeß im Dienstleistungsbereich wie die früheren in anderen Branchen weitgehend lautlos über die Bühne. Fatalistisch wird abgewartet, was die Umstrukturierung bringt. Diese Passivität ist ein Spiegelbild der eingefahrenen Gewohnheit, gewerkschaftliche Angelegenheiten den Funktionären zu überlassen und nur dort aktiv zu werden, wo die eigenen Belange unmittelbar betroffen sind.

Für die Hauptamtlichen steht offensichtlich im Mittelpunkt, bei allgemeinem Mitgliederschwund den Apparat funktionsfähig zu halten und dabei auch ihre eigenen Arbeitsplätze zu verteidigen. Dieses zweite Anliegen ist – wie in anderen Bereichen der Erwerbsarbeit – durchaus legitim, aus unserer Sicht besonders für abhängig und weisungsgebunden arbeitende Beschäftigte (Verwaltungsangestellte, Fahrer, Hausmeister, Reinigungs- und Kantinenpersonal, Gewerkschaftssekretäre mit Anstellungsvertrag). Diese Auseinandersetzungen werden jedoch nicht auf politischer Grundlage geführt, sondern nach dem Muster üblicher Tarifrituale, indem das Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnis innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation kopiert wird. So kommt es zu Erscheinungen wie der Interessenvertretung durch die Betriebsräte und – teilweise – der Organisation in einer vom DGB nicht anerkannten Pseudo-Gewerkschaft, dem Verband der Gewerkschaftsbeschäftigten (VGB). Mit diesem wird die geltende Tarifmechanik nicht in Frage gestellt, sondern bestärkt.

Während die Mitglieder die Veränderungen weitgehend passiv hinnehmen, sind es die Ehrenamtlichen in den Betrieben und gewerkschaftlichen Gremien, v.a. in kleineren Gewerkschaften, bei denen sich Widerspruch regt und die an

einem gewerkschaftlichen Eigenleben noch interessiert sind. Auch bei ihnen ist die Grundlage oft eine sozialpartner-schaftliche Einstellung. Sie machen jedoch zugleich mit ihren Aktivitäten praktische Erfahrungen, die zu politischen Diskussionen und zur Neubewertung inhaltlicher Positionen führen können.

So wird selbst in den vom Apparat hauptsächlich unter haupt- und ehrenamtlichen FunktionärInnen organisierten Diskussionen darauf hingewiesen, daß ein vorwiegend vom Sparzwang motivierter, von betriebswirtschaftlichen Konzepten bestimmter Fusionsprozeß keinen Kraftzuwachs bringt, sondern die Entfremdung von Gewerkschaften als »Sozialabteilung« von Kapital und Staat verfestigt. Unter den spezifischen Bedingungen großer und kleiner Gewerkschaften wird dies allerdings nicht überall in gleicher Weise wahrgenommen. Die Ehrenamtlichen in kleineren Organisationen wie der GEW, der GHK oder der IG Medien mit ihren engeren Verbindungen zu den Mitgliedern empfinden Identitätsprobleme im Fusionsprozeß stärker als die in den großen. Im übrigen sind gewerkschaftliche Skandale wie »Neue Heimat«, Finanzspekulationen (Steinkühler) und Fehlinvestitionen in Gebäude (IG Metall, Frankfurt, und ÖTV, Stuttgart) gerade unter dem Aspekt der Konzentration nicht geeignet, das Vertrauen der Mitglieder in die zweckmäßige Verwendung ihrer Beiträge wiederherzustellen.

Aufgrund der geschilderten Gesamtlage, zu der jetzt auch die zustimmende Beschlußlage der Gewerkschaftstage von IG Medien und HBV im Oktober zählt, dürfte die Fusion zur »Dienstleistungsgewerkschaft« freilich nicht mehr zu verhindern sein. Daraus kann für uns natürlich nicht folgen, den Prozeß der Umstrukturierung ebenso fatalistisch hinzunehmen, wie dies anscheinend die große Mehrheit der Mitglieder gegenwärtig tut. Die Gewerkschaftslinken darf sich nicht in die Bemühungen des Apparats zur »Effektivierung« nach dessen Vorstellungen einspannen lassen, sondern muß davon unabhängige Positionen in die Diskussion einbringen. Hier kann es nicht allein um die in den jetzigen Gewerkschaften noch vorhandenen Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Arbeit gehen, die – bei den gegebenen unterschiedlichen Bedingungen – auch im Fusionsprozeß und in der künftigen Mega-Gewerkschaft verteidigt, verbessert und inhaltlich mit der Orientierung als klassenbewußte Gegenmacht verbunden werden müssen.

Gegenwärtig spielen frühere politische Alternativen wie »Gegenmacht oder Sozialpartner bzw. Ordnungsfaktor« in der gewerkschaftlichen Realität kaum noch eine Rolle. Unter den Hauptamtlichen breitet sich vielmehr immer stärker eine Orientierung aus, in der Gewerkschaft (begrifflich reduziert auf den Apparat) als »Dienstleistungsunternehmen für ArbeitnehmerInnen« verstanden wird (vgl. hierzu die »Leitbild«-Diskussion in der ÖTV, deren Thema die Übernahme von »moderner« Managementstrategie und Kundenorientierung ist). Dies steht in Wechselwirkung mit entsprechenden Erwartungen einer Mitgliedschaft, die trotz Aufbegehrens in einzelbetrieblichen oder branchenbezogenen Konflikten über eine klassenpolitische Strategie nicht verfügt und vom Apparat hierin allein gelassen wird. Nun auch in der Versorgung mit »Dienstleistungen« (zum Beispiel Rechtsschutz) immer mehr enttäuscht, reagiert die Mitgliedschaft derzeit mit Massenaustritten. Der Sinn von Gewerkschaft wird – meist individuell – in Frage gestellt. Dieser verhängnisvolle Trend kann im Rahmen gewerkschaftlicher Organisations-

debatten allein nicht umgekehrt werden, sondern nur durch eine soziale Protestbewegung gegen die Vorherrschaft neoliberaler Ideologie in Gewerkschaft, Betrieben und allen übrigen gesellschaftlichen Bereichen. 23.12.1998 ■

■ WEITERE BERICHTE DAZU:

Kritik aus der IG Medien

Im Bezirk Wiesbaden der IG Medien ist im Mai 1998 eine Broschüre mit dem Titel: »Mega- oder Einheitsgewerkschaft – Wohin geht die Reise?« erschienen. Darin wird die geplante Fusion der DGB-Gewerkschaften ÖTV, IG Medien, HBV, DPG und GEW mit der »Standesorganisation« DAG als »Kopfgeburt« abgelehnt und eine breite Diskussion in der Mitgliedschaft gefordert.

In fünf Thesen wird diese Position entwickelt und begründet. Unter dem **ersten Punkt** werden die Herausforderungen skizziert, denen sich Gewerkschaften seit dem Niedergang der »potentielle(n), nicht immer reale(n) Alternative zur privaten marktwirtschaftlichen Produktionsweise« konfrontiert sehen. Gegen die neuen Möglichkeiten internationaler Expansion, die Verschärfung der Konkurrenz, die radikale Absenkung sozialer Standards etc. pp. haben die Gewerkschaften bislang keine adäquate Strategie entwickelt.

In **These 2** wird »eine politisch einheitlich auftretende Organisation mit klarem Profil bei der Vertretung der Interessen der abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen« gefordert. Als Vorbild hierfür wird – neben den historischen Beispielen FGB Hessen und FDGB der DDR – der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) benannt. Im Gegensatz zum mittlerweile machtlosen DGB besteht der ÖGB zwar aus tarifpolitisch selbständig auftretenden Branchengewerkschaften, wird aber durch die direkte Mitgliedschaft beim Dachverband als einheitliche Organisation konstituiert. Im Vergleich dazu verliert der DGB ständig an Kompetenzen und Einfluß zugunsten der großen Einzelgewerkschaften, die nun durch die Einverleibung der »Kleinen« selbst Kartellcharakter annehmen. So war der DGB schon in der Vergangenheit nicht in der Lage, notwendige Koordinierungsfunktionen wahrzunehmen, etwa in der Auseinandersetzung um die Arbeitszeitverkürzung in den achtziger Jahren, als sich unter den Gewerkschaften zwei große Lager bildeten: das eine im Kampf um die 35-Stunden-Woche (IG Metall, IG Medien), das andere für die Vorruhestandsregelung (IG Chemie u.a.).

Die geplante Mega-Fusion zur Dienstleistungsgewerkschaft sei kein Beitrag zur Überwindung dieser Spaltung, so **These 3**. Als Industriegewerkschaft passe die IG Medien in der Struktur eher zur IG Metall. Da der gesellschaftliche Reichtum in erster Linie in der materiellen Produktion erzeugt wird, dürfe dieser industriegewerkschaftliche Zusammenhang als Machtfaktor auch nicht preisgegeben werden. Die Integration der DAG, die auch in Produktionsbetrieben vertreten ist, führe unweigerlich zur Konkurrenz der Mega-Gewerkschaft mit IG Metall und IG BCE. Was liegt daher näher, so die Frage, als die Fusion gleich unter dem Dach der noch »real existierenden Einheitsgewerkschaft DGB« zu vollziehen?

In **These 4** befassen sich die Autoren mit den Sonderbedingungen der IG Medien. Hier geht es – scheinbar paradox – darum, zunächst die Bedingungen für die Selbständigkeit

der IG Medien herzustellen. Durch Überprüfung des Einsatzes materieller Mittel und hauptamtlicher Kräfte, Konzentration auf bisher vernachlässigte Mittel- und Kleinbetriebe und eine breite Diskussion an der Basis soll der Mitgliederschwund aufgehoben und umgedreht werden, um der IG Medien in der Fusionsdebatte eine stärkere Position, auch zur Diskussion von Alternativen, zu verschaffen. In der kurzen **These 5** fassen die Autoren ihre Positionen in einem Kernsatz noch einmal zusammen: »Eine Organisationsreform im Sinne des ÖGB unter Ablehnung und Überwindung seiner sozialpartnerschaftlichen Strategie würde den DGB-Gewerkschaften jene Potenz verleihen, die notwendig ist, eine Wende im Interesse der Arbeiter, Angestellten und Erwerbslosen einzuleiten.«

Der Dokumentationsenteil der Broschüre enthält neben weiteren Materialien einen Antrag des Bezirks Wiesbaden an den Landesbezirkstag der IG Medien Hessen. Darin wird gefordert, den Zeitplan des Projektes zu stoppen, die Industriegewerkschaften einzubeziehen, eine Strukturreform des gesamten DGB einzuleiten und die Zielorientierung zu diskutieren. Die Broschüre ist bei der IG Medien Wiesbaden zu beziehen: Fon 0611/405 187, Fax 0611/409719.

Soweit die Kritik der Wiesbadener IG-Medien-KollegInnen darauf hinausläuft, daß auf ökonomische Strukturveränderungen eine organisationspolitische Antwort gegeben werden muß, die nicht Masse mit Kampfkraft verwechselt, ist ihnen zuzustimmen. Das Problem wird in der Broschüre durchaus benannt, nämlich, daß Gewerkschaften Gegenmacht statt Sozialpartner sein müssen. Diese Alternative ist gegenwärtig im Apparat und in weiten Teilen der Mitgliedschaft zugunsten des Co-Managements entschieden, und es ist nicht zu sehen, was ausgerechnet eine geplante Mega-Fusion daran ändern könnte. Zu befürchten ist vielmehr, daß die Abkehr von diesem Weg durch Großorganisationen zusätzlich verstellt wird.

Vor diesem Hintergrund erwecken aber die Vorschläge der Wiesbadener IG-Medien-KollegInnen zur Neustrukturierung teilweise den Eindruck, daß sie nur die vielleicht besseren bürokratischen Alternativen benennen. Die »Meinung der Mitglieder per Umfrage« (S. 17) einzuholen, reicht politisch nicht aus, um eine aktive Umgestaltung der Gewerkschaften als Klassenorganisationen einzuleiten. Konstruktiver sind ihre Vorschläge für eine konkrete Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit auf Seite 12 der Broschüre, zum Beispiel »Konzentration von mehr materieller und personeller Kraft auf die Gruppe der Klein- und Mittelbetriebe«, wo noch Reserven vorhanden sind, um ArbeiterInnen und Angestellte an gewerkschaftliche Interessenwahrnehmung heranzuführen. Dies heißt aber auch, sich zunächst einmal auf die gegebenen Bedingungen zu konzentrieren.

Es wird nicht viel helfen, den DGB unter der Losung der »direkten Mitgliedschaft« als Rettungsanker einzusetzen. Zwar ist das Argument richtig, daß er durch die Bildung großer Kartellgewerkschaften »mehr und mehr geschwächt und letztlich abgeschrieben wird« (S. 16). Doch zum einen dürfte dieser Zug längst abgefahren sein. Man kann darüber streiten, ob der DGB wirklich noch die »real existierende Einheitsgewerkschaft« (S. 9) ist oder bereits ein Zombiedasein führt. Zum anderen trifft für diesen DGB als hoch über der Mitgliedschaft thronender Apparat die Kritik in der Broschüre ebenso zu wie auf die Großfusion: »Durch die geplante Fusion zur Mammutgewerkschaft werden die Pro-

bleme der Einzelgewerkschaften ... nicht gelöst. ... (Die Mitglieder) wollen eine Gewerkschaft, die ihre beruflichen, sozialen und politischen Interessen vertritt und mit der sie sich identifizieren können – die Fusion zur anonymen Mammutgewerkschaft wird weitere Austritte zur Folge haben.« (S. 16). Insofern erscheint es als bessere Alternative, an den derzeitigen Organisationseinheiten festzuhalten – jedenfalls solange sich nicht wirklich etwas bewegt. 26.11.1998 ■

■ HAMBURG:

Die GEW steigt aus – oder: Der vorerst gescheiterte Versuch, unter dem Mäntelchen der Gewerkschaftseinheit die Basis zu entmachten

Als die GEW im Sommer 1998 beschloß, ihre Beteiligung an den Fusionsgesprächen zur neu entstehenden Dienstleistungsgewerkschaft »auszusetzen«, bezeichnete dies die Vorsitzende Eva-Maria Stange als »Notbremse«. Diese mußte gezogen werden, damit die GEW an dieser Frage nicht auseinander flog.

Diesen Ausstiegsbeschluß faßte ein eher informelles Gremium, der sogenannte »Koordinierungsvorstand«, bestehend aus dem Geschäftsführenden Vorstand und den Landesvorsitzenden, der zu solch weitreichenden Beschlüssen eigentlich gar nicht befugt ist. Aber dieses Ende paßte nur zu gut zu der ganzen Vorgeschichte, die von Geheimdiplomatie und Alleingängen der Gewerkschaftsspitze geprägt war.

Hatte der Gewerkschaftstag im Sommer 1997 noch den Beschluß gefaßt, die GEW müsse sich zu der Gewerkschaft im und für den Bildungsbereich entwickeln, also zu einer »Bildungsgewerkschaft«, da war auf einmal im Herbst zu hören, die Vorsitzende Stange beteilige sich an den Fusionsgesprächen zur Dienstleistungsgewerkschaft. Alles, was von da an zu hören war, bestand mehr oder weniger aus nichtssagenden Papieren zu organisatorischen Fragen und der Verlautbarung, der erlauchte Kreis der Vorsitzenden der Fusionsgewerkschaften habe über den Inhalt der Gespräche Stillschweigen vereinbart. Diese Ungeheuerlichkeit scheint in den anderen Gewerkschaften mehr oder weniger hingenommen worden zu sein, in der GEW Hamburg führte das immerhin dazu, daß die Landesvorsitzende Ammon alles unternahm, was sie konnte, um eine Diskussion in der Mitgliedschaft in Gang zu bringen. Die überhaupt zur Verfügung stehenden Papiere wurden veröffentlicht, und es fanden Arbeitsversammlungen statt. Allerdings zeigte sich, daß die Mitgliedschaft in weiten Teilen an dieser Frage völlig desinteressiert war. Das kam natürlich daher, daß zumindest im Lehrerbereich gar kein Bedarf an einer Neuorganisation gesehen wird. Das liegt zum einen daran, daß die GEW finanziell noch relativ gut dasteht, zum anderen daran, daß die Aktivität der Mitgliedschaft in den letzten Jahren stark zurückgegangen ist.

So beschränkte sich die Diskussion mehr oder weniger auf den Kreis der ehrenamtlichen Funktionäre und einige aktive KollegInnen. Es zeigte sich ziemlich schnell, daß die

Einschätzung der Fusion in den einzelnen Bereichen der GEW sehr unterschiedlich war. Im Lehrerbereich, der die GEW in den westlichen Landesverbänden dominiert, war die Skepsis bis Ablehnung ziemlich groß. Man sah, daß mit dieser Fusion der Charakter der (Lehrer)GEW völlig verloren gehen würde. Dieser besteht in einer relativen Autonomie der Landesverbände gegenüber der Bundesorganisation (aufgrund der Kulturhoheit der Bundesländer durchaus sinnvoll), die sowohl finanziell wie bildungspolitisch ist und ziemliche Freiheiten ermöglicht, sowie einer ehrenamtlichen Struktur der Gewerkschaftsarbeit. Man brauchte nur einen Blick zur ÖTV zu werfen, um zu sehen, was einen nach einer Fusion erwarten würde.

Ganz anders sehen die Fusion die Leute aus den sogenannten »Randbereichen« in der GEW, also vor allem im Kinder- und Jugendhilfebereich und der Weiterbildung. Diese stehen häufig in Konkurrenz z.B. zur ÖTV oder DAG und sehen dementsprechend in der Fusion eine Chance, diese Konkurrenz zu überwinden.

In der Diskussion in Hamburg schälte sich dann eine Position heraus, die sich gegenüber der Fusionierung etwa so darstellte: Kooperation (nicht Fusion) ist grundsätzlich positiv, aber für die GEW nur dann, wenn sie ihren Charakter einbringen kann und es ihr möglich ist, als Säule in einer Dienstleistungsgewerkschaft relativ autonom den gesamten Bildungsbereich vertreten zu können.

Da war man bei der ÖTV natürlich an den Falschen geraten. Es stellte sich ziemlich schnell heraus, daß es sich bei dem Fusions»prozeß« faktisch um ein Diktat der ÖTV handelt, die ihr zentralistisches Gewerkschaftskonzept vor allem mit der DAG durchzieht und dabei bereit ist, einige kleinere Gewerkschaften zu schlucken, wenn diese sich schlucken lassen wollen. Natürlich wurde von den aufgestellten GEW-Bedingungen auch nicht eine in die im Februar 1998 herausgegebene »Politische Plattform« aufgenommen (»politisch« ist im übrigen an dieser Plattform nur der Titel, der Inhalt besteht aus unpolitischem Organisationskram und einem Fusionszeitplan). Als Eva-Maria Stange dann, ohne dazu vom Hauptvorstand ermächtigt zu sein, im Mai diese »Plattform« zusammen mit den anderen Gewerkschaftsvorsitzenden mit unterzeichnete, konnte sie ihren Posten nur dadurch retten, daß sie im Nachhinein erklären ließ, es habe sich nicht um eine verbindliche Verpflichtung zur Fusion gehandelt. Wenig später tauchte dann eine »Ideenskizze« auf, wie die neue Gewerkschaft aussehen könnte. Da war dann klar,

daß die ehemalige GEW aufgelöst würde in einen »Fachbereich« Bildung, der dem Bundesvorstand untergeordnet sein würde, bei dem zusätzlich das Thema »Bildung« als Stabsaufgabe angesiedelt wäre, wobei unter Umständen verschiedene Bereiche der bisherigen GEW auch noch ganz anderen Fachbereichen zugeordnet würden, wie z.B. der Jugendhilfebereich.

Das brachte das Faß endgültig zum Überlaufen und die weitere Teilnahme der GEW war nicht mehr zu halten.

Wie geht es weiter?

Es zeigt sich jetzt, daß es von seiten der GEW-Spitze bei der Fusionierung nicht nur darum gegangen ist, einen abfahrenden Zug nicht zu verpassen und alleine im Regen stehen zu bleiben. Es scheint darum zu gehen, daß die GEW zentralisiert und »apparatisiert« werden soll, damit aus ihr eine stromlinienförmige Gewerkschaft wird, die ihren Mitgliedern »Dienstleistungen« anbietet und im übrigen den politischen Vorgaben der Gewerkschaftsführung folgt. Für diese Entwicklung steht genau die Struktur im Weg, an der auch die Fusionspläne scheiterten: die Autonomie der Landesverbände und die Ehrenamtlichkeit. Es werden zur Zeit im Bundesvorstand Überlegungen diskutiert, wie man über den Hebel »Bildungsgewerkschaft« genau diese Strukturen auflösen kann. Der Gedanke ist dabei folgender. Um »Bildungsgewerkschaft« zu werden, müßen die bisherigen »Randbereiche« stärker organisiert werden, insbesondere da ja die zukünftige »Dienstleistungsgewerkschaft« in diesen Bereichen sehr stark zu werden verspricht. Um dieser Konkurrenz standhalten zu können, braucht man aber ein verstärktes Engagement in diesen Bereichen, das heißt dann für die Befürworter dieser Überlegungen: mehr Hauptamtliche und mehr zentrale Strukturen. Mehr Hauptamtliche heißt aber mehr Geld, das die GEW-Bund aber nicht hat, das aber die Landesverbände haben. Also...

Zwar wird immer mehr KollegInnen bewußt, daß sie alleine auf ihre Arbeitsbedingungen nicht abwehren können und ohne Unterstützung aus anderen gesellschaftlichen Bereichen auf verlorenem Posten stehen. Aber im Moment kommen eigentlich sinnvolle Ansätze – Überwindung der Berufs- und Branchengrenzen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung – als Zentralisierungs- und Entdemokratisierungsbestrebungen einher und sind davon nicht losgelöst zu diskutieren. Deshalb muß der Widerstand gegen diese Form der Vereinheitlichung weiter gehen. Hamburg, Dez. 1998 ■

Rechtsextremismus – Perspektiven der »Berliner Republik«

Eine zentrale Frage der Bundestagswahl vom 27. September war das Abschneiden der rechtsextremen Parteien, insbesondere nach dem 12,9-Prozent-Ergebnis der DVU in Sachsen-Anhalt. Weder auf Bundesebene noch in der gleichzeitig stattfindenden Landtagswahl von Mecklenburg-Vorpommern konnten diese Gruppierungen auch nur annähernd diese Marke erreichen: Mit 1,8 Prozent für die Reps, 1,2 Prozent für die DVU und 0,3 Prozent für die NPD wurde deutlich, daß bei den von den WählerInnen im allgemeinen ernster genommenen Bundestagswahlen das sogenannte Protestwahlverhalten keine große Rolle spielt. Das Erscheinungsbild, die politischen Inhalte und das Durchsetzungsvermögen der rechtsextremen Parteien boten unter dieser Voraussetzung wenig Anreiz, ihnen Stimmen, parlamentarische Positionen und entsprechenden Einfluß zu verschaffen.

Die rechtsextreme »Konjunktur« ist seit dem Anschluß der DDR ungleichmäßig verlaufen. Der Eskalation fremdenfeindlicher Anschläge Anfang der neunziger Jahre (Rostock, Hoyerswerda, Mölln u.a.) setzte der Staat schließlich Grenzen – spät allerdings und im wesentlichen zur Wahrung seines Gewaltmonopols, nachdem das Ziel der faktischen Aufhebung des Asylrechts erreicht war. Während die herrschende Politik durch solche Maßnahmen selbst den Rechten die Grundlage für ihre weitere Propaganda entzog, wurden zugleich innerhalb kurzer Zeit 13 rechtsextreme Organisationen verboten (1992/93). Dies zwang die Rechtsradikalen zu häufigen Umstrukturierungen, insbesondere zur Unterwanderung ehemals gemäßigter rechter Organisationen.

Eindeutiger Gewinner dieses Prozesses wurde die NPD. So gelangen den Jungen Nationaldemokraten spektakuläre Mobilisierungserfolge mit dem »Tag des nationalen Widerstandes« in Passau im Februar 1998 (mit 5000 Teilnehmern größte rechtsextreme Saalveranstaltung seit dem Zweiten Weltkrieg) und dem 1. Mai in Leipzig, dem bis dahin stärksten Aufmarsch im Osten. Zwar bestehen innerhalb der NPD ideologische Gegensätze zwischen den neu hinzugekommenen nationalsozialistischen Kameradschaften und den traditionellen Nationaldemokraten fort. Mit ihrem neuen Chef Udo Voigt (der vorherige Vorsitzende Günther Deckert sitzt bekanntlich eine Haftstrafe ab) und gleichzeitig verändertem Führungsstil gelang es aber der NPD, die Kameradschaften, Skins und Faschisten, die früher mit diesen Stammtisch-Rechten wenig zu tun haben wollten, an sich zu binden. Unter dem Dach des vor Verbot schützenden Parteienprivilegs arbeiten Nationalsozialisten und reaktionäre Nationalisten nun arbeitsteilig zusammen.

DVU und Republikaner fielen demgegenüber in ihrer Bedeutung zurück. Bezeichnend hierfür ist etwa ihre Altersstruktur. Viele Kandidaten der Reps für die Bundestagswahlen in Brandenburg und Sachsen-Anhalt gingen auf die 70 zu, während vier der fünf NPD-Kandidaten in Brandenburg zwischen 23 und 32 Jahre alt waren. Immerhin: Ein zählbarer Erfolg der neugewendeten Rechten am 27. September schien greifbar nahe. Doch ihr Scheitern macht deutlich, daß eine Aussage über Dauerhaftigkeit und politische Rolle rechtsextremer Organisationen nicht auf flüchtige Wahlergebnisse gestützt werden kann.

Der Kapitalismus verschärft die Lage im Osten

Wichtigste Ursache des Neuaufstiegs der Rechten ist, von der ökonomischen Seite her betrachtet, die deutliche Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation in den neuen Ländern. Die im Vergleich zum Westen höhere Arbeitslosigkeit, die zudem schlagartig innerhalb kürzester Zeit über die Lohnabhängigen im Osten hereinbrach, erschütterte zusammen mit den allgemeinpolitischen Veränderungen massiv das Selbstbewußtsein der Menschen dort. Viele von ihnen verschlossen wegen ihrer subjektiven Erfahrungen mit der DDR-Vergangenheit die Augen vor jeder linken Alternative. Für eine bloße Denkmälerdemonstration in Richtung Bonn fiel die Möglichkeit einer Wahl der PDS zudem weitgehend aus, nachdem auch die Partei auf einen Tolerierungskurs (Sachsen-Anhalt) eingeschwenkt ist. So läßt sich scheinbar nur mit der Stimme für DVU oder NPD der Protest gegenüber der miserablen Situation artikulieren, in der sich viele Menschen im Osten befinden.

Bundesweit wurden die Spitzenverdiener und Unternehmer steuerlich immer weiter entlastet. Die Einnahmen aus der Einkommensteuer verringerten sich seit Anfang der achtziger Jahre um fast das Sechsfache. Dagegen hat sich das Aufkommen aus der Lohnsteuer seit damals auf fast 112 Mrd. DM verdoppelt. Gleichzeitig kürzte die Bundesregierung zwischen 1994 und 1997 bei Rentnern, Kranken sowie Arbeitslosen die Leistungen um rund 84 Mrd. DM. In einzelnen ostdeutschen Regionen (zum Beispiel in Mansfeld) erreicht die tatsächliche Arbeitslosigkeit einschließlich ABM und Umschulung 40 bis 50 Prozent. Im letzten Jahr schrieb ein Viertel der Ostbetriebe rote Zahlen, ein weiteres Drittel schloß mit Null ab. Perspektivisch sieht es eher nach weiterer Verschlechterung aus, und die wirtschaftliche Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland wächst weiter statt abzunehmen. Während über längere Zeit die wirtschaftlichen Wachstumsraten in den neuen Ländern weit vor derjenigen der alten lagen, hat sich das seit 1997 umgekehrt.

Zwar erreichten Produktionsstätten der Autoindustrie in Thüringen oder die Informationstechnologie in Sachsen inzwischen den Produktivitätsstandard des Westens. Insgesamt aber liegt trotz der radikalen Umstrukturierung die Durchschnittsproduktivität in den neuen Bundesländern immer noch offiziell um 38 Prozent unter derjenigen der westdeutschen Wirtschaft (bei einer durchschnittlichen Löhnhöhe von 82 Prozent des westlichen Niveaus). Dementsprechend wird der Arbeitsplatzabbau im Osten in nächster Zeit eher noch weiter vorangetrieben werden. Nur ein Drittel aller Ostbürger hat heute noch den gleichen Arbeitsplatz wie zu Beginn der neunziger Jahre. Das Bundesland mit der höchsten Arbeitslosenrate ist heute Sachsen-Anhalt, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern. Die offiziellen Arbeitslosenzahlen stiegen im Osten innerhalb von sechs Jahren, nämlich zwischen 1991 und 1997, von 913.000 auf 1,36 Mio. Damit im Westen eine vergleichbare Steigerung erreicht wurde, nämlich plus 1,5 Mio. von 1982 bis 1997, bedurfte es eines Zeitraums von 15 Jahren. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger übersteigt die im Westen um ein Viertel.

Bis Mitte der neunziger Jahre wurde in den neuen Ländern die prekäre Situation auf dem Arbeitsmarkt durch

ABM-Maßnahmen kaschiert. Während die Arbeitslosenzahlen immer weiter stiegen, wurden die ABM-Stellen aber gerade in den allerletzten Jahren deutlich abgebaut. 1992 wurden in den neuen Ländern 7,7 Mrd. DM für diese Maßnahmen ausgegeben, 1997 waren es nur noch 5,2 Mrd. DM. Noch deutlicher fielen die Ausgaben für Umschulungsmaßnahmen. Im Osten gingen sie von 5,2 Mrd. DM in 1992 auf 1,8 Mrd. DM in 1997 zurück. Erst im Hinblick auf die Bundestagswahl gab es in diesem Bereich in den letzten Monaten formal so etwas wie eine Trendwende. Statt einjähriger ABM gibt es jetzt solche, die nur ein halbes Jahr oder sogar nur drei Monate dauern. Es handelt sich also offenbar nur um ein kurzzeitiges Strohfeuer.

Die Jugend im Osten ist von der Arbeitslosigkeit überproportional betroffen. Zu Beginn des Ausbildungsjahres '98/99 fehlten laut Angaben der DAG bundesweit 124.000 Lehrstellen, davon allein in Ostdeutschland 108.000. Im Westen leben zwölf Prozent der Kinder in Armut, im Osten sind es 22 Prozent. Zusätzlich wird die Situation der Beschäftigten dadurch verschärft, daß viele Betriebe nicht rechtzeitig oder nicht in vollem Umfang die Löhne bezahlen können. Allein in Thüringen mußte der DGB in der ersten Hälfte dieses Jahres in gut 2000 Fällen Rechtsschutz für Klagen gegen ausstehende Löhne leisten. Angesichts einer solchen Situation ist es zwar politisch nicht zu akzeptieren, kann aber auch kaum überraschen, wenn sich nach einer von der PDS durchgeführten Umfrage 60 Prozent der Ostdeutschen, jedoch nur 30 Prozent der Westdeutschen in der Parole »*Deutsche Arbeitsplätze für Deutsche*« wiederfinden. Typischerweise ist jedes zweite NPD-Mitglied in Sachsen arbeitslos. Die Hochburgen der DVU bei der Wahl in Sachsen-Anhalt lagen in Halle und in Bitterfeld, also dort, wo früher das Zentrum der chemischen Industrie der DDR beheimatet war, inzwischen die Arbeitslosigkeit aber über dem Landesdurchschnitt liegt.

Organisierte Gegenwehr findet nicht statt

Weder im Osten noch im Westen findet gegen diese Verwüstung der ökonomischen Produktionsgrundlagen und der sozialen Situation der Lohnabhängigen eine breite Gegenwehr statt. Die Massenarbeitslosigkeit wirkt sich gegen die Arbeiterklasse aus, je länger sie zwar als sozialer Skandal beklagt, aber im wesentlichen hingenommen wird, indem die »Marktwirtschaft« zur besten aller realen Welten verklärt wird. Die wachsende Erwerbslosigkeit verschärft die Konkurrenz am Arbeitsmarkt gerade dann, wenn ökonomischer Spielraum nach Maßstäben des Kapitals nicht mehr vorhanden ist. Sie führt zur Vereinzelung der VerkäuferInnen von Arbeitskraft, die nach Marktgesetzen nur im Interesse des »kaufenden« (Einzel-)Kapitals liegen kann. Die Atomisierung der Arbeiterklasse, die in dieser Tendenz liegt, ist eine zwangsläufige Folge des kapitalistischen Produktionsprozesses. Sie stabilisiert die gesellschaftlichen Verhältnisse zugunsten der kapitalistischen Klassenherrschaft, solange sie nicht politisch grundlegend bekämpft wird. In dem gegenwärtigen Mangel einer solchen Bewegung ist die politische Haupt-

ursache für das Gedeihen rechtsextremer Organisationen zu sehen.

Die Verzichtshaltung der Gewerkschaften trägt hieran entscheidenden Anteil, gerade auch im Osten, wo seit dem Anschluß der neuen Länder bewußt niedrigere Standards als die im Westen erkämpften Tarifbedingungen hingenommen wurden – ein zur weiteren Spaltung hervorragend geeignetes Geschenk an die Unternehmer. Hatte früher die DDR im Sinne der Systemkonkurrenz bei Tarifverhandlungen »*unsichtbar mit am Tisch gesessen*«, so wurde nun das »Beitrittsgebiet« zum Testfeld für neue tarifpolitische Manöver des Lohn-, Arbeitsplatz- und Sozialabbaus, die hier ausprobiert, im Westen als Drohpotential vorgezeigt und schließlich auch dort realisiert werden konnten. Selbstverständlich kam diese Einschüchterung der Gewerkschaften nicht über Nacht, sondern ergab sich als reife Frucht der lange eingeübten Sozialpartnerschaft, mit deren Hilfe ja schließlich das sozialistische Lager seinerzeit erfolgreich niederkonkurriert werden konnte.

Mit ihren sozialdemagogischen Parolen können die Rechten nicht nur diese Misere zu ihrem Thema machen, die bei vielen Betroffenen die sogenannte Ostalgie auslöst, einen nicht selten verkärten Rückblick in die DDR-Vergangenheit. Deshalb heben sie die positiven Seiten der DDR hervor, die bei ihnen allerdings auf oberflächlich wahrnehmbare Errungenschaften wie Kinderkrippen und kostenlose Gesundheitsversorgung begrenzt bleiben. Der Kern des Sozialismus, nämlich Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln, steht bei ihnen selbstverständlich nicht auf dem Programm.

Damit knüpfen sie vor allem an kleinbürgerliche Traditionen an, die es in der sozialistischen DDR bekanntlich auch gab. Auch existierte schon lange vor der Wende auf dem Gebiet der DDR eine rechte Szene, deren Mitglieder heute noch aktiv sind. Dennoch ist es abwegig, den östlichen Rechtsextremismus direkt auf die SED-Politik zurückzuführen, zu deren praktiziertem Selbstverständnis vielmehr ein nach Inhalt und Form freilich kritikbedürftiger Antifaschismus gehörte. Die materiellen Schwierigkeiten beim Aufbau des Sozialismus unter nachteiligen Bedingungen waren die entscheidende – wenn auch nicht ausschließliche – Ursache dieser Fehlentwicklungen¹⁾. Sie bewirkten im Osten die Atomisierung der Arbeiterklasse und damit einen oberflächlich ähnlichen Zustand wie im Westen.

Eine Alternative hierzu stand am 27. September nicht zur Wahl – auch nicht in Mecklenburg-Vorpommern, wo die PDS nun in der Koalition sitzt. Ein linkes parlamentarisches Lager zur Wiederherstellung des Sozialstaates, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit etc. wird sich hieraus perspektivisch nicht entwickeln, weil die ökonomischen Rahmenbedingungen der Regierungspolitik außerparlamentarisch vom Kapital gesetzt und von Rot-Grün nicht in Frage gestellt werden. Bereits die ersten widersprüchlichen Maßnahmen der neuen Bundesregierung, zum Beispiel in der Umsetzung der als »Ökosteuer« verkärten Verbrauchssteuerreform, bestätigen diese Einschätzung. Sie werden die ungleichmäßige Dynamik der Ökonomie nicht bekämpfen, sondern bestenfalls beschränkte Richtungsänderungen herbeiführen. Das grundsätzliche Problem Ostdeutschlands, im Verhältnis zum Westen weitgehend abgehängt zu werden, im günstigsten Falle am westlichen Tropf zu hängen, wird davon kaum berührt. Der Nährboden für rechte Aktivitäten besteht fort.

1) In der Periode der osteuropäischen »Wende« Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre haben wir diese Zusammenhänge wiederholt erörtert; vgl. insbesondere die Serie »Weiße Flecken« zur Sowjetunion und die Artikel zur Auflösung der DDR und Jugoslawiens, zu Rumänien und zum Baltikum in den Arbeiterpolitik-Ausgaben der Jahre 1988 bis 1992.

»Befreite Zonen«

Gerade an den organisatorischen Fortschritten der NPD wird deutlich, welche Konsequenzen in rechtsextremen Kreisen aus dieser Situation gezogen werden. Anders als DVU und Reps sucht diese Partei in Zusammenarbeit mit Stiefelfaschisten ihren Erfolg im außerparlamentarischen Weg. Einen Niederschlag findet diese Strategie in den sogenannten »Befreiten Zonen«, die es bisher fast ausschließlich in den neuen Bundesländern gibt. Erstmals wurde dieser Begriff 1993 in der Zeitschrift »Vorderste Front« des »Nationaldemokratischen Hochschulbundes« verwandt. Dort ging man davon aus, »daß diese Zonen in erster Linie in Mitteldeutschland zu schaffen sind«. Es geht darum, die »kulturelle Hegemonie« (im Sinne einer oberflächlichen Analogie zu Gramsci) zu gewinnen. Ziel sei »die Etablierung einer Gegenmacht« mit »Freiräumen«, »in denen wir faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sind, d.h. wir bestrafen Abweichler und Feinde, wir unterstützen Kampfgefährtinnen und -gefährten, wir helfen unterdrückten, ausgegrenzten und verfolgten Mitbürgern«.

»Befreit« werden diese Gebiete durch Auseinandersetzungen verschiedener Jugendgruppen, zum Beispiel um den Parkplatz vor dem Großmarkt, die Freifläche bei der Tankstelle, den Marktplatz in der Innenstadt. Dabei handelt es sich also nicht um größere Areale, wie sie in Guerilla- und Partisanenkriegen geschaffen worden sind, in denen die Staatsmacht keinerlei Herrschaft mehr ausüben kann. Im gegenwärtigen politischen Klima der neuen Länder reicht es oft, wenn in bestimmten Regionen ein kleiner Trupp von Rechten auftaucht und sich breit macht – die Mehrheit weicht dann häufig zurück, ist zwar von dem Auftreten der Faschos nicht überzeugt, wehrt sich aber auch nicht. So entsteht eine faktische Hegemonie, indem ein brauner Lifestyle gewissermaßen die Alltagskultur bestimmt. Die Rechten »dominieren die Jugendkultur im Osten, ihre Hochburgen sind die Kleinstädte und die Plattenbausiedlungen« (Antifaschistisches Infoblatt Nr. 44, Juni-Juli 1998). Wer zum Beispiel als Ausländer erkennbar ist, kann in den neuen Ländern nur ein eingeschränktes Leben führen. Worte wie »undeutsch«, »Kanake« oder »Zecke« gehören zum alltäglichen Sprachschatz. Es kommt zu einer Verfestigung der braunen Jugendszene, in der entsprechende Verhaltensweisen, Erscheinungsbild und Auftreten zwingend sind.

Ein weiteres Feld ist eine Art rechte Sozialarbeit, mit der versucht wird, Zustimmung bei der Bevölkerung zu gewinnen. So organisieren die Rechten bewußt Altenarbeit, Aufbau von Jugendklubs, das Säubern von Stadtparks, Neuanpflanzung von Bäumchen usw. Sie sichern sich die Sympathie vieler Jugendlicher, indem sie statt dröger Kameradschaftsabende Rockkonzerte rechter Bands organisieren. In letzter Zeit versuchen sie nachhaltig, sich unter dem Motto »Arbeit zuerst für Deutsche« bei den regelmäßigen Arbeitslosenaktionen einzuklinken. Nicht zuletzt sind sie bemüht, sich als Ordnungskraft in ihrem jeweiligem Viertel zu etablieren. Tatsächlich soll die Kleinkriminalität in den von den Braunen dominierten Gebieten zurückgegangen sein (die Gewalt gegen Ausländer nahm natürlich gleichzeitig zu).

Faktisch entsteht so eine klammheimliche Sympathie zwischen rechtsextremen Aktivisten und den NormalbürgerInnen, die sich zwar nicht mit dem Schläger-Image der Rechten anfreunden können, aber auch nichts dagegen haben, wenn »unsere Jungs« für Ordnung sorgen. Dieses

Zusammenwirken begründet letztlich den Anschein rechts-extremer Hegemonie. Das Niveau des Rechtsextremismus ist im Osten nicht in erster Linie deshalb ein anderes als im Westen, weil die Organisationen relativ größer sind, sondern weil die Verankerung in der Bevölkerung tiefer greift, so daß die wenigen Organisierten ihr Milieu in ihrem politischen Sinne strukturieren können. Östlich der Elbe haben die Rechten das Sekten-Dasein hinter sich gelassen und haben sich zur »Szene« entwickelt.

Rechtsextremes Niveau in Gesamtdeutschland

Allerdings ist der neue Rechtsextremismus kein ausschließliches Ostproblem. Zwar bilden sich in Westdeutschland bisher nur Anzeichen einer rechtsextremen Szene, während sie im Osten schon auf eine Bewegung tendieren. Höhepunkte dieser Entwicklung zeigen sich aber in beiden Teilen: im Osten die 1-Mai-Demonstration in Leipzig; im Westen das Treffen in Passau im Februar und die Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung in München am 1. März. Die Kundgebung in München war zudem vor allem deshalb so stark, weil es hier zum Zusammenschluß von Rechtsextremen und der konservativ-reaktionären CSU kam.

Annähernde Zahlen zu dem Maß des rechten Aufschwungs im gesamten Land lieferte eine Studie im Auftrag von WDR 2, bei der das Verhältnis von Gewerkschaftern zu den rechten Parteien analysiert wurde. Bei altgedienten Gewerkschaftern, nämlich den über 60jährigen, vertreten nur drei Prozent die Position, eine der rechten Parteien wählen zu wollen. In der entsprechenden Altersgruppe der übrigen Bevölkerung sind es aber auch nur vier Prozent. Nimmt man bei den Gewerkschaftsmitgliedern alle Altersgruppen zusammen, dann bekannten sich elf Prozent der Westgewerkschafter und zehn Prozent der Ostgewerkschafter dazu, DVU, NPD oder Republikaner wählen zu wollen. Bei den Nichtorganisierten lag laut dieser Studie der Anteil für Gesamtdeutschland nur bei acht Prozent. Noch schlimmer wird es bei jüngeren Gewerkschaftsmitgliedern. Bei den nichtorganisierten 18- bis 24jährigen erklärten sich 17 Prozent für die Wahl einer rechten Partei, bei den GewerkschafterInnen dieser Altersgruppe fanden aber sogar 32 Prozent nichts dagegen, eine rechte Partei zu wählen.

Jene Gewerkschaftsstudie belegt den bedenklich gewachsenen Einfluß, den die Rechten inzwischen bei ArbeiterInnen haben. Die traditionelle Charakterisierung der Rechtsextremen als Partei des Kleinbürgertums trifft heute in Deutschland nur noch bedingt zu. Während die Mitgliedschaft der DVU und der Republikaner noch weitgehend kleinbürgerlich geprägt ist, entstammt die Mehrheit der Mitglieder der NPD und der Kameradschaften viel eher dem Bereich der Lohnabhängigen. Dieses gilt um so mehr für die Sympathisanten dieser Parteien und Gruppierungen.

Anzeichen deuten darauf hin, daß die Rechtsorientierung unter abhängig Beschäftigten vielfach nicht so sehr aus einer akuten Bedrohung des individuellen sozialen Status resultiert, sondern aus einer diffusen, gleichwohl in der sozialökonomischen Entwicklung real begründeten Angst vor dem sozialen Abstieg. Deswegen rekrutiert sich die Anhängerschaft der Rechten nicht in erster Linie aus den Ärmsten der Armen – den Arbeitslosen, den SozialhilfeempfängerInnen, den in prekären Arbeitsverhältnissen Beschäftigten – sondern aus den sozialen Gruppen, die die Sorge vor einem solchen Schicksal belastet. Bezogen auf die Arbeiterschaft sind

es dann eher beschäftigte Facharbeiter bzw. Auszubildende, die rechtsextrem wählen. Freilich bezieht sich dies auf die noch geringe Minderheit in der Arbeiterschaft, die nach diesem vermeintlichen Strohalm zu greifen sucht.

Perspektiven für rechtsextreme Propaganda

Insgesamt zeigt der Ausgang der Bundestagswahl, daß breite Teile der Arbeiterklasse mit weiteren Verschlechterungen ihrer Situation Schluß machen wollen. Wie weit sie ihre Hoffnungen wirklich auf die Regierung Schröder richten, sei dahingestellt. Die Parteien der extremen Rechten mußten jedenfalls auch im Osten gegenüber vorangegangenen Landtagswahlen erhebliche Verluste einstecken; es war keine »Denkzettelwahl«. Eine wirkliche Kompetenz wie den großen Volksparteien wird den rechtsextremen Gruppierungen nicht zugetraut, diesmal nicht einmal in dem Sinne, Druck auf eine bestehende Bundesregierung auszuüben. Aber das wird nicht immer so bleiben. Der Arbeitsplatzabbau in Industrie und Dienstleistungsbranchen wird auch unter Rot-Grün weitergehen, ebenso die Belastung der Lohnabhängigen durch sogenannte Steuerreformen.

Die Rechten müssen nur abwarten, bis die Erwartungen und Hoffnungen enttäuscht werden. Sie brauchen dann bloß ihre alten Rezepte hervorzuholen, die keine sind, weil sie nichts heilen. Was sie an Ausländerhaß und Hetze gegen gesellschaftliche Minderheiten verbreiten, fällt auf den von den Bonner Parteien selbst vorbereiteten Boden (Erfahrungen etwa mit der Asylgesetzgebung). Mit fortschreitender Zerrüttung der gesellschaftlichen Verhältnisse kann ihr Zulauf dann stabiler sein als heute.

Wie weit dies gesamtgesellschaftlich geht – bis hin zur parlamentarischen Ebene – hängt von den Interessen der Herrschenden einerseits ab. Die Geschichte wiederholt sich auch in diesem Falle nicht. Der zentrale Unterschied zwischen dem NS-Faschismus und all seinen heutigen Nachbarn besteht darin, daß die NSDAP eine reale Funktion für das Kapital hatte, welche keine der heutigen Rechtsparteien wirklich für sich in Anspruch nehmen kann. Seinerzeit ging es darum, die Arbeiterbewegung zu zerschlagen, den Krieg vorzubereiten und auf diese Weise einen gewaltsamen Weg aus den Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals und zur Wiederherstellung der Großmachtposition des Deutschen Reiches zu öffnen. In den dreißiger Jahren war diese Perspektive – auf Kosten anderer Völker, egal ob Bourgeoisie oder Proletarier – immerhin noch denkbar.

Heute ist auch aus Kapitalsicht ein deutscher Alleingang nicht mehr möglich. Die einzige realistische Perspektive besteht demnach in der Einbindung im Westen, das heißt in der EU und der NATO, die nationale Interessendurchsetzung zwar nicht ausschließt, aber an die in diesen Bündnissen herrschenden Spielregeln bindet (zum Beispiel europäische Währung, Anerkennung der USA-Hegemonie). Rechts-extreme Parteien, die ihr Leitbild an der nationalstaatlichen Eigenständigkeit ausrichten, können auch weiterhin keine nachhaltigen Erfolge erzielen und damit ihren Wählern niemals nennenswerte praktische Ergebnisse vorweisen. Versuchen sie dennoch, ihre Vorstellungen in die Praxis umzusetzen, wird auch ihnen klar gemacht, daß es hier nur eine Politik geben darf, die den Interessen des Kapitals nicht widerspricht. Gehen sie darüber hinaus und rütteln sie womöglich am staatlichen Gewaltmonopol, müssen sie mit einem Verbot rechnen.

Entsteht eine rechtspopulistische Partei?

Eine Partei in den Traditionen der NSDAP muß in Deutschland eine Sekte bleiben. Eine nationalsozialistische NPD, wie sie sich z. B. Teile der Kameradschaften wünschen, ist zum Scheitern verurteilt. Freilich wird immer mehr deutlich – und das ist dann eben doch eine bedeutsame Veränderung –, daß sich auch in Deutschland eine Entwicklung anbahnt, wie es sie in anderen Ländern bereits seit längerem gibt: Die Herausbildung eines populistischen Lagers rechts von den traditionellen konservativen Parteien. Mit anderen Worten: Auch in Deutschland könnte eine rechtspopulistische Partei irgendwo in der Bandbreite der »Front National« in Frankreich, den »Freiheitlichen« in Österreich, dem »Vlamse Blok« in Belgien, der »Lega Nord« bzw. den »reformierten« Faschisten der »Alleanza nazionale« in Italien entstehen.

Eine Annäherung an diese Erscheinungen in Westeuropa könnte sich auf zwei Entwicklungen stützen. Erstens hat Deutschland nach dem Untergang des realsozialistischen Lagers nicht nur seine Souveränitätsrechte im vollem Umfange wiedererlangt, sondern strebt zu der inzwischen schon traditionellen ökonomischen Führerschaft auch die politische (im EU-Bereich) an. Insofern bekommen nationalistische Argumente wieder eine gewisse Bedeutung.

Zweitens wurde im Zuge der Globalisierung und ohne die früher erzwungene Rücksicht auf die Existenz eines sozialistischen Alternativmodells das soziale Klima insgesamt rauher. Aus diesen Gründen ergibt sich nun wieder eine Aufgabe für eine eigenständige rechte sozialdemagogische Kraft, die bisher von dem rechten Rand der Volksparteien wahrgenommen wurde. Deutlich wurde dies etwa im Zusammenhang mit der Euro-Diskussion, in der es eine rechte Volksfront von CSU bis NPD gab.

Nationale Besonderheiten bestimmen aber trotz EU, Währungsunion und anderen Faktoren europäischer Integration immer noch die konkrete Form und den Inhalt der jeweiligen Parteienlandschaft. In Deutschland muß zudem zwischen grundlegend verschiedenen Voraussetzungen in Ost und West differenziert werden.

Für die Herausbildung einer rechtsextremen Partei bieten die Verhältnisse in Ostdeutschland eine geeignete Ausgangsbasis, und vieles spricht dafür, in der NPD den Keim einer solchen Partei im Osten zu sehen. Die aktuellen Wahlergebnisse zum Bundestag scheinen zwar hierzu im Widerspruch zu stehen. Doch die neu strukturierte NPD versteht sich vor allem im Osten gar nicht als parlamentarische Partei. Die Machtfrage auf der Straße (»befreite Zonen«) ist ihr wichtiger, Wahlkandidaturen nur Mittel zu diesem Zweck. Im Osten sind die Neonazi-Strukturen längst über das Stadium festgefügtter Organisationen hinausgewachsen. Das Umfeld ist inzwischen so gestärkt, daß es nicht einmal mehr der Mitgliedschaft z. B. in einer rechten Partei bedarf, damit sich diese Bevölkerungsgruppen dennoch entsprechend der rechten Weltanschauung ausrichten.

Auf dieser Basis aufbauend kann das rechte Lager in Westdeutschland möglicherweise noch weiter gefestigt werden. Den stabileren Verhältnissen im Westen dürfte aber mit einer Strategie der »befreiten Zonen« und rechter Sozialarbeit auf absehbare Zeit nicht beizukommen sein. Dies entspricht auch nicht dem Charakter der rechtsextremen Parteien der Alt-BRD, insbesondere Republikaner und DVU. Sie orientieren sich vielmehr in erster Linie auf Mandate im Parlament, mit denen sie eine unabhängige Rolle rechts von den

traditionellen Volksparteien spielen wollen. Diese Strategie unterscheidet sie als rechtspopulistische Parteien eben von der militanten neo-nazistischen Rechten.

Das Volksparteiensystem der BRD hat sich aber bisher als außerordentlich stabil erwiesen. Die Etablierung neuer Parteien gelang bisher nur zweimal: die Grünen als politischer Ausdruck der niedergehenden Öko- und Friedensbewegungen und die PDS als Repräsentant und Erbe der DDR-Geschichte. Rechtsextreme Parteien wie die traditionelle NPD, die DVU oder die Reps konnten bei Kommunal- und Landtagswahlen Erfolge erzielen. Diese aber waren nur Symptome für Unzufriedenheit mit diesem System, gleichzeitig signalisierte aber das beständige Scheitern bei Bundestagswahlen ein Zurückschrecken vor wirklichen Alternativen.

Entscheidend hierfür ist, daß die Volksparteien CDU/CSU und SPD in der Lage waren, ihre rechten Ränder zu integrieren. Deren Bedürfnisse nach schärferer Gangart beispielsweise in der Politik gegen Minderheiten wurden in diesem Rahmen befriedigt (vgl. Asylrecht). Die Einhaltung oft umständlicher und langwieriger parlamentarischer Spielregeln und das Abschließen innerparteilicher Kompromisse erzeugt zwar immer wieder Ungeduld und gibt Profilierungsversuchen am rechten Rand Auftrieb. Bisher waren die parlamentarischen Auswirkungen jedoch fast nur vereinzelt auf kommunaler Ebene von Dauer. Die rechtspopulistische Strömung in Deutschland findet ihren Ausdruck in den Volksparteien selbst. Auf absehbare Zeit wird dies vermutlich noch so weitergehen (zu beachten etwa die Stellungnahme von Innenminister Schily zur Einwanderungsfrage). Somit dürften Parteien nach Art der DVU und der Reps ihre marginale Rolle im Westen noch eine Weile fortsetzen. Enttäuschte Illusionen in die rot-grüne Koalition gehören aber zu den besonderen Risikofaktoren einer noch stärkeren Rechtsentwicklung, die in den kommenden Jahren zu beobachten sein werden.

Fraglich ist, ob das Auftauchen eines »charismatischen Führers« Entwicklungsprozesse im Lager der zersplitterten rechtsextremen Gruppierungen beschleunigen oder gar initiieren würde. In der Vergangenheit hat etwa ein solcher potenter Machtmensch wie F. J. Strauß seine Ambitionen in der CSU ausgelebt und nur gelegentlich – taktisch – mit der Abspaltung von der Unionsfraktion gedroht. Zumindest ist dies ein Indiz, daß solche Personalentscheidungen mehr von gesellschaftlichen Prozessen abhängen als umgekehrt.

Bedeutung und konkrete Gestalt eines populistischen Lagers hängen auch davon ab, wie die Konjunktur in näch-

ster Zeit verläuft. Gibt es einen lang andauernden wirtschaftlichen Aufschwung, läßt sich die Einbindung einer rechten Opposition traditionell auf dem ökonomischen Wege bewerkstelligen. Käme es dagegen zu einer Wirtschaftskrise, dann sähe die Sache anders aus. Auch die politischen Möglichkeiten der traditionellen konservativen Kräfte in CDU und CSU haben weiterhin ihren Einfluß. Wie schnell es jedoch mit der konservativen parlamentarischen Rechten bergab gehen kann, hat sich in Frankreich, insbesondere aber in Italien gezeigt, wo sich die Democrazia Cristiana in mehrere Gruppierungen völlig auflöste.

Gegenwehr entwickeln

Andererseits hängt die Durchschlagskraft rechter Propaganda und rechten Terrors von den Möglichkeiten der Gegenwehr ab. Die Linke hat es schwer: Sie muß gegen den herrschenden Zeitgeist angehen, gegen die Konkurrenz, die Entsolidarisierung und gegen vielfältige Methoden, Lohnabhängige und Erwerbslose gegeneinander auszuspielen. Während die Rechten zur Erreichung ihrer Ziele Passivität und Perspektivlosigkeit der Menschen brauchen, bürgerliche Politiker und Gewerkschaftsfunktionäre sich um ihre Interessenvertretung bemühen, muß die Linke auf deren Eigenaktivitäten setzen. Ansatzpunkte sind in den Lebens- und Arbeitsbedingungen im Kapitalismus und in den Auseinandersetzungen um Einkommen, bezahlbare Wohnungen, lebenswerte Umweltbedingungen usw. zu suchen. Hier muß die Richtung von der Hetze gegen gesellschaftliche Minderheiten weg und gegen die kapitalistische Ausbeutung gewendet werden, die von den Rechtsextremen verschwiegen und verteidigt wird.

In diesem Sinne ist es ebenfalls wichtig, faschistischen Organisationen und Einzelpersonen entgegenzutreten, wo immer sie sich versammeln oder ihre Demagogie verbreiten. Solche Aktionen sollten nicht darauf beschränkt werden, sich in militanter Weise am vordergründigen Anlaß (bspw. eine Demonstration oder ein Parteitag), den faschistischen Gruppierungen und dem Staat bzw. der Polizei abzuarbeiten. Vielmehr besteht dann die Gefahr, sich zu isolieren und in demoralisierenden Niederlagen aufgerieben zu werden. Den Rechtsextremisten müssen die Gelegenheiten genommen werden, aus denen sie ihre sozialdemagogischen Phrasen beziehen. Konkret bedeutet das, die brennenden sozialen Fragen im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit, Sozialabbau etc. selbst aufzugreifen und in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung zu stellen. 26.11.1998 ■

LESER BRIEF

Die Redaktion hat vorstehenden Text trotz Antrags eines Hamburger Genossen nicht »Zur Diskussion« gestellt, sondern ausdrücklich als redaktionellen Artikel zur Veröffentlichung bestimmt. Obwohl Mitglieder der Redaktion, bleibt uns deshalb nur die Möglichkeit, unsere Kritik als Leserbrief einzubringen.

Seit Jahren ist in der »Arbeiterpolitik« nichts zum Rechtsradikalismus in der BRD erschienen, umso interessierter liest man den vorliegenden redaktionellen Artikel. Zu entdecken ist allerdings nichts, was einem aufmerksamen Leser der bürgerlichen und Gewerkschaftspresse nicht schon bekannt sein kann. Es gibt dort unterschiedliche Bewertun-

gen durch Soziologen und Journalisten insbesondere dann, wenn es um die Ausdifferenzierung der rechtsradikalen Parteien und Gruppen geht. Die Verfasser des obenstehenden Artikels haben einiges daraus zusammengesucht, eine eigene Wertung drangehängt und einige Allgemeinplätze als Abschluß formuliert. Der Artikel läßt den Leser allein mit der Darstellung einer sich bedrohlich ausweitenden scheinbaren Exotenecke der bürgerlichen Gesellschaft, die – natürlich – bekämpft werden muß: »Den Rechtsextremisten müssen die Gelegenheiten genommen werden, aus denen sie ihre sozialdemagogischen Phrasen beziehen.« Ein großes, handfestes Vorhaben, schließlich versteckt sich hinter dem Wort »Gele-

genheiten« die soziale und politische Krise des parlamentarischen Systems in der BRD.

Da wir nicht an einem bürgerlichen Feuilleton mitarbeiten, sondern an den »Informationsbriefen der Gruppe Arbeiterpolitik«, gehen wir weiterhin davon aus, daß unsere Tätigkeit das Ziel hat, den inneren Zusammenhang der Erscheinungen herauszuarbeiten und an entscheidende und heute schon erreichbare Teile der arbeitenden Bevölkerung heranzutragen.

»Die Zuspitzung der Widersprüche im niedergehenden Kapitalismus äußert sich darin, daß die herrschende Klasse ihre Macht nicht mehr auf die alte Weise aufrecht erhalten kann, daß sie gezwungen ist, das gesellschaftliche Gefüge von sich aus zu zersetzen«. (»Der Faschismus in Deutschland«, S. 68). Diese allgemeine Aussage auf das konkrete, aktuelle Gefüge der BRD anzuwenden, steht als immer wieder neu einzulösende Aufgabe vor uns.

Wenn also der Rechtsextremismus sich in diesem Gefüge deutlicher als bisher zu Wort meldet, müssen wir seine inneren Zusammenhänge zu den »Volksparteien«, deren Gewicht mit dem Niedergehen der Konjunkturperiode schwindet, herstellen. Innerhalb der Volksparteien ist es die Sozialdemokratie¹, allgemeiner der Reformismus in seiner Dominanz – besonders in Deutschland – dessen ökonomische und politische Krise eine entscheidende Voraussetzung für die Ausbreitung rechtsextremer Vorstellungen unter abhängig Beschäftigten ist. »... zu zeigen, was hier vor sich geht: was das wirkliche Wesen dieser Krise ist, woher sie kommt, wohin sie führt, wie ihr zu begegnen ist«. (Fasch. i. D., S. 48)

Im Einzelnen:

Vor der Wahl zum Deutschen Bundestag schrieb die Redaktion: »In der Rechts- und Ausländerpolitik haben sich die nationalreaktionären Kräfte in der Union durchgesetzt ... hoffen sie damit (mit der Kantherschen Asylgesetzgebung, d. Verf.), der Konkurrenz am rechten Rand den Wind aus den Segeln nehmen zu können.« Die Redaktion kommentierte: »Die Atmosphäre, die sie mit ihrer Demagogie erzeugen, ist jedoch nur zusätzliches Wasser auf deren (der Rechtsradikalen, d. Verf.) Mühlen, sie verstärkt die Ängste, die in breiten Kreisen vorhanden sind.« (Arpo Nr. 4, 11. 9. 98, S. 9)

Im vorliegenden Artikel heißt es gleich im ersten Absatz zum selben Problem, die herrschende Politik habe durch die faktische Abschaffung des Asylrechts »selbst den Rechten die Grundlage für ihre weitere Propaganda entzogen(en)...«. Hier wird vorausgesetzt, daß der sich zur Zeit entwickelnde Rechtsradikalismus keine Argumente für seine Propaganda mehr habe, wenn die Regierungsparteien zu gesetzlichen Maßnahmen in seinem Sinne greifen. Wir halten das für eine völlige Verkennung der demagogischen Fähigkeiten des Rechtsradikalismus.

Im selben Abschnitt wird behauptet, »der Eskalation fremdenfeindlicher Anschläge Anfang der neunziger Jahre setzte der Staat schließlich Grenzen – spät allerdings und im

¹ »Die Rolle der bürgerlich-parlamentarischen Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie, bei der Vorbereitung des Faschismus, besteht nicht darin, daß sie sich selber in Elemente der faschistischen Partei verwandeln, sondern daß sie den Parlamentarismus und sich selber diskreditieren und dadurch die Entstehung einer faschistischen Partei begünstigen ...« (A. Thalheimer, Der sogenannte Sozialfaschismus..., in: Gegen d. Strom, Nr. 16, 20.4.1929, abgedruckt in: Der Faschismus in Deutschland, S.56)

wesentlichen zur Wahrung seines Gewaltmonopols ... wurden ... innerhalb kurzer Zeit 13 rechtsextreme Organisationen verboten«. Wenn die Verfasser geschrieben hätten, »versuchte der Staat, Grenzen zu setzen«, könnten wir dem Gedanken noch folgen, aber die anschließende Kommentierung »spät allerdings« zeigt, daß dem Leser doch noch Hoffnungen gemacht werden sollen, diese bürgerliche Demokratie könne sich von der in ihrer Mitte entstehenden rechtsextremen Eskalation per Gesetz freimachen.

Die Behauptung, »zur Wahrung seines Gewaltmonopols« habe der Staat »13 rechtsextreme Organisationen verboten«, kann nur jemand aufstellen, der meint, das Gewaltmonopol dieses Staates sei durch die Brandanschläge in Rostock, Hoyerswerda oder Mölln in Gefahr geraten. Diese Brandanschläge, die Motive der Täter und die Reaktionen der Bevölkerung haben diesen Staat keine Sekunde schwanken lassen, weil er durch terroristische Aktionen, die nicht von entscheidenden Teilen der Bevölkerung begrüßt und praktisch unterstützt werden, nicht in Gefahr gerät. Wenn man nach einem Motiv für das 1992/93er Verbot rechtsextremer Organisationen sucht, ist es evtl. zu finden in dem Bemühen um »Reinhaltung« des außenpolitischen Ansehens der Bundesregierung.

Aber das Verbot 1992/93 war und ist ja nur eine Reaktion der Staatsorgane auf das Aufkommen rechtsextremer Gewalttaten und öffentlicher Aktionen. Viel wichtiger für die politische Auseinandersetzung in der Zukunft ist der immer wieder neu festzustellende Schutz, den die staatlichen Gewaltorgane der rechtsextremen Präsenz in der Öffentlichkeit bieten – bei gleichzeitiger Drangsalierung oppositioneller Demonstranten. Antifaschistische, linke Gegendemonstranten werden von den staatlichen Sicherheitskräften als grundsätzliche Gegner dieses Systems, das sie verteidigen wollen, begriffen. Die Rechtsextremen befinden sich nur in einem Teilwiderspruch zu diesem parlamentarischen System, sie

Der Faschismus in Deutschland

Analysen und Berichte der KPD-Opposition aus der Zeit von 1923 bis 1933.

Aus dem Inhalt: Bonapartismus und Faschismus · Krise des Parlamentarismus · Der Aufstieg des Faschismus · Bankrott der Arbeiterparteien · Der Zusammenbruch der Weimarer Republik · Aus dem praktischen Abwehrkampf

293 Seiten, Klebebindung, Schutzumschlag, 15,- DM.
Bestellung: GFSA, Postbox 10 64 26, D-20043 Hamburg

In den Tageskämpfen am Ende der Weimarer Republik entstand für die Genossen der KPD-O die Notwendigkeit, sich theoretisch Klarheit über die Klassenkräfte zu verschaffen. Gerade diese Verbindung von praktischer Auseinandersetzung und theoretischer Analyse macht dieses Buch zu einer aufregend-klärenden Chronologie der Zersetzung der parlamentarischen Demokratie Weimars bis hin zur Machtübergabe an den Faschismus 1933.

Wer den Nachkriegsaufstieg Westdeutschlands mit seiner »Grundordnung« und dem nun deutlicher werdenden Niedergang mit all' seinen Wurzeln begreifen will, sollte den Zerfall des Widerstands der Demokraten Weimars studieren. Dazu gehört die schonungslose Bilanz der Politik der Arbeiterparteien und Gewerkschaften – damals wie heute.

können trotz Verbots sich gerade mit den Sicherheitskräften immer wieder zusammenschließen, wenn nicht gar verbünden.

Aber vorläufig ist den Verfassern selbst noch nicht klar, wie sie den Einfluß rechtsextremer Gruppen einschätzen sollen: Aus den Bundestags-Wahlergebnissen schlußfolgern sie gleich am Anfang, daß die rechtsextremen Parteien »wenig Anreiz (boten), ihnen Stimmen, parlamentarische Positionen und entsprechenden Einfluß zu verschaffen.«

Unter dem Begriff »Befreite Zonen« wird dann von Zielvorstellungen der Rechtsextremen berichtet, denen eine Tatsachenbehauptung folgt »...die Mehrheit weicht dann häufig zurück, ist zwar von dem Auftreten der Faschos nicht überzeugt, wehrt sich aber auch nicht. So entsteht **eine faktische Hegemonie**, indem brauner Lifestyle gewissermaßen die Alltagskultur bestimmt.«

Einige Zeilen weiter wird mit anderen Worten dasselbe beschrieben, aber etwas anderes festgestellt: »Dieses Zusammenwirken begründet letztlich **den Anschein rechtsextremer Hegemonie**«.

Besagter Abschnitt endet schwergewichtig: »Östlich der Elbe haben die Rechten das Sektendasein hinter sich gelassen und **sich zur Szene entwickelt**«, was sicher dasselbe aussagen soll wie die Formulierung zu Beginn des nächsten Absatzes: »...bildeten sich in Westdeutschland bisher nur Anzeichen einer rechtsextremen Szene, während sie im Osten **schon auf eine Bewegung tendieren**«.

Im Abschnitt »Entsteht eine rechtspopulistische Partei?« heißt es zu guter Letzt, »Im Osten sind die Neonazi-Strukturen **längst über das Stadium festgefüger Organisationen hinausgewachsen**. Das Umfeld ist inzwischen so gestärkt, daß es nicht einmal mehr der Mitgliedschaft zum Beispiel in einer rechten Partei bedarf, damit sich diese Bevölkerungsgruppen ... ausrichten.«

Wenn es für die Analyse des parlamentarischen Systems wichtig ist, daß Rolle und Einfluß der rechtsextremistischen Organisationen in den neuen Bundesländern möglichst präzise benannt werden, sollten die Verfasser sich zunächst zwischen einem »Faktum« und dem »Anschein« davon entscheiden. Die genannten Darstellungen tragen nicht zur Aufklärung bei, sie verwirren. Wir »sollten uns davor hüten, diese Wähler auch pauschal als rechtsradikal und unkritisch gegenüber dieser Regierung einzustufen« (Arpo, Nr. 4, 11.9.1998, S.8)

Das, was die Rechtsextremen unter dem Begriff »Befreite Zonen« als Ziele formulieren, was in der bürgerlichen Presse für bestimmte Wohnsiedlungen und Orte als realer Zustand beschrieben wird, erscheint im obenstehenden Artikel als verallgemeinerte Tatsachenbehauptung (»Östlich der Elbe ... Im Osten sind...«). Der Einfluß rechtsextremer Gruppierungen wird undifferenziert als nur anwachsend beschrieben, obwohl diese Entwicklung in der Realität durchaus wechselhaft verläuft. Die Übergriffe von in der NPD organisierten

Skin-Banden auf Bundeswehrrekruten auf Rügen wird von der Bevölkerung mit Mißfallen kommentiert, weil dies der »Ruhe und Ordnung«, die selbst die NPD propagiert, widerspricht. Weiterhin fehlt jeder Hinweis auf die inzwischen in den neuen Bundesländern gewachsene Antifa-Jugendbewegung – woran sonst soll konkretes Handeln von klassenbewußten Menschen anknüpfen, wenn Gewerkschaften sich zu diesem Thema kaum zu Wort melden?

»Von der ökonomischen Seite her betrachtet...«

sei die »wichtigste Ursache des Neuaufstiegs der Rechten ... die deutliche Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation«, heißt es zu Beginn des zweiten Abschnittes. Es folgen dann viele Zahlen zum Arbeitsmarkt, die abgeschlossen werden mit dem Satz: »Typischerweise ist jedes zweite NPD-Mitglied in Sachsen arbeitslos. Die Hochburgen der DVU (laut Artikel an anderer Stelle: »weitgehend kleinbürgerlich geprägte Mitgliedschaft«) bei der Wahl in Sachsen-Anhalt lagen in Halle und Bitterfeld, also dort, wo früher das Zentrum der chemischen Industrie der DDR beheimatet war, inzwischen die Arbeitslosigkeit aber über dem Landesdurchschnitt liegt«².

Hier wird also eine unmittelbare, gradlinige Beziehung zwischen Arbeitslosigkeit und rechtsradikaler Mitgliedschaft bzw. Stimmabgabe hergestellt. Was nützt da die langatmige und zusammenhanglose Betrachtung von »ökonomischer Seite her«, wenn es einige Zeilen weiter zur Atomisierung der Arbeiterklasse vollkommen richtig heißt: »Sie stabilisiert die gesellschaftlichen Verhältnisse zugunsten der kapitalistischen Klassenherrschaft, solange sie nicht politisch grundlegend bekämpft wird. In dem gegenwärtigen Mangel einer solchen Bewegung ist die politische Hauptursache für das Gedeihen rechtsextremer Organisationen zu sehen.«

Die dann folgende Feststellung »Die Verzichtshaltung der Gewerkschaften trägt hieran entscheidenden Anteil« weist auf den entscheidenden Hebel hin, dessen Handhabung unter den wenigen übriggebliebenen klassenbewußten Menschen dringend diskutiert werden muß. Schon in der letzten Arpo wurde auf das aktuelle Problem hingewiesen, »daß dieser immer wieder neu veröffentlichten Meinung keine entgegengesetzte Meinung gegenübersteht, die sich auf klassenbewußte Bevölkerungsgruppen stützen kann«.

Die Verfasser behaupten weiter, daß ein faschistischer Ausweg aus der kapitalistischen Krise »heute« nicht mehr »möglich« sei. Dies sei der »zentrale Unterschied« zwischen damals und heute. Die heutigen Rechtsparteien hätten keine »reale Funktion« mehr für das Kapital. Der damalige Ausweg, »die Arbeiterbewegung zu zerschlagen, den Krieg vorzubereiten und auf diese Weise einen gewaltsamen Weg aus den Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals und zur Wiederherstellung der Großmachtposition zu öffnen«, diese »Perspektive« sei in den dreißiger Jahren noch »denkbar« (!!) gewesen, heute nicht.

Suchen wir nach Begründungen dieser neuen »Erkenntnis«, dann erfahren wir: »...heute ist aus Kapitalsicht ein deutscher Alleingang nicht mehr möglich. Die einzige realistische Perspektive besteht demnach in der Einbindung im Westen, das heißt in der EU und der NATO...«³. Rechts-

2 Das IG-Metall-Blatt »direkt-special« vom Januar 1998 fragte den Berliner Soziologen Bernd Wagner, der als Sachkundiger der rechtsextremen Szene gilt: »Gehören zu den Anhängern der Rechten in erster Linie die Verlierer der Einheit?« Seine Antwort: »In der rechten Szene sind zum Beispiel nicht mehr Arbeitslose zu finden als in der übrigen Gesellschaft. Vielen Rechtswählern geht es gar nicht schlecht, aber sie wollen eben ein Stück mehr vom Kuchen. Insgesamt äußert sich da nicht nur sozialer Protest, sondern oft der Wunsch nach Orientierung und Geborgenheit. Viele suchen Zuflucht in einfachen Werten, weil ihnen die Welt zu verwirrend erscheint.«

3 Allen außenpolitischen Programmen des Faschismus gemeinsam ist vielleicht dies, »der Widerspruch zwischen den überspannten Zielen, die sie (die Außenpolitik) sich steckt und den geringen Mitteln zu ihrer Ausführung.« (S. 42)

extreme Parteien, die über diese politischen Grenzen hinauswollen, die ihr »Leitbild an der nationalstaatlichen Eigenständigkeit ausrichten«, ja »womöglich am staatlichen Gewaltmonopol rütteln«, müssen »mit einem Verbot rechnen«. Fertig, basta!

Gegenüber dieser Erkenntnis halten wir daran fest: »Formen der offenen Diktatur der Bourgeoisie sind also dem Wesen nach keine einmaligen Erscheinungen: sie sind an ein bestimmtes Gesamtverhältnis der Klassen gebunden und sie kehren periodisch wieder, sobald dieses Verhältnis wiederkehrt« (A. Th., Über den Faschismus, in: Gegen den Strom,

Jan. 1930, abgedr. in: Der Faschismus in Deutschland, S. 39) Warum dieses bestimmte Gesamtverhältnis der Klassen angeblich nicht wiederkehren kann, wird nicht dargelegt. Auch wird nicht ausdrücklich ausgeschlossen, daß die herrschende Klasse eines Tages wieder einen Ausweg aus der kapitalistischen Krise in der Zerschlagung der Arbeiterbewegung und der Vorbereitung auf einen Krieg suchen muß.

Die weiteren Abschnitte erfordern weitere Kritik. Dazu in einem zweiten Teil – die Probleme mit dem aktuellen Rechts-Extremismus sind erst angerissen, Antworten müssen in der Debatte entwickelt werden. Einige Hamburger Genossen, 10.1.99 ■

Kommunisten als die Teufel des 20. Jahrhunderts

Zur Debatte um »Das Schwarzbuch des Kommunismus«

André Brie, Mitglied im PDS-Vorstand, fordert in der »taz« vom 11./12.7.1998 die Linken auf, »die Beiträge des »Schwarzbuches« (...) ernst zu nehmen. Ohne Anpassung, ohne Selbstaufgabe (...), aber mit entschieden kritischer Selbstbefragung«. Er hält es zu diesem Zweck für nötig, »mit der eigenen geschichtlichen Praxis und den theoretischen Begründungen ins Gericht zu gehen«. Können wir ihm hier noch in etwa zustimmen, so stimmen wir nicht mehr überein, wenn Brie anfügt: »Die Linke jedenfalls wird das Kunststück fertigbringen müssen, ihre Selbstkritik an tiefschwarzen Seiten ihrer Geschichte ÖFFENTLICH und ohne Verdrängung führen zu müssen (...).« (Hervorhebung von uns, die Red.) »Öffentlich«? In der »taz«, im »Stern«, »Spiegel« etc.? Nichts gegen öffentlich, aber wir haben uns nicht vor der bürgerlichen Öffentlichkeit zu rechtfertigen, wie das bei Brie anklingt und wie das in dem Brief führender PDS-Politiker an Weizsäcker erfolgt, in dem diese sich »für das Unrecht in der DDR« entschuldigen. Das ist eine Unterwerfungsgeste und dient nur dazu, »in der Bundesrepublik anzukommen« und sich regierungsfähig zu machen. Wir müssen uns mit denen auseinandersetzen, die eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, Fremdbestimmung und Herrschaft anstreben. Und zu rechtfertigen bzw. sich zu erklären haben sich die PDS-Mitglieder, die in der DDR Verantwortung trugen, nicht vor der herrschenden Klasse der BRD und ihren Schreiberlingen, sondern vor der arbeitenden Bevölkerung der DDR.

Worum geht es?

»Das Schwarzbuch des Kommunismus« wurde 1997 in Frankreich von einem Autorenteam von mehrheitlich französischen Historikern herausgebracht. Es enthält neben einer Einleitung und einem Nachwort des Herausgebers Stéphane Courtois fünf Teile: Sowjetunion, Kominternpolitik, Osteuropa, Asien und die Dritte Welt. Dieses Jahr erschien es in deutscher Übersetzung, ergänzt um einen Teil über den Sozialismus in der DDR (geschrieben von Joachim Gauck, dem Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, und einem Abteilungsleiter von ihm, Ehrhart Neubert).

Während Courtois in seiner Einleitung und in seinem Nachwort die Schlußfolgerungen zu ziehen versucht, sollen

die verschiedenen Kapitel im einzelnen ausführen, wozu »die Kommunisten« fähig waren.

So geballt und auf über 900 Seiten ausgebreitet, wie die Aufzählung der Umgebrachten und Umgekommenen, die zum Teil detaillierte Schilderung von Grausamkeiten und Scheußlichkeiten daherkommen, wirkt das Buch zunächst einmal schockierend, entsetzlich, und das ist auch der Sinn der Sache.

Mittel, Maßstab und Ziel des »Schwarzbuches«

Courtois sagt in einem Interview (»FAZ-Magazin«, 7.8.1998): »Für mich hat der Kommunismus als weltweites System existiert. Es entstand 1917 in Moskau und bildete in den zwanziger Jahren Kaderleute aus, die in die ganze Welt geschickt wurden. Für China und Kuba kann es keine Zweifel geben. Aber auch in Afrika waren die Regime, die wir beschreiben, von Gesandten Moskaus beherrscht.«

Also: 1917 war sozusagen der Sündenfall, da kam das Böse real in die Welt und verbreitete sich von dort aus vermittlels der Agenten aus der Zentrale des Teufels, Moskau. Noch einmal Courtois: »Lenin schrieb, wir werden eine revolutionäre Berufspartei bilden und den weltweiten Bürgerkrieg auslösen.(...) Das kommunistische Ideal bestand in der Herrschaft des Proletariats, die über einen Bürgerkrieg errungen und als Diktatur ausgeübt wurde. Lenin war kein Gutmeinender, der gegen seinen Willen das Böse bewirkte.« (Hervorhebung von uns, die Red.)

Konsequent geht das »Schwarzbuch« dann von 1917 aus, schildert zuerst die »Verbrechen« des Kommunismus in der Sowjetunion, um dann den verderblichen Weg der kommunistischen Agenten in die ganze Welt zu verfolgen. Das Ergebnis der ganzen Untersuchungen formuliert dann Courtois im »Schwarzbuch« (Seite 27): »Die Fakten zeigen aber unwiderleglich, daß die kommunistischen Regime rund hundert Millionen Menschen umgebracht haben, während es im Nationalsozialismus rund 25 Millionen waren.«

Von diesem »Ergebnis« ausgehend wird der Kommunismus generell als verbrecherisch gekennzeichnet: »Das kommunistische System hat, wenn auch in unterschiedlicher Stärke, eine grundsätzlich verbrecherische Dimension.« (Seite 38) Deshalb ist der Kommunismus auch prinzipiell

Gauck und Neubert – die deutschen »Schwarzbuch«-Anhänger

Das »Schwarzbuch« soll dem Kampf gegen den Kommunismus dienen. Es war zunächst für französische Verhältnisse gedacht und erst in der deutschen Ausgabe tauchten zusätzlich zwei Autoren auf: Erhart Neubert schrieb über »Politische Verbrechen in der DDR« und Gauck verfaßte einen Beitrag über »den schwierigen Umgang mit der Wahrnehmung«.

Die amerikanische Besatzungsmacht, die das »Document Center« unter ihrer Obhut hatte, wollte die Abrechnung der Bevölkerung mit den Verantwortlichen für Krieg und Kriegsverbrechen mit allen Mitteln verhindern, deswegen konnten sich seit 1945 Gestapo- und Naziführer auf die Sperrung des »Document-Center« in Westberlin für die deutsche Öffentlichkeit verlassen.

Dagegen stehen Gauck und seiner Behörde Einblick und Verwendung der Akten und Dokumente der Ex-DDR und ihrer staatlichen Institutionen offen. Das gibt die Möglichkeit, auch unbedeutenden Mitarbeitern des Staatsapparates und des öffentlichen Dienstes in der DDR jetzt die Existenzgrundlagen zu entziehen.

Dass der Piper-Verlag Gauck und Neubert um zusätzliche Beiträge für die deutsche Ausgabe bat, dürfte auf Gaucks Eigenschaft als »Sonderbeauftragter der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes« zurückzuführen sein. Neubert ist sein Mitarbeiter. Das ist jedoch nur deren gegenwärtiger Broterwerb. Ihr eigentlicher Beruf ist der eines Kirchenmannes. Sie dürften also besonders in Glaubens- und Moralfragen geeignet sein. (Im Mittelalter qualifizierte man sich damit für die Inquisition.) Gauck begründete 1994 seine Tätigkeit damit, es gehe nicht um Verfolgung, sondern um die Einstel-

lung von Stasi-Mitarbeitern im öffentlichen Dienst: »Die Leute werden ja eben nicht bestraft. sie können jederzeit in eine Firma eintreten und viel Geld verdienen...« Welche Heuchelei!

Er schildert seine Stellung zum DDR-Regime: »In der Zeit zwischen 1968 und 1980 hatte ich selbst diese Position des 'Realismus' übernommen« (S.889). Um kirchliche Bewegungsspielräume nicht zu gefährden, war die äußerliche Anpassung an das System nützlicher. So konnten die Vorteile des Systems mitgenommen werden, ja, es wurden sogar Sonderleistungen beansprucht für »Loyalität« und gleichzeitig im Westen und dem Westen gegenüber die vom Kommunismus verfolgte Kirche gespielt – für entsprechende Gegenleistungen. Bei dieser Wanderung zwischen Ost und West, die für DDR-Verhältnisse ein gutbürgerliches Dasein gestattete, rührten Leute wie Gauck lieber nicht an der Systemfrage. Jetzt singt er das Hohelied der westlichen Demokratie: »Wenn dazu noch eine Sozialgesetzgebung tritt, die die Verelendung ausschließt,...dann liegt die Überlegenheit der Demokratie eigentlich auf der Hand.«(S.894) Wenn, ja wenn ...

Die Verfolgung der Kirchenmänner in der DDR ist eine Geschichtsfälschung. Die kirchlichen Vereine und Sekten haben alle Vorteile in der DDR in Anspruch genommen, ohne sich mit dem politischen Regime zu identifizieren, ja, sie haben sogar nicht selten die Abneigung offen zur Schau getragen – ohne Folgen.

Dass Gauck weiß, wovon er redet, machte er bei einer Diskussionsveranstaltung in Frankfurt deutlich (laut FR vom 19.6.98), als er auf einen Zwischenruf antwortete, er wolle als bekannt voraussetzen, dass er Antifaschist sei, denn er sei Deutscher und habe Abitur. Dies müsse hoffentlich genügen, um bei einiger politischer Kultur Antifaschist zu sein.

nichts anderes als der Nationalsozialismus, als der Faschismus, rot gleich braun, beide sind Seiten des Totalitarismus. »Der Totalitarismus hat eine nationalsozialistische, aber auch eine leninistisch/stalinistische Version.« (Seite 40)

Dabei werden bürgerlich-liberale Maßstäbe angelegt, um die einzelnen aufgeführten geschichtlichen Ereignisse als »Verbrechen« zu klassifizieren. Es werden genannt: das Statut des internationalen Militärgerichtshofs der Alliierten in Nürnberg, das französische Strafgesetzbuch, das kanadische Strafgesetzbuch sowie eine UN-Konvention vom 9.12.1948.

Die ideologische Schlußfolgerung ist so etwas wie das »Ende der Geschichte«: Jegliches kommunistische Gedankengut soll ausgerottet, von vornherein mit dem Etikett »verbrecherisch« versehen werden, so daß die jetzige Gesellschaftsordnung und das herrschende politische System als quasi unantastbar erscheinen, als Höhe- und Endpunkt der geschichtlichen Entwicklung gewissermaßen.

Am klarsten formuliert diesen Gedanken Joachim Gauck am Schluß der deutschen Ausgabe: »Freie Wahlen, gleiches Recht für alle, eine Verfassung, die die Menschen- und Bürgerrechte schützt, und eine Gewaltenteilung verleihen der Demokratie eine Legitimation, an der es dem sozialistischen System immer gemangelt hat. Wenn dazu noch eine Sozialgesetzgebung tritt, die die Verelendung ausschließt, wenn Bürgerrechte wie Meinungs- und Pressefreiheit geschützt

sind, die eine Kritik an den Mißständen ermöglichen, wenn dazu eine Verwaltungs- und Verfassungsgerichtsbarkeit existiert, die dem Einzelnen auch gegenüber dem Staat zum Recht verhelfen kann, dann liegt die Überlegenheit der Demokratie eigentlich auf der Hand. (...) Die Wahrnehmung der »schwarzen« Tatsachen roter Herrschaft läßt nur eine Einstellung zu: den antitotalitären Konsens aller Demokraten, der die intellektuelle und politische Äquidistanz [gleicher Abstand, d.Red.] gegenüber Demokratie und Sozialismus verbietet.« (Seite 894)

Wie kritisieren wir?

Es ist zum einen notwendig, einzelne Aussagen des Buches zu kommentieren und einige Unverschämtheiten gerade zu rücken. Das ist die etwas leichtere Aufgabe. Zum anderen darf man sich aber nicht um das eigentliche Problem herumdrücken, das das »Schwarzbuch« trotz aller ideologischen Ausrichtung aufwirft: Was sagen wir zu den tatsächlich vielen Millionen Opfern, die es unter der Herrschaft kommunistischer oder sozialistischer Parteien gegeben hat?

Zunächst einmal zu einigen besonders krassen Aussagen des Buches. Wenn Cortois von den »hundert Millionen Toten« spricht, die der Kommunismus angeblich auf dem Gewissen hat, während der Nationalsozialismus »nur« 25 Millionen umgebracht habe, so vergleicht er damit erstmal

völlig unterschiedliche zeitliche und geographische Dimensionen. Während der Nationalsozialismus zwölf Jahre herrschte und dies nur in Europa (wobei die Opfer des italienischen, spanischen und portugiesischen Faschismus vom »Schwarzbuch« gar nicht erwähnt werden!), umfaßt die im »Schwarzbuch« beschriebene Epoche über 70 Jahre und umfaßt alle Erdteile. Dazu kommt, daß auch die Toten von Hungersnöten (SU, China) mitgezählt werden. Dazu schreibt Gilles Perrault (Le monde diplomatique/taz, 12/97): »Wenn jedes System an der Zahl seiner unschuldigen Opfer gemessen wird, wie schwer wiegen dann die 40.000 Kinder, die laut Unicef jeden Tag in der Dritten Welt an Unterernährung sterben?«

Daß im »Schwarzbuch« wieder die alten Gruselstorys von kinderfressenden Kommunisten aufgewärmt werden, sei nur am Rande erwähnt.

Überhaupt ist der Standpunkt der Autoren von einer unglaublichen Arroganz geprägt. Es ist der Standpunkt eines wohlhabenden Bürgers aus einem der reichsten Länder der Erde, der voll satter Zufriedenheit seine wohlgeordnete Villa und seinen gepflegten Garten betrachtet, alles als sein eigenes Verdienst betrachtet und voller Verachtung auf die Armenviertel herabblickt, in denen das Elend und die Kriminalität hausen und vor denen er sich mit einem großen Zaun und der Polizei schützt.

Die europäische Geschichte der Industrialisierung, die überhaupt erst eine demokratische Entwicklung ermöglicht hat, wird schlicht weggelassen. Deshalb braucht man auch kein Wort darüber zu verlieren, wieviele Millionen Tote alleine in England die Umwandlung der Bauern in eine Arbeiterschaft gekostet hat, die bereit war, sich zu unmenschlichen Bedingungen in Fabriken ausbeuten zu lassen.

Courtois erwähnt kurz den Kolonialismus, mit dem über mehrere Jahrhunderte die europäischen Großmächte den Rest der Welt ausbeuteten, damit die Grundlage für ihre industrielle (und damit auch politische!) Entwicklung schufen und die Welt in Reich und Arm einteilten, eine Teilung, die bis heute existiert: »Frankreich hat einen Kolonialismus praktiziert, der zwar auch **Positives leistete**, aber bis zu seinem Ende von vielen **widerwärtigen Episoden** gekennzeichnet war.« (Seite 13. Hervorhebungen von uns, die Red.) Das muß man wohl so lesen: Leider mußte Frankreich, um die Kolonien zu beherrschen (gleich »positiv«), hin und wieder ein paar Massaker veranstalten (gleich »widerwärtig«).

Von ähnlicher Geisteshaltung zeugen die Ausführungen über den Ersten Weltkrieg. Das war die bis dahin in der Geschichte größte Massenschlächtereie und beteiligt waren nur kapitalistische Staaten, ein »totalitäres« Regime also nicht verantwortlich zu machen. Es war ein Kampf der imperialistischen Großmächte um die Aufteilung der Welt, der in Rußland in die Revolution von 1917 mündete. Von diesen Zusammenhängen bei Courtois kein Wort, stattdessen sind offensichtlich anonyme Mächte am Werk, die auf einmal die Menschheit überfallen haben: »Gewalttätigkeit wütete vier Jahre lang, ein ununterbrochenes sinnloses Abschlachten, in dem 8,5 Millionen Kriegsteilnehmer den Tod fanden.« (Seite 801)

Und doch ging es noch einigermaßen zivilisiert zu, im Gegensatz zu später, zu den Kommunisten! »Dennoch blieb dieser Gewaltausbruch, der ein in der Weltgeschichte bis dahin nicht gekanntes Niveau erreichte, begrenzt durch eine ganze Reihe völkerrechtlicher Gesetze und Gebräuche.«

(Seite 801f.) Also merke: Bürgerlich-kapitalistische Massaker sind entweder widerwärtige Episoden oder unerklärliche Gewaltausbrüche, dabei aber wenigstens im Rahmen eines guten Zwecks oder immerhin gesetzlich begrenzt. So einfach kann Geschichte sein.

Immer wieder wird behauptet, die »Verbrechen« des Kommunismus seien im Westen ignoriert, verschwiegen, verdrängt worden. Verantwortlich dafür seien natürlich als erstes die Kommunisten in den westlichen Ländern, dann all die, die bereit waren, mit ihnen zusammen zu arbeiten, Bündnisse abzuschließen usw. Es wird so getan, als ob es keinen Kalten Krieg gegeben hätte, keine jahrzehntelange anti-kommunistische Hetze und Indoktrination, keine Untat, kein Verbrechen, das nicht Kommunisten in die Schuhe geschoben worden wäre. Es wird so getan, als ob man völliges geschichtliches Neuland beträte. Offensichtlich werden hier eigene Vorstellungen der Autoren, die zum Teil eine linke Vergangenheit haben, der Geschichte untergeschoben. Neue Fakten enthält das »Schwarzbuch« nur insofern, als die Autoren Zugang zu jahrelang verschlossenen Archiven in Osteuropa hatten.

Wie die Autoren an ihren Gegenstand herangehen, zeigen u.a. die Kapitel über Kuba und Nicaragua. Kubas Geschichte wird seit dem US-spanischen Krieg 1898 von seinem Verhältnis zu den USA wesentlich bestimmt. Die Revolution von 1959, die die Batista-Diktatur stürzte, versuchte für Kuba einen Weg der nationalen Selbstbestimmung einzuleiten. Diesen Versuch bekämpfen die USA seit 1960, einmal wirtschaftlich mit dem, bis heute bestehenden, Embargo gegen Kuba, zum anderen militärisch durch beständige Invasionsdrohungen, die bei dem gescheiterten Invasionsversuch in der Schweinebucht 1961 ganz real wurden. Daß für eine kleine Insel der Dritten Welt, direkt vor den USA gelegen und bis zur Revolution wirtschaftlich auf deren Markt ausgerich-

»Die Demokratie« – Leichen pflastern ihren Weg

Die industriell hoch entwickelten kapitalistischen Staaten, also die »westlichen Demokratien« gestatten keinem Land der Erde eine eigene Entwicklung. Alles wird dem kapitalistischen Markt einverleibt. Gegen eigenständige Bestrebungen wird sofort Krieg geführt, heiß oder kalt als Wirtschaftskrieg. Einige Beispiele für die Zeit nach 1945:

- ◆ Guatemala 1954, CIA-geführter Putsch (Bananeninteressen);
 - ◆ Kongo 1960, Ermordung Präsident Lumumbas durch CIA (Erzinteressen);
 - ◆ Chile 1973, CIA.-unterstützter Putsch, Ermordung Präsident Allendes (Kupferinteressen);
 - ◆ Vietnamkrieg der USA von etwa 1959 bis 1973 unter Einbeziehung (und Zerstörung) von Laos und Kambodscha, um einen eigenständigen Weg zu verhindern;
 - ◆ Unterstützung der UNITA durch die USA im angolanischen Bürgerkrieg;
 - ◆ Militärputsche durch in den USA ausgebildete Militärs 1961 in El Salvador, 1962 in Argentinien und Peru, 1963 in Guatemala, Ecuador, Dominikanische Republik, Honduras, 1964 in Brasilien, 1976 in Argentinien, 1960, 1971 und 1980 in der Türkei.
-
-

tet, eine solche Gegnerschaft eine fundamentale Bedeutung für die eigene Entwicklung hat, ist offensichtlich; praktisch lebt Kuba seit 1960 beständig unter Kriegsgefahr. Darüber verliert das »Schwarzbuch« kein einziges Wort: Weder Embargo noch die Invasion in der Schweinebucht werden auch nur erwähnt!

Nicht anders sieht es mit Nicaragua aus, dessen Revolution gegen die Somoza-Diktatur 1979 in den achtziger Jahren von einem von den USA gesponsorten Bürgerkrieg (die »Contras«) erstickt wurde. Davon erfährt der Leser nichts, dafür aber zum Beispiel von einer »Führungspersönlichkeit« namens Adolfo Robelo, der 1980 aus Protest gegen die FSLN aus dem Staatsrat zurückgetreten sei (vgl. Seite 733). Daß dieser Robelo der Vorsitzende des Unternehmerverbandes Nicaraguas war und enge Kontakte in die USA pflegte und natürlich kein Interesse an einer revolutionären Entwicklung hatte, wird einfach unterschlagen. Das zeigt, daß es den Autoren überhaupt nicht darum geht, die Geschichte in ihrem Prozeß und in ihren Gegensätzen zu untersuchen, sondern lediglich darum, alles zu verteufeln, was vom geheiligten Weg der parlamentarischen Demokratie und dem kapitalistischen Privateigentum abweicht.

Die Opfer des »Kommunismus«

Wenn man es sich bequem machen wollte, könnte man gegen das »Schwarzbuch des Kommunismus« ein »Schwarzbuch des Kapitalismus« schreiben und eine Gegenrechnung aufmachen, die zeigen würde, daß der Kapitalismus weit mehr Opfer gefordert hat und immer noch fordert, als das »Schwarzbuch« dem Kommunismus zuschreiben will. Ein solches Buch wäre zwar nötig, doch enthebt es uns nicht der Notwendigkeit, auf die Frage der Opfer einzugehen, die der revolutionäre Prozeß in der Vergangenheit gekostet hat und sicher auch noch kosten wird.

Zunächst muß man auf die Begriffe »Kommunismus« und »Kommunist« eingehen, da diese im »Schwarzbuch« dauernd benutzt werden. Dort ist »Kommunismus« ein Regierungssystem, das von Kommunisten beherrscht wird, welche wiederum keine Demokratie, sondern Diktatur, Abschaffung der Menschenrechte, Abschaffung des Privateigentums usw. im Sinn haben. Kommunisten sind, dem »Schwarzbuch« zufolge, in der Lage, dank ihrer diabolischen Fähigkeiten riesige Völker, Nationen und Kontinente wie zum Beispiel die Sowjetunion und China zu beherrschen, obwohl sie doch immer nur eine kleine Minderheit sind.

Die Revolution von 1917 – ein Staatsstreich von Lenin?

Jedoch fällt in das Jahr 1917 keineswegs der Beginn der kommunistischen Bewegung in Rußland. Die russische Oktoberrevolution hatte einen entscheidenden Vorläufer in der Revolution von 1905, die im Anschluß an eine friedliche Demonstration ausbrach, die unter der Anführung der Popen (Rasputin) dem Zaren ihre Bitte vortragen wollte, er möge doch ihre schlechten Lebensbedingungen verbessern.

Die Massen wurden blutig zusammengeschossen trotz der heiligen Gebete und Reden. Aus dieser Demonstration entfaltete sich der Massensturm und die bewaffneten Aufstände unter Führung der noch kleinen Arbeiterklasse in Moskau und St. Petersburg. Das zaristische Regime konnte unter Aufgebot aller seiner Machtmöglichkeiten die Forderungen der Petersburger Arbeiter zurückweisen. Das russische Kleinbürgertum stand – soweit es in Rußland ein solches gab – in diesen Kämpfen aktiv an der Seite der Arbeiterklasse gegen den Zarismus.

Aber die **größte und entscheidende Schicht der Bevölkerung**, die Bauernmassen, standen 1905 noch abseits. Eine ähnliche revolutionäre Situation entstand 1917. Jedoch gab es einen entscheidenden Unterschied zu 1905, daß der russische Soldat nämlich von der Front weglief, weil er den Krieg für den Zarismus und dessen Offiziere nicht mehr führen und nach Hause wollte. Dort wollte er seine Grundbesitzer verjagen, die mit der zahlenmäßig geringen Schicht der russischen Bourgeoisie verbündet waren, die zwar auch das Bedürfnis hatten, den Zaren mit einem besseren zu ersetzen, jedoch nur um den Krieg an der Seite der Entente (Bündnis mit Frankreich und England) besser führen zu können. Die russische Bourgeoisie war ökonomisch schwach, war aber unzufrieden mit der Unfähigkeit des Regimes, wie sie sich in den verheerenden Niederlagen im Krieg zeigte.

Die Revolution von 1917 war nicht in der Konzeption Lenins und die ideologische Propaganda der Kommunisten (Bolschewiki) war für den Ausbruch der Revolution nicht ausschlaggebend, auch wenn die Propaganda später (von Stalin und der Parteiführung) als Ursache für den Ausbruch der Revolution angesehen wurde. 1905 und 1917 waren die Kommunisten (Bolschewiki) im Ausland in der Emigration oder in den Lagern in Sibirien und wurden von den Aufständen überrascht. Es war eine Explosion der breiten Massen, weniger der Arbeiterklasse, in der Hauptsache der Bauernmassen, die an der Front die Soldaten in Uniform stellten. Die Arbeiterklasse war besonders in der Kriegsindustrie (Putilowwerke u.a.) tätig. Die Arbeiter wurden bei der zurückgebliebenen Technik im damaligen Rußland viel wichtiger in der Kriegsindustrie denn an der Front gebraucht.

Die Bauern wollten Grund und Boden und liefen deshalb von der Front weg. Sie hatten den Krieg mit den größten Opfern bezahlt und hatten ihn deshalb satt.

Das erst ließ die überraschten Kommunisten in der Emigration und in den sibirischen Lagern aufhorchen, als die Bauernmassen »mit den Füßen« abstimmten und nach Hause liefen. Sie beauftragten keine Abgeordneten und keine Popen mehr, ihre Bitten vorzutragen, sondern sie machten es selber: Sie nahmen ihre Gewehre mit und verjagten die Grundbesitzer. Ihr Haß gegen die Grundbesitzer entlud sich, indem sie Gutshäuser anzündeten. In diesem Chaos setzten sich die Kommunisten (Bolschewiki) durch, weil sie anstatt idealistischen, romantischen Vorstellungen von Revolution nachzujagen, die Kräfteverhältnisse richtig einschätzten und die Mehrheit in den Sowjets eroberten. Im Bürgerkrieg bewiesen sie im Laufe von einigen Monaten, wie sie und ihre wenigen Anhänger mit der verhaßten zaristischen Diktatur fertig werden konnten: Schluß mit dem Krieg war ihre Losung, mit der sie aus einer Minderheit zur Mehrheit wurden.

26.11.1998 ■

Die Überlegenheit der Demokratie

»Der Besitz der drei reichsten Menschen der Welt übersteigt zusammengenommen das kumulierte Bruttoinlandsprodukt (BIP) der achtundvierzig ärmsten Länder der Welt (ein Viertel aller Staaten).

(...) In mehr als siebzig Ländern ist das Pro-Kopf-Einkommen in den letzten zwanzig Jahren gesunken. Weltweit leben 3 Milliarden Menschen – die Hälfte der Menschheit – mit weniger als eineinhalb Dollar pro Tag.

Noch nie gab es einen derartigen Warenüberschuss, doch die Zahl derer, die kein Dach über dem Kopf, keine Arbeit und nicht genug zum Essen haben, steigt unablässig. Ein Drittel der 4,5 Milliarden Menschen, die in den Entwicklungsländern leben, haben keinen Zugang zu Trinkwasser; ein Fünftel aller Kinder nehmen nicht genügend Kalorien und Proteine zu sich; und 2 Milliarden Menschen – ein Drittel der Menschheit – leiden unter Blutarmut.

Schicksal? Keineswegs. Wenn man den 225 reichsten Menschen der Welt 4 Prozent ihres Vermögens nähme, könnte man mit dieser Summe laut UN-Angaben problemlos den Grundbedarf der Weltbevölkerung an Nahrung, Trinkwasser, Bildung und Gesundheit sichern. Die allgemeine Befriedigung der Gesundheits- und Nahrungsbedürfnisse würde jährlich nur 13 Milliarden Dollar kosten, das ist knapp so viel, wie die Einwohner der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union pro Jahr für Parfüm ausgeben.« (Le Monde diplomatique/taz, 13.11.1998)

Demzufolge sind sie verantwortlich für alles, was vor, während und nach einer revolutionären Umwälzung passiert.

Das Erstaunliche an dieser Vorstellung ist eigentlich weniger ihre kindische Dummheit, sondern daß sie weithin akzeptiert und überhaupt nicht hinterfragt wird.

Marx schreibt im »Kommunistischen Manifest«: »Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt worden sind. Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unsern Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung.« Wenn wir dieser Definition folgen, dann ist klar, daß »Kommunisten« und »Kommunismus« niemals von der sozialen Bewegung, dem jeweiligen Klassenkampf zu trennen sind, deren Teil sie sind. Im Unterschied zum »Schwarzbuch«, in dem die Politik und die Maßnahmen von kommunistischen Parteien völlig von ihrem historischen Zusammenhang getrennt und deshalb zum Teil unverständlich, nicht nachvollziehbar, manchmal auch furchtbar und schrecklich erscheinen, müssen wir die Geschichte des jeweiligen Landes, die soziale Lage der verschiedenen Klassen und die daraus resultierende Bewegung, den Klassenkampf, zu erfassen versuchen, um in etwa die daraus resultierende Politik nachvollziehen zu können. Während das »Schwarzbuch« den Kommunismus kritisiert, weil er die bürgerliche Herrschaft beseitigt, sind wir gegen den Kapitalismus, weil er unmenschlich ist. Aus diesem Grunde bedauern wir jedes Opfer und stellen fest, daß jedes Opfer ein Opfer zuviel ist. Trotzdem müssen wir uns darum bemühen, die geschichtliche Bewegung zu

erfassen, die zu den Opfern führte. Die Vorstellung, es gäbe eine geschichtliche Entwicklung ohne Opfer, die das »Schwarzbuch« nahelegt, ist entweder ein Kindermärchen oder böswillige Propaganda.

Um dies zu verdeutlichen, nehmen wir Rußland im Jahre 1917 als Beispiel. Nach drei Jahren Krieg mit Millionen an Toten und Verwundeten, mit Hungersnot und Elend vor allem unter der von Großgrundbesitzern abhängigen Landbevölkerung, begann – völlig unabhängig von irgendwelchen Bolschewiki – eine soziale Revolution gegen die herrschende Klasse und ihre Regierung. Gewaltige soziale Kräfte gerieten in Bewegung, die zuerst die zaristische Regierung und dann die menschwistische Regierung samt Staatsapparat hinwegfegte. Um ein Bild zu gebrauchen: Einer stürmenden Elefantenherde kann sich niemand in den Weg stellen. In dieser Situation glichen die Bolschewiki, die sich an die Spitze der Revolution stellten, dem Leitbull, der versuchen konnte, die Richtung der Elefantenherde zu bestimmen, mehr aber auch nicht. Was sich dieser Herde in den Weg stellte, wurde niedergetrampelt.

Es hätte in Rußland eine gewaltige soziale Umwälzung gegeben, ob mit oder ohne Lenin und die kommunistische Partei, die Frage ist nur, wohin diese Umwälzung gegangen wäre. Denn die Probleme Rußlands, eines (mit ein paar Ausnahmen in den großen Städten) völlig rückständigen Riesenlandes inmitten einer imperialistischen, hoch entwickelten Umwelt, hätten auch sonst eine Lösung oder, was wahrscheinlicher ist, keine Lösung gefunden. Daß die gefundene Lösung – »Sozialismus in einem Land«, Aufbau einer Industrie mit Terror unter Stalin – eine brutale und vielfach unmenschliche war, kann niemand bestreiten. Aber diese Lösung entsprach dem schier unlösbaren Problem – und bis heute vermag niemand ernsthaft anzugeben, welche Alternative es gegeben hätte, außer daß Rußland wahrscheinlich in Verhältnisse abgesackt wäre, die man in Lateinamerika beobachten kann.

Ein anderes Beispiel ist China im Vergleich mit Indien. Beide wurden ungefähr zur gleichen Zeit unabhängig bzw. Volksrepublik (Indien 1947, China 1949), wobei China die weitaus schlechteren Startbedingungen hatte als Indien. China hatte einen furchtbaren Krieg mit Japan und Bürgerkrieg hinter sich, während Indien immerhin eine von den Engländern eingeführte Kolonialverwaltung und koloniale Infrastruktur übernahm. Während Indien den kapitalistischen Weg ging, versuchte China als Folge einer siegreichen Bauernrevolution einen sozialistischen Entwicklungsweg. Vor beiden Ländern stand die enorme Aufgabe der Entwicklung einer Wirtschaft, die die Eigenständigkeit gegenüber den kapitalistischen Weltmächten garantieren sollte. Wir wollen jetzt nicht darüber streiten, welches Land es besser geschafft und welches die besseren Zukunftsperspektiven hat. Unbestreitbar ist jedoch, daß ein kurzer Blick auf Indien und dessen Entwicklung in den letzten 50 Jahren zeigt, welche sozialen Opfer diese Entwicklung gekostet hat: Massenehend, Hungersnöte, Zurückgebliebenheit weiter Bevölkerungsteile bestehen bis heute. Und jetzt wirft das »Schwarzbuch« der chinesischen kommunistischen Partei vor, daß ihre Herrschaft Millionen Menschen das Leben gekostet habe, unter anderem bei den großen Hungersnöten im Gefolge der Politik des »Großen Sprungs nach vorn« Ende der fünfziger Jahre. Eine solche Entwicklung ohne Opfer ist überhaupt nicht denkbar, es sei denn, die entwickelten Indu-

striaaten wären bereit, der Dritten Welt solidarisch unter die Arme zu greifen statt sie auszusaugen. Wie utopisch eine solche Vorstellung ist, zeigt allein schon die gegenwärtige Entwicklung in Asien und Afrika.

Daß übrigens bei entsprechender Unterstützung die Opfer geringer werden, zeigen – entgegen den Intentionen des »Schwarzbuches« – die Kapitel über Kuba und Nicaragua. Insbesondere Kuba genoß jahrelang die Unterstützung durch das sozialistische Lager und so blieben die Opfer – trotz des mehr oder weniger offenen Kriegszustandes mit den USA – relativ klein. So muß das »Schwarzbuch« bei Kuba

und Nicaragua schon wirklich dreist aufbauschen, um überhaupt etwas an »Verbrechen« anklagen zu können.

Auch wenn das »Schwarzbuch« kein ernst zu nehmender Diskussionsbeitrag ist, so müssen wir uns der Frage der Opfer immer wieder neu stellen. Letztlich auch der Frage der Herrschaft im Sozialismus, die im Verlaufe der Entwicklung in den sozialistischen Ländern gar nicht mehr thematisiert wurde. Das ist aber nicht das Thema des »Schwarzbuches«, das nicht die Herrschaft in einer Gesellschaft hinterfragt, sondern lediglich die Herrschaft kritisiert, wenn sie kommunistisch ist. 26.11.1998 ■

DOKUMENTIERT:

»Zwangskollektivierung und Entkulakisierung«...

... so heißt ein Kapitel im »Schwarzbuch« aus dem Teil über die Sowjetunion. Es beschreibt die Zeit nach 1929, als die Landwirtschaft mit Terror und Gewalt in eine Kollektivwirtschaft umgewandelt wurde, um die Nahrungsmittelversorgung für die Industrialisierung zu sichern und Arbeitskräfte zu bekommen. Während das »Schwarzbuch« lediglich von einem »regelrechten Krieg des Sowjetstaates gegen eine ganze Nation von Kleinbetrieben spricht« (Seite 165) und diesen in seinen furchtbaren Details schildert, wird der geschichtliche Zusammenhang, in dem sich die handelnden Akteure bewegten, völlig weggelassen. Wir zitieren deshalb aus unserer Broschüre »Weiße Flecken« zur Geschichte der Sowjetunion das Kapitel »Belagerte Festung«.

Belagerte Festung

»...oder wir werden zermalmt.« So Stalin 1931. Und wirklich war zehn Jahre später die Uhr abgelaufen, 1941 suchten Hitlers Truppen die Sowjetunion zu zermalmen – und wurden dabei selbst vernichtet aufgrund des in den dreißiger Jahren Geschaffenen. Die zeitliche Exaktheit der Prognose der sowjetischen Führung war zufällig, nicht ihr politischer Kern.

Mit der Existenz der ersten sozialistischen Staatsmacht war auch international unerbittlich die Frage gestellt: Wer wen? Schon in den ersten Jahren machte die Sowjetmacht mit den Interventionstruppen der kapitalistischen Hauptstaaten die praktische Erfahrung, daß der Imperialismus seinen Totengräber und Erben nie dulden kann und wird. Die Erschöpfung durch den Ersten Weltkrieg und der Widerstand von Arbeitermassen machten eine frühe Liquidierung der Sowjetmacht von außen unmöglich. Die imperialistischen Staaten mußten in ihrem Inneren die sozialistischen Bewegungen brechen und einen Block mehrerer Staaten gegen die SU bilden, denn keiner der alten Westmächte war zu einem Ausschalten der Sowjetmacht allein mehr in der Lage. Beides brauchte Zeit.

So war nach dem Ende von Bürgerkrieg und Intervention ab 1921 eine Ruhepause für die SU gegeben. Doch: »Wir sind nach wie vor Soldaten auf dem Vormarsch. Wir haben nur einen Rasttag«, schrieb Trotzki 1924, »die Hauptkämpfe ste-

hen uns noch bevor – und sind vielleicht gar nicht mehr so fern«.¹

Dies war (in außenpolitischer Hinsicht) gemeinsame Einschätzung aller Parteirichtungen und Gruppierungen. Auf der Linken warnte Preobraschenski 1925: »Uns wird nicht viel Zeit zum Aufbau des Sozialismus zur Verfügung stehen ...Wir bauen den Sozialismus in der Situation einer Kampfpause auf«.²

Auch Bucharin, als Vorsitzender der Kommunistischen Internationale, mahnte: »Der Krieg bedeutet das zentrale Problem des heutigen Tages«. Das bedeute nicht Krieg schon morgen, aber: »Wollen wir von der Zeit sprechen, die uns zur Vorbereitung übrig bleibt, so muß ich sagen, daß wir nur sehr wenig Zeit haben.«³

Er sagte dies auf dem 6. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1928, dessen Diskussion beherrscht wurde von der Perspektive eines kommenden Krieges gegen die Sowjetunion. Unklar und strittig blieb die Vorhersage des Zeitpunktes.

1927 schien die außenpolitische Zuspitzung heiß zu werden. Großbritannien, damals noch Hauptgegner, hatte mit der Zerschlagung des Bergarbeiterstreiks Ruhe im Inneren, griff verstärkt in China ein; dort wurde in Shanghai die revolutionäre Spitze geköpft; Großbritannien brach die diplomatischen Beziehungen zur SU ab, desgleichen Kanada, Frankreich schien sich dem anschließen zu wollen; in Polen, der Westmächte Degen an der roten Grenze, kam erneut Pilsudski zur Macht, der Aggressor von 1920; der sowjetische Botschafter dort wurde ermordet.

Ein Teil der Sowjetführung glaubte den Krieg nahe, die Bevölkerung reagierte mit Hamsterkäufen. Es stellte sich aber heraus, daß die imperialistische Kraft, die sich zum Schlag gegen die Sowjetunion fähig glaubte, noch nicht formiert war. Diese Ereignisse rückten jedoch für die Sowjetführung die Notwendigkeit forcierter eigener Vorbereitung in den Vordergrund. »Die Kriegsgefahr trägt einen scharfen Charakter«, gibt Eugen Varga 1928 die Stimmung wieder, »nicht in dem Sinne, als ob der Krieg bereits in den nächsten Monaten ausbrechen muß (obwohl auch diese Möglichkeit durchaus nicht ausgeschlossen ist), sondern in dem Sinn, daß die Politik der imperialistischen Mächte ihre gesamte Kraft auf die Vorbereitung eines künftigen Krieges richtet... Eines unterliegt in jedem Fall keinem Zweifel: Zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg wird keine so lange Periode vergehen wie zwischen dem französisch-deutschen Krieg von 1870/71 und dem Ersten Weltkrieg«.⁴

1) Weiße Flecken – Über die Geschichte der Sowjetunion, Artikelserie aus der Arbeiterpolitik Dez. 1988 – 90, 72 Seiten, (vergriffen)

Die entsprechende Vorbereitung seitens der SU verlangte zweierlei. Zum einen die Bevorratung von Getreide. »Das erste, was für die Verteidigung der UdSSR notwendig ist, das ist natürlich Getreide«, sagte Premier Rykow, ein politischer Freund Bucharins, im Sommer 1928.⁵ Doch gelang es nach 1927, als sich die Aufgabe der Kriegsvorbereitung stellte, nicht, in nennenswertem Maße Vorräte an Getreide zu sammeln. Zum anderen mußte die wirtschaftliche Grundlage den Notwendigkeiten eines Krieges mit entwickelten imperialistischen Industrieländern genügen. Der Erste Weltkrieg hatte in dieser Hinsicht klargestellt, daß kein Waffenvorrat die Erfordernisse eines modernen Krieges decken kann. Eine entwickelte Schwerindustrie (und zunehmend chemische Industrie) muß einen Vorrat moderner Waffen für einige Monate produzieren, um dann im Kriegsfall nach schneller Umstellung von Zivil- auf Kriegsproduktion den hohen laufenden Bedarf decken zu können. An dieser Aufgabe war ja, unter anderem, der Zarismus zerschellt.

Diese Anforderungen führten schon 1927 (vor der Getreidekrise und Wende zur Kollektivierung) zu Versuchen der Bildung von Getreidevorräten und zu Industrialisierungsprogrammen. Der 15. Parteikongreß beschloß Ende 1927, im ersten Fünfjahresplan besonders die Verteidigungsaspekte zu berücksichtigen, also vorrangig Schwerindustrie und dort wiederum besondere Schwerpunkte zu fördern. Besonderes Augenmerk galt auch der Forderung nach Autarkie für den Fall einer (erneuten) Wirtschaftsblockade und dem Aufbau von Industrie in Gebieten, die feindlichem Zugriff (bei damaligem technischen Stand) entzogen sind, also vor allem im Ural, etwa gleichweit von beiden potentiellen Aggressoren Deutschland und Japan entfernt.

Diesen Plänen wurden aber mit der Getreidekrise engste Grenzen gesetzt, ohne daß eine Besserung in Sicht war. Der Konflikt mit den Bauern, politisch gesehen, mit dem Marktmechanismus der NEP, ökonomisch gesehen, trieb sie zur Kollektivierung. Die Unerbittlichkeit dieses Weges und seine Auswirkungen in einer nunmehr äußerlich forcierten Industrialisierung aber wurde außenpolitisch bestimmt.

Schon im November 1928 sprach Stalin von der Gefahr der »kapitalistischen Umkreisung« und der »Zermalmung«: »Es ist unmöglich, die Unabhängigkeit unseres Landes zu behaupten, ohne eine hinreichende industrielle Basis für die Verteidigung zu besitzen ... Das ist es, weshalb wir ein schnelles Entwicklungstempo der Industrie brauchen und was uns dies Tempo diktiert.«⁶ Und 1933 hämmerte er der Partei ein: »Man muß ein Land, das um 100 Jahre zurückgeblieben ist und dem infolge seiner Zurückgebliebenheit eine tödliche Gefahr droht, vorwärtstreiben... Die Partei war deshalb gezwungen, das Land anzupeitschen, um keine Zeit zu versäumen, um die Atempause bis zum letzten auszunutzen und in der Sowjetunion rechtzeitig die Grundlagen der Industrialisierung zu schaffen, die die Basis ihrer Macht bilden. Die Partei hatte keine Möglichkeit zu warten und zu manövrieren, und sie mußte die Politik des maximal beschleunigten Tempos durchführen.«⁷

1 Leo Trotzki, Literatur und Revolution, Berlin 1968, S. 162.

2 zitiert nach: Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften, Frankfurt 1973, S. 301

3 zitiert nach: Manfred v. Boetticher, Industrialisierungspolitik und Verteidigungskonzeption der UdSSR 1926 – 1930, S. 73

4 zitiert nach: v. Boetticher, S. 358

5 zitiert nach: v. Boetticher, S. 230

6 zitiert nach: Paul Scheffer, Augenzeuge im Staate Lenins, München 1972, S. 359

7 zitiert nach: Hans Raupach, Geschichte der Sowjetwirtschaft, Reinbek, 1964, S. 213

KORRESPONDENZEN

■ DUNLOP, HANAU

Dunlop-Arbeiter begehren auf

Die Angriffe des Kapitals auf die Arbeitsplätze, Löhne und sonstigen Besitzstände der ArbeiterInnen und Angestellten sind auch in den Großbetrieben der Metall-, Druck- und Chemieindustrie in Hanau zu spüren. Woran es fehlt, ist Gegenwehr im betrieblichen und vor allem überbetrieblichen Bereich mit Unterstützung der jeweiligen Gewerkschaft. Rückzugsgefechte und Kompromisse sind an der Tagesordnung. Betriebsräte opfern in Vereinbarungen bisherige Einzelpositionen, um damit vermeintlich Kernbestände oder gar den Standort zu sichern, jedenfalls bis zur nächsten Erpressung durch den Unternehmer. Belegschaften flüchten sich in individuelle Strategien wie »freiwillige« Überstunden und Vermeidung krankheitsbedingter Fehlzeiten, um den betrieblichen Druck zu mindern, reale Lohnverluste auszugleichen etc. So unterschiedlich wie die Bedingungen der Branchen und Betriebe sind auch die Möglichkeiten von Betriebsräten, durch Vereinbarungen mehr oder weniger das Schlimmste abzuwenden.

Eine Welle von Ausgliederungen und Verkäufen läuft bei Heraeus, Roediger und Leybold. Aus dem Geschäftsbereich Leybold Systems etwa wurden 200 Beschäftigte entlassen. Die Fusion von Degussa mit Hüls läßt Verlagerungen in andere Standorte mit entsprechenden Arbeitsplatzverlusten

und weiterer Arbeitsverdichtung befürchten. Die Krise bei ABB (Werk Saarbrücken) hat in Hanau noch keine Auswirkungen, erzeugt aber Unruhe. Die Großdruckerei Illert, früher unter den zwanzig größten grafischen Betrieben der BRD geführt, verliert Großkunden und steht bei Fortsetzung dieser Entwicklung vor dem Aus. Bei Honeywell in Maintal, früher als kämpferischer Betrieb bekannt, wurde in wenigen Jahren die Belegschaft von 1300 auf 700 reduziert, ohne daß ein Ende in Aussicht steht.

Bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit geht Heraeus zügig voran. Das maximale Zeitsaldo wurde auf plus/minus hundert Stunden heraufgesetzt. Überstunden werden erst bei Überschreiten dieser Marke als solche bezahlt. Samstagarbeit soll überhaupt ohne Überstundenzuschläge geleistet werden. Schließlich wird noch die Möglichkeit eröffnet, durch Langzeitkonto Überstunden mit der Altersteilzeit zu verrechnen. Dazu kommt dann noch, daß offensichtlicher Bruch von noch bestehenden Bestimmungen dieser Vereinbarung nicht weiter stört, wenn es dem Unternehmen nützt; wenn also beispielsweise im Zeitkonto stehende Überstunden ausgezahlt werden oder Beschäftigte zu »freiwilliger« zuschlagloser Überarbeit gezwungen werden.

Bei Siemens-Vacuumschmelze ist die Geschäftsführung noch nicht so weit: Dort beträgt das maximale Zeitsaldenkonto »erst« 60 Stunden. Samstagarbeit gilt als Mehrarbeit,



und die Höhe der Zuschläge ergibt sich aus der pro Woche geleisteten Überstunden, wie es der Tarifvertrag vorschreibt.

In der Aufzählung fehlt natürlich noch ein Großbetrieb: Dunlop. Der früher britische Reifenhersteller gehört mittlerweile zum japanischen Konzern Sumitomo. In der Reifenindustrie im Bereich der BRD gilt inzwischen wieder die Vierzig-Stunden-Woche, die in jedem Unternehmen unter Druck und mit dem Argument der Arbeitsplatzsicherung durchgesetzt wurde. Auch in der Dunlop-Gruppe mit vier Reifenwerken, einem Gummihersteller und einem Formenbauer ist das nicht anders, mit einer Ausnahme: In Hanau galt bis vor kurzem die 37,5-Stunden-Woche. Aber auch Hanau ist nicht das kleine, unbeugsame gallische Dorf, das dem Rest der Welt einen Zaubertrank entgegenhalten kann. Im August 1998 unterschrieb der Betriebsrat eine Vereinbarung zur Einführung der Vierzig-Stunden-Woche. Unter dem Druck von Sumitomo, den angeblich mit um 40 Prozent höheren Kosten arbeitenden Standort zu schließen, wurden außerdem die Entlassung von zirka 70 Kollegen (von insgesamt etwa 2000), die Schließung einer Abteilung, Vollkontischicht, Sonntagsarbeit, ein Sozialplan etc. akzeptiert. Dafür versprach die Geschäftsführung, bis zum Jahre 2001 keine betriebsbedingte Kündigungen auszusprechen – vorausgesetzt, die wirtschaftlichen Rahmendaten würden sich nicht verschlechtern. Dieses Zugeständnis, mit dem der Betriebsrat Kritik aus der Belegschaft abwehren sollte, wurde also gleich wieder kassiert.

Kaum war die Vereinbarung unter Dach und Fach, da ging das Gerücht um, daß Dunlop an den Konkurrenten Goodyear verkauft werden soll. Nach der guten Gewinnlage des Unternehmens 1997 kam diese Nachricht überraschend. Wozu dann noch Arbeitszeitverlängerung und Entlassungen? Mögliche Erklärungen: Entweder war die Verkaufsabsicht eine zusätzliche Drohung an die Belegschaft und entbehrte ansonsten der Grundlage, oder der von der japanischen Bankenkrise angeschlagene Sumitomo-Konzern versuchte durch Verschlingung einen höheren Kaufpreis für Dunlop herauszuschlagen. Bis dato ist nicht bekannt, ob Dunlop tatsächlich verkauft werden soll.

So weit alles wie gehabt. Und doch tat sich etwas. Die Betriebsvereinbarung löste in der Belegschaft verständlicherweise großen Unmut aus und erforderte die Unterstützung der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) für den Betriebsrat. Es wurden Flugblätter der Gewerkschaft verteilt, die unter dem Argument der Standortsicherung massiv für Arbeitszeitverlängerung und Entlassungen warben. Zwei oppositionelle Mitglieder des Betriebsrats wurden mit Zuckerbrot und Peitsche entfernt, den Rest konnte man überstimmen. Immerhin

lehnte ein Drittel des Gremiums die Vereinbarung ab. Das gewerkschaftliche Co-Management hatte gerade noch funktioniert.

Eine kleine Minderheit der Belegschaft gab sich aber noch nicht geschlagen. Zum ersten Mal in der aktuellen Rationalisierungswelle in Hanau wurde eine Demonstration gegen ein Unternehmen am Standort organisiert, ohne bzw. gegen die Gewerkschaft. Hierbei bot sich die Solidarität des »Arbeitskreis Betrieb und Gewerkschaft im Internationalen Kulturzentrum« an. Dieser Kreis hatte in besseren

Tagen KollegInnen vorwiegend türkischer Nationalität aus Betrieben in Hanau und darüber hinaus im Rhein-Main-Gebiet wie dem Frankfurter Flughafen, dem Deutschen Paketdienst in Kelsterbach und dem Opel-Werk in Rüsselsheim umfaßt, in letzter Zeit aber seine Aktivitäten reduziert. Sein Versammlungsraum ist der des »Vereins der Arbeiter aus der Türkei« in Hanau. Die Demonstration wurde für den Samstag, 14. November, festgesetzt. Die Route ging vom DGB-Haus durch die Innenstadt zum Haupttor des Reifenwerks.

An einem völlig verregneten Tag kamen immerhin 70, 80 KollegInnen zusammen. Die Solidarität anderer Hanauer Großbetriebe war trotz rechtzeitiger Kontaktaufnahme äußerst schwach. Nur die Betriebsratsvorsitzenden von ABB und Honeywell fanden sich ein. Neben deutlichen, gegen Dunlop gerichteten Transparenten wurden auch IG-BCE-Fahnen gezeigt; von den FunktionärInnen, insbesondere der Geschäftsführerin, war natürlich keine Spur zu sehen. Die Sprecherin der Demonstration (nicht ein Sprecher, wie die »Frankfurter Rundschau« fälschlich berichtete) griff die Gewerkschaft massiv an, weil sie Position gegen die Interessen der Beschäftigten bezogen hatte. Sie forderte ein Zusammengehen der Belegschaften der Dunlop-Werke und der Reifenindustrie insgesamt. Gegen das »Bündnis für Arbeit« fand sie klare Worte: *»Wie können wir uns mit professionellen Arbeitsplatzvernichtern in ein Boot setzen, mit Leuten, die es geschafft haben, mehr als drei Millionen Industriearbeitsplätze abzubauen und ein Heer von Arbeitslosen zu schaffen? Wie können wir glauben, daß nur im Bündnis mit Leuten, für die Arbeitnehmer nur zu teure und lästige Kostenfaktoren sind, Arbeitslosigkeit bekämpft werden kann?«*

Am Dunlop-Haupttor angekommen, entdeckten die KollegInnen nun endlich die Präsenz ihrer Gewerkschaft, ihres Betriebsrates und ihrer Vertrauensleute. Sie alle sowie der DGB Main-Kinzig/Offenbach erklärten in einem am Pfortnerhäuschen angeschlagenen Zettel feierlich ihre Distanzierung von der Aktion. Sie hätten nicht zur Demonstration aufgerufen (alles, was recht ist: so war es ja auch), der »Arbeitskreis Betrieb und Gewerkschaften im Internationalen Kulturzentrum« sei eine unabhängige Einrichtung. Die Belegschaft im großen und ganzen würde die Vereinbarung unterstützen, so die Gewerkschaftsoffiziellen. Im folgenden wurden die wichtigsten Bestimmungen noch einmal aufgezählt, positiv gewürdigt und kleinlaut zugegeben, daß man auch Kröten habe schlucken müssen. So sei es nun mal in der Marktwirtschaft. 70 entlassene KollegInnen verschwanden unter dem Mantel des Schweigens.

Da sich die Gewerkschaft aber getroffen fühlte, lud sie am folgenden Montag zur Pressekonferenz (*»klärendes Ge-*

sprach«). Man wisse nicht, wer die Initiatoren seien, es habe ja kein persönlicher Name unter dem Aufruf gestanden. Der Vorwurf, die Gewerkschaft sei zur Demonstration nicht erschienen, entbehre der Grundlage, denn sie sei nicht eingeladen worden und habe überhaupt nichts von der Aktion gewußt. Im übrigen sei alles zum besten der Belegschaft geregelt und diese stets einbezogen worden. Sumitomo habe drei Abteilungen schließen und keine Investitionen in den Standort Hanau mehr tätigen wollen. So habe die IG BCE nichts anderes getan, als das Reifenwerk zu retten, die Tarifbindung zu sichern und das Versprechen neuer Ausbildungsplätze auszuhandeln.

Wie üblich drückt sich hier die Erklärungsnot der Gewerkschaft dahingehend aus, daß Erpressung mit scheinbar objektiven ökonomischen Vorgängen erklärt wird – objektiv in dem Sinne, daß sich um Erfordernisse der kapitalistischen Konkurrenz und der einzelbetrieblichen Profitratenentwicklung handelt. Dies kennt man ja. Empört bis belustigt aber könnte man sein über den Vorwurf der IG BCE, zur Demonstration nicht eingeladen worden zu sein und nichts gewußt zu haben. Nach ihrer eindeutigen Stellungnahme während der Auseinandersetzungen, die schließlich zu der Betriebsvereinbarung führten, kann das wohl nicht überraschen. Was hätte die Geschäftsführerin der Gewerkschaft den lieben KollegInnen wohl erzählen können, wenn sie dennoch erschienen wäre? Und wer, wenn nicht die Gewerkschaftsoffiziellen, hat den Zettel am Pfortnerhäuschen angebracht?

Eine nachfolgende Auswertung der Aktion tut not. Bis zur Schlußfassung dieses Artikels ist es dazu noch nicht gekommen. Auch der richtige Ansatz des Arbeitskreises Betrieb und Gewerkschaften zur überbetrieblichen Zusammenfassung klassenbewußter und engagierter KollegInnen sollte wiederbelebt werden. Hierzu wäre es freilich notwendig, über eine Beschränkung auf gewisse nationale und politische Besonderheiten hinwegzukommen. Dies dürfte den Mitgliedern des Kreises auch bewußt sein; es kommt zumindest in der Bezeichnung »Internationales Kulturzentrum« zum Ausdruck. Die Schwierigkeiten liegen in der praktischen Umsetzung. Ein neuer Anfang ist mit der Demonstration der Dunlop-Arbeiter versucht worden: nicht mehr, aber auch nicht weniger. 26.11.1998 ■

■ OPEL, BOCHUM

Manchmal bewegt sich die Arbeiterklasse doch

Am 7. Oktober zum Beispiel: An dem Mittwoch traten gegen halb Elf spontan zirka 1800 Kollegen von OPEL in Bochum für mehr als eine Stunde in den Streik. Betroffen war vor allem die Lackiererei, die Fertigung sowie die Endmontage. Selbst der Betriebsrat war überrascht. Die Streikenden marschierten zum Verwaltungsgebäude. Die Streikenden waren die wachsende Arbeitshetze, den hohen Krankenstand und die vorsintflutlichen Pausenregelungen leid. Damit nicht des Außergewöhnlichen genug: Statt sich, wie in vielen anderen Fällen, ihren Ärger durch irgendwelche finanziellen Zusagen abkaufen zu lassen, wurde vielmehr die Einstellung von zusätzlichen 300 Kollegen für die Fertigung und

Endmontage gefordert. Nur zwei Tage Bedenkzeit, bis Freitag elf Uhr, wurden der Werksleitung gegeben.

Obwohl – vielleicht aber auch: gerade weil – OPEL im Konkurrenzkampf mit VW und FORD Probleme hat, wird der neue ASTRA im Höllentempo produziert. 14.700 Kollegen stellen pro Tag 1470 ASTRA her. Der Absatz läuft zwar nicht so gut, wie die Konzernleitung sich das wünschte. Infolge der scharfen Rationalisierungsmaßnahmen der letzten Jahre ist die Belegschaft jedoch total ausgedünnt: Stichworte sind Standortsicherung, Flexibilisierung der Arbeitszeit, Erhöhung der Qualität. Deshalb sind alle Kapazitäten im Augenblick bis zum Rand voll ausgelastet. Seit Anfang des Jahres wurde die Produktion ständig gesteigert. Pinkelpausen werden von den normalen Ruhepausen abgezogen. Die Sprecher der verschiedenen Gruppen sind voll in den Arbeitsablauf integriert. Können die Aufgaben, die sie eigentlich wahrnehmen sollen, nicht erfüllen. Den Fahrer bleibt häufig nichts anderes übrig, als gegen die Arbeitsvorschriften zu verstoßen, wenn sie ihren Job erfüllen wollen. In Relation zur Mannschaftszahl laufen die Bänder zu schnell. Der Krankenstand war in einigen Abteilungen nach dem Ende der Werksferien von vorher fünf Prozent auf zehn Prozent gestiegen.

Weil bei OPEL die Zahlung des Weihnachtsgeldes davon abhängig ist, daß der Krankenstand unter sieben Prozent bleibt, ist das für die Kollegen zusätzlich schmerzlich.

Vor einiger Zeit hatte der Betriebsrat, um die Unternehmensleitung unter Druck zu setzen, deshalb bereits Überstunden abgelehnt. Ende September waren dann aufgrund der offensichtlich unhaltbaren Situation in der Fertigung 415 befristete Verträge verlängert worden. Aber erstens blieb damit die Einstellung weiterhin befristet. Allein 115 müßten sich bereits Ende des Jahres ihre Papiere wieder abholen. Zum zweiten war das nur ein Notbehelf. Denn auch mit diesen Kollegen war das Arbeitstempo noch zu hoch.

Die Betriebsleitung reagierte sehr schnell und setzte sich mit dem Betriebsrat zusammen. Schon am folgenden Abend gegen achtzehn Uhr wurde ein Verhandlungsergebnis erzielt: 50 Kollegen wurden bis März 1999 zusätzlich angeheuert. Bei 35 Kollegen wurden die Arbeitsverträge, die Ende Oktober ausgelaufen wären, ebenfalls um sechs Monate verlängert. Zur Beratung weiterer Maßnahmen wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Hier sitzen Betriebsrat und Werksleitung zusammen. Die Bandgeschwindigkeit wurde vorübergehend abgesenkt. Freilich nur um 2,5 Prozent pro Arbeitsschritt sind das zwei Sekunden mehr. Und erst einmal nur für eine begrenzte Zeit – so lange, bis sich Werksleitung und Betriebsrat in der Arbeitsgruppe auf umfassende Lösungen verständigt haben.

Aus dem Kreis der Streikenden wurde Kritik gegenüber diesem Ergebnis laut: Unmittelbare Vertreter der streikenden Kollegen nehmen nicht an den Beratungen teil. Zudem habe der Betriebsrat das Verhandlungsergebnis ohne Rücksprache mit den Kollegen abgesegnet.

Durch den Streik bei OPEL wurde erstmals seit langem in einem Großbetrieb die tagtägliche Arbeitshetze in Frage gestellt. Und fast erstmalig ist es auch, daß es nicht allein um Vorteile für die Stammbeflegschaft ging, sondern die Einstellung von Arbeitslosen gefordert wurde. Andererseits gelang es wie üblich am Ende dem Betriebsrat erneut, den Konflikt (zunächst) in schiedlich-friedliche Bahnen zu lenken.

26.11.1998 ■



■ SVEDALA, HAMBURG

»Arbeitslos... obdachlos... würdelos«?

Mit geplanten 70 Entlassungen schliesst Svedala Scholtz wesentliche Teile der Förderbandproduktion

Jetzt haben wir eine Regierung, die mit der Forderung nach Sicherung der Arbeitsplätze und dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit die Wahlen zum Bundestag gewonnen und die Posten in der Bundesrepublik mit ihren Leuten besetzt hat. Aber das Sterben der Arbeitsplätze geht weiter, obwohl führende Gewerkschafter Minister für Arbeit und Soziales geworden sind. In Hamburg wurde dieser Senatsposten mit einer führenden DGB-Frau besetzt, Petra Roth.

Svedala Scholtz GmbH, eine Hamburger Firma für Transportbandtechnik mit 158 Arbeitsplätzen ist ein neues, aber sicherlich nicht das letzte Beispiel, wie die Marktwirtschaft mit den Beschäftigten umspringt. Die Firma gehört zu dem schwedischen Mischkonzern Svedala und hat weltweit 11.000 Mitarbeiter. Der Hamburger Betrieb stellt Spezialförderbänder und Gummimatten her. Die IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) berichtet, daß bald ein Drittel der Belegschaft arbeitslos sein wird. Das ist für die »Überlebenden« ein schlechter Trost, denn sie haben bald mit derselben »Zukunft« zu rechnen, wenn auch ihr Tod langsamer kommt.

Die Firma schreibt schwarze Zahlen und die Auftragsbücher sind voll bis Mitte des kommenden Jahres. Auch die Bereitschaft der Belegschaft, an einem höheren Firmengewinn beizutragen, hat nichts genützt, und die MitarbeiterInnen fragen sich, was denn der Grund sei.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Svedala Industri AB, Malmö, Rune Anderson, schreibt an den Betriebsrat in Hamburg u. a.: Das Management hat beschlossen, »daß Svedala nicht länger auf dem Stahlseilgurtmarkt tätig sein will. Dieser Markt ist, gemäß meinen Informationen, sehr stark wettbewerbsbetont und es gibt einen Belieferüberschuß. Viele der Bewerber haben ihren Sitz in Niedrig-Kosten-Länder, was es noch schwieriger macht, neue Märkte zu erobern.« – Es ist schon wie in einem Krieg. »Erobern«. Der Aufsichtsrat stimmt der Entscheidung des Managements zu.

Die Belegschaft wird mit den »guten zwischenmenschlichen Beziehungen« beruhigt, die »zu einem ihrer leitenden

Schlüsselwörter zählt...« Eines der »Schlüsselwörter« ist die Marktwirtschaft, die zum »Glaubensbekenntnis« der Gewerkschaften (nicht nur der IG BCE, sondern der DGB-Gewerkschaften) gehört und ein beschönigendes Wort für Profitwirtschaft und Ausbeutung der Beschäftigten ist.

Die Firma Conrad Scholtz bestand hundert Jahre. Ein Kautschukspezialist für Förderbänder im Bergbau, in Landwirtschaft und Industrie. Nach dem Mißmanagement in den frühen achtziger Jahren wurde sie an die finnische Firma Nokia verkauft. Diese stieß sie nach fünf Jahren an den schwedischen Kautschukkonzern Trelleborg ab. Inzwischen wurde die Belegschaft kräftig dezimiert. Die AG wurde in eine GmbH umgewandelt, Grundstücke wurden verkauft, Betriebsrenten gestoppt. Die Niederlassungen Hamburg, Watten-scheid und Mannheim wurden abgekoppelt. Was folgte, war die Verlagerung ganzer Produktionslinien nach Trelleborg Kongsvinger, die Auslagerung der Reinigung, Pflörtnerie und Kantine auf Fremdfirmen. Die Stammebelegschaft schrumpft von 650 auf 158 Beschäftigte. Die Namen wechseln wie die Hemden: C. Scholtz AG, Scholtz GmbH, Trellex Scholtz GmbH, Balatros Scholtz GmbH und Svedala Scholtz GmbH heute.

Dabei gibt es erste Ansätze von Widerstand. Fast fünfzig Svedala-Scholtz-Beschäftigte statteten der Bezirksversammlung in Wandsbek am 26.11.1998 einen Besuch ab. Mit drei Transparenten demonstrierten sie »ihren« Volksvertretern, ihr Recht auf Arbeit und ihren Anspruch auf Arbeitsplätze der Svedala-Konzernspitze mitzuteilen und sie zur Rücknahme der geplanten Entlassungen aufzufordern.

Worauf es jetzt aber ankommt und in nächster Zukunft – daß die wenigen, die die mißliche Lage sehen und erkennen, anstatt zu klagen, sich zusammenfinden bei den Kollegen, vor allem bei denen, die sich noch mit den Gewerkschaften ein wenig verbunden fühlen, politisches Vertrauen zu gewinnen und so allmählich eine Kraft zu schaffen gegen die Profitinteressen der herrschenden Klasse. Das sind die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Widerstand gegen die Arbeitslosigkeit – so den Kolleginnen und Kollegen einen Ausweg zeigen.

26.11.1998 ■

■ ÖTV, HAMBURG

Die Verantwortlichen feiern – protestierender Kollege muß blechen

Ausgerechnet im Hamburger Nobelhotel »Atlantic« fand die Feier zum 175jährigen Jubiläum des Allgemeinen Krankenhauses (AK) St. Georg statt, gelegen im gleichnamigen Stadtteil, der wegen seiner sozialen Probleme (der Anteil ausländischer Mitbürger beträgt über 50 Prozent), wegen Drogenszene, Kriminalität und Prostitution häufig und über Hamburg hinaus Thema der Medien ist. Der Festakt fand ausschließlich vor geladenen Gästen statt, die Begrüßungsworte sprach Bürgermeister Ortwin Runde, Wort- und Musikbeiträge umrahmten das hochkarätige Miteinander bei Champagner und kaltem Büfett.

Draußen, vor einem Nebeneingang, bereits erwartet von Polizei und einem Vertreter des LKA (vorgewarnt durch einen »Tip« aus der Leitung der Krankenhausleitung), hatten sich einige wenige Demonstranten eingefunden, um auf das Mißverhältnis von Jubelveranstaltung und Abbau im Hamburger Gesundheitswesen aufmerksam zu machen. Ein Abbau, der die wohlversicherte Schickeria, die sich da drinnen vergnügte, kaum betraf; wohl aber Menschen, die in der Mehrzahl weder auf den Gedanken kämen noch Gelegenheit erhalten würden, an solchen Galapartys teilzunehmen: Menschen aus St. Georg etwa, oder vergleichbaren Stadtteilen wie St. Pauli und Wilhelmsburg – besorgt um Auskommen und Arbeitsplätze oder bereits ohne Arbeit; Menschen am Rande dieser Gesellschaft, oder schon durch das »soziale Netz« gefallen – arbeits- und wohnungslos, vielfach bereits kriminalisiert durch den Verlust ihrer Existenzbedingungen: »Überflüssige Menschen«, wie Maxim Gorki sie bitter genannt hat.

Die kleine Gruppe »aus ca. 7 Personen«, wie es im Polizeibericht heißt (»ca. 7« – als könnten die Diensthabenden nicht weiter als Fünf zählen), hatte nur wenig Möglichkeit, auf ihr weiteres Anliegen hinzuweisen: Vertreter der Stadt und der Leitung des LBK (Landesbetrieb Krankenhäuser) an die überfällige Einrichtung des Gesundheitszentrums in St. Pauli (anstelle des geschlossenen Hafenkrankehauses) zu erinnern und die notwendigen Intensivbetten für die Notfallambulanz anzumahnen (vgl. »Arbeiterpolitik« vom 12.6.1997, *Zum Widerstand gegen die Schließung des Hafenkrankehauses in Hamburg*). Die Beamten interpretierten ihren spontanen Protest als »unangemeldete Demonstration« und erstatteten gegen den Kollegen Holger Hanisch, seit 25 Jahren Mitglied der IG Metall, den sie als »Leiter der Versammlung« ausfindig machten, Strafanzeige.

Nebenbei: Selbst der Staatsanwaltschaft müßte nach den Massenprotesten gegen die Schließung des Hafenkrankehauses plausibel sein, daß eine vorbereitete Demonstration der Initiative »Ein Stadtteil steht auf«, deren Leiter Holger Hanisch ist, und der UnterstützerInnen von »Station D« sich mit Sicherheit nicht »auf ca. 7 Personen« beschränkt hätte (und wie die bisherigen Demonstrationen und Veranstaltungen zum Thema Gesundheitswesen angemeldet worden wäre).

Wie auch immer: Das Amtsgericht Hamburg, dessen Richterin die Staatsanwaltschaft vergeblich die Einstellung des Verfahrens nahegelegt hatte, verurteilte den Kollegen Hanisch am 7.12.1998 zu einer »Geldstrafe von 15 Tagessätzen« à 30,- DM, insgesamt also 450,- DM zuzüglich 51,- DM Verfahrenskosten. Üblicher Zusatz: »an die Stelle einer uneinbringlichen Geldstrafe tritt Freiheitsstrafe; einem Tagessatz entspricht ein Tag Freiheitsstrafe«. 15 Tage Haft also, wenn wir den Kollegen Hanisch nicht unterstützen. 15 Tage Haft, um zu verhindern, daß ausgesprochen und öffentlich gemacht wird, was wahr ist, aber nicht wahr sein darf. Die »unangemeldete Demonstration« dient als Vorwand, wie er sich in dieser oder jener Form fast immer finden läßt, um von sozialen Widersprüchen abzulenken, um Kritik und Widerstand zu diffamieren, um einzuschüchtern. Die Wahrheit verhindern – »im Namen des Volkes«.

Der Kollege Hanisch kann das Geld für die Strafe nicht aufbringen – seit er vor drei Jahren im Zuge der Rationalisierungsmaßnahmen bei Philips in Hamburg seine Stelle verlor, ist er arbeitslos. Schon gar nicht kann er – sollte der

gemeinsame Protest nicht zur Einstellung des Verfahrens führen – das Revisionsverfahren finanzieren, dessen Kosten erheblich höher sein können. Trotzdem wird er von GewerkschaftskollegInnen nicht nur der IG Metall dazu ermutigt, nicht zuletzt, um die dem Zusammenhang des Falles angemessene Öffentlichkeit herzustellen. Die ihre Unabhängigkeit betonende Presse Hamburgs war dazu bisher nicht in der Lage. Dabei wird von den Lokalredaktionen in der Regel doch aufmerksam verfolgt, was Stadtteilzeitungen berichten oder kritisch anmerken. Beispielsweise »Der lachende Drache«, herausgegeben vom Einwohnerverein in St. Georg, mit einem Kommentar zum Jubiläum des Krankenhauses bereits Anfang September: »Der Abbau von medizinischen Leistungen, realer Stellenabbau, das »out-sourcen«, d. h. die Privatisierung bestimmter Arbeitsbereiche – all das läßt sowohl die KollegInnen hinsichtlich ihrer Arbeitsplätze als auch die PatientInnen mit Blick auf ihre gesundheitliche Versorgung skeptisch in die Zukunft blicken. Was das Direktorium nicht abhält, den 175. Geburtstag unter dem Titel »Tradition und Fortschritt« groß zu begehen... Gestartet wird mit einem aufwendigen Empfang im Atlantic-Hotel.«

Gewerkschaftliche Solidarität ist angesagt – nicht nur mit dem Kollegen Hanisch, sondern mit allen Betroffenen – seien es Beschäftigte oder Patienten – die sich dem Abbau im Hamburger Gesundheitswesen widersetzen.

Warum schweigt die ÖTV?

Die Rolle der Hamburger ÖTV-Vorstände ist bereits bei der Schließung des Hafenkrankehauses deutlich geworden. Von vornherein orientierten sie auf die Minimallösung eines Gesundheitszentrums statt konsequent ihre Mitglieder und die Bevölkerung St. Paulis im Kampf gegen die Schließung des Krankenhauses zu unterstützen. De facto wurde die ÖTV-Führung zum Co-Management von Behörden und LBK, bemüht um die Sicherung der Hamburger Staatsfinanzen und in ihren Aktivitäten beschränkt auf »sozialverträglichen« Abbau und Umsetzung von Beschäftigten in andere Krankenhäuser. Seehofer, der als Vertreter der mittlerweile ersetzten Kohl-Regierung in mehreren Redebeiträgen seitens der ÖTV für die Auswirkungen der Bonner Gesundheitsreform auf das Hamburger Krankenhauswesen verantwortlich gemacht wurde, ist ja nun weg – was sich ändert sich? Allenfalls die Argumentation. Der Abbau geht mit zunehmender Härte weiter. Die Rationalisierungsmaßnahmen in Hamburger Krankenanstalten werden inzwischen als vorbildlich für die gesamte Bundesrepublik bezeichnet...

Nur vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, warum die ÖTV-Spitzen, statt gegen die Erste-Klasse-Feier im Atlantic-Hotel aufzutreten, zuließen, daß die Mehrzahl der einfachen Beschäftigten mit einer Feier zweiter Klasse bei Würstchen und Bier in einem Festzelt auf dem Gelände des Krankenhauses abgefunden wurde. Der Betriebsrat des AK St. Georg war in die Veranstaltungspolitik von Krankenhausleitung, LBK und ÖTV eingebunden: Einerseits verweigerte er zwar seine Teilnahme an der Feier im »Atlantic«, andererseits enthielt er sich jedoch der entsprechenden Information und Stellungnahme gegenüber den Beschäftigten; er sah sich ebensowenig in der Lage, in einer der zahlreichen Veranstaltungen, die im Rahmen der mehrtägigen Jubiläumsfeier angeboten wurden, die sich verschlechternde Gesundheitsfürsorge und den Personal- und Bettenabbau in Hamburgs Krankenhäusern zum Thema zu machen. Es blieb beim Protest

»von außen«: Der kriminalisierten Aktion vorm Atlantic-Hotel folgte zwei Tage später eine Protesterklärung im Festzelt, getragen von einzelnen KollegInnen der ÖTV und der IG Medien.

Fazit: ■ Was von Vorständen der ÖTV vernachlässigt wird, wird von Mitgliedern der Basis auch anderer Gewerkschaften angegangen: Solidarität organisieren mit allen, die vom fortschreitenden Abbau im Hamburger Gesundheitswesen betroffen sind und Widerstand leisten; Solidarität auch mit dem Kollegen Holger Hanisch, zunächst durch Spenden für die Verfahrenskosten der Revision und Herstellung der notwendigen Öffentlichkeit.

■ Die Diskussion über die geplante Großfusion von ÖTV, DAG, HBV, DPG und IG Medien muß anhand konkreter Beispiele wie im geschilderten Fall an der Mitgliederbasis verbreitet werden. Was beispielsweise ist mit den streikenden Busfahrern in Hamburg (auch in Berlin), die sich von der ÖTV-Führung im Stich gelassen fühlten, als es um Absenkung der Löhne und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für sie ging (Kürzung von Weihnachts- und Urlaubsgeld u.a. wegen der angeblich drohenden europäischen Konkurrenz)? Oder: Soll es Praxis werden, daß aktive Gewerkschaftsmitglieder, wie kürzlich auf einer ÖTV-Versammlung in Hamburg – unter formalen Gesichtspunkten von der Diskussion ausgeschlossen werden, weil man ihre inhaltliche Kritik verhindern will? Dabei geht es nicht grundsätzlich gegen jede Um- oder Neuordnung der Gewerkschaften, aber sie muß sich orientieren an den tatsächlichen Bedürfnissen, den Sorgen und Nöten der Beschäftigten – und deren Interessen politisch konsequent vertreten. HH, 9.1.1999 ■

■ GEW - BERLIN

Arbeitszeitkonten kontra Arbeitszeitverlängerung

Diese beiden Sparmöglichkeiten im Berliner Schulwesen bestimmten die Auseinandersetzungen im Jahre 1998, insbesondere in der GEW. Grundlage dieser Sparvariationen war das Haushaltsstrukturgesetz vom März 1996, das eine Einsparung von 3000 Lehrerstellen bis 1999 vorsieht.

Diese Einsparung sollte durch eine Arbeitszeitverlängerung erreicht werden, sofern es nicht gelänge, den Stellenabbau durch Alters- und sonstige Teilzeit zu erwirtschaften. Diese Drohung hing als Damoklesschwert seit dem Zeitpunkt über den Auseinandersetzungen zwischen Schulsenat und Gewerkschaft.

»Einigung in letzter Minute«

Mit dieser Überschrift erging Ende Mai ein Papier mit dem Verhandlungsergebnis zwischen dem Schulsenat von Berlin und der GEW, sowie Verbänden des Beamtenbundes an die Mitglieder der GEW:

»Massive Proteste und die Ankündigung von Streikmaßnahmen zwangen den Senat zum Einlenken«, so die Einleitung um die »Vereinbarung zum Ausgleich struktureller Ungleichheit und über einen Einstellungskorridor zur Deckung struktureller Bedarfe (sprich: Verbesserungsversuche in besonders problematischen Mangelfächern, d.Verf.) sowie weiterer Maßnahmen zur Organisation der Berliner

Schule«. Die Drohung einer zweiten allgemeinen Arbeitszeitverlängerung nach 1992 war vorerst vom Tisch.

Das Verhandlungsergebnis

Am 4.6.1998 wird den »lieben Kolleginnen und Kollegen« die qualitative Bedeutung der Vereinbarung durch den Vorstand näher gebracht. Die Arbeitszeitverlängerung für alle hat sich verwandelt in Arbeitszeitkonten für zirka 60 Prozent der Lehrkräfte. Ab dem 1.8.1998 arbeiten alle:

■ unter 50jährigen Grund-, Haupt-, Real- und Gesamtschulkräfte eine Stunde,

■ unter 50jährigen an Gymnasien, Sonderschulen, im zweiten Bildungsweg und an berufsbildenden Schulen zwei Stunden, und die

■ 50 bis 52jährigen Lehrkräfte generell eine Stunde mehr. Ausgenommen sind diejenigen Lehrkräfte, die mit mindestens drei Unterrichtsstunden Minderarbeit teilzeitbeschäftigt sind.

So wurden aus Arbeitszeitkonten »um den Unterricht in Mangelfächern zu gewährleisten« (lt. Vereinbarungsmittteilung der GEW) eine »flächendeckende Einführung« (4.6.1998), die mindestens zwei Jahre gelten, jedoch maximal nach vier Jahren beendet sein soll.

Nach diesem Zeitraum sollen die betroffenen Kolleginnen und Kollegen dann eine bzw. zwei Stunden weniger arbeiten entsprechend der »Ansparmenge«. Der Haken bei dieser Festlegung ist der Vorbehalt, daß die Garantie der Rückzahlung abhängig ist von der Ausformung eines neuen Arbeitszeitmodells und der damit verbundenen Pflichtstundenregelung. So ist zu befürchten, daß von dem Vorschub am Tag der Rückzahlung nicht mehr viel übrigbleibt. Ebenso ist auch noch nicht hinreichend geklärt, wie die KollegInnen, die in den Mangelfächern (zum Beispiel in bestimmten berufsbildenden Schulen) ihre heute geleistete Mehrarbeit »abfeiern« können sollen, wenn bei fortgesetzt höherem Bedarf keine neuen Lehrkräfte ausgebildet oder eingestellt werden.

Auf der Habenseite waren folgende Verhandlungsergebnisse, die eine Ablehnung der Vereinbarung erschwerten:

■ 450 Neueinstellungen auf Zwei-Drittel-Teilzeitbasis,

■ Aufstockung dieser Teilzeit auf eine volle Stelle innerhalb von spätestens fünf Jahren (Dies muß unter Beteiligung der Personalräte erfolgen.),

■ Altersteilzeitmöglichkeiten ab 55 Jahren auch für verbeamtete Lehrkräfte,

■ Ausschluß einer formalen Arbeitszeitverlängerung für die Dauer der Gültigkeit der Vereinbarung.

Der Weg zur »Einigung in letzter Minute«

Im März erging an die GEW-Mitglieder die Mitteilung über einen Vertrag zwischen GEW und Schulsenat, der die Schaffung von bedarfsorientierten Arbeitszeitkonten, einen Einstellungskorridor, der zur Deckung von Bedarf in Mangelfächern dienen sollte, von zirka 450 Stellen, günstigen Möglichkeiten der Altersteilzeit, sowie besserer Bedingungen bei der Beurlaubung und Teilzeit vorsah.

Doch bereits am 9. April kam ein Dementi. Die Vereinbarung war wegen zu langer Laufzeit (insbesondere im Hinblick auf die formal ausgeschlossene Möglichkeit einer Arbeitszeitverlängerung bis zum Jahre 2009) von der SPD-Fraktion und der Finanzsenatorin, Fugmann-Heesing (SPD) sowie dem ebenfalls zuständigen Innensenator Schönbohm

(CDU) abgelehnt worden. Stattdessen sollten die Lehrer nun doch wieder schulspezifisch zwischen einer halben und zwei Stunden länger arbeiten.

»Dem Diktat der Berliner SPD widersetzt sich die GEW mit aller Kraft und ruft Euch auf, gemeinsam gegen die angekündigte Arbeitszeitverlängerung einzutreten...« (GEW-Mitteilung vom 9.4.1998)

Auf vier überbezirklichen Vertrauensleuteversammlungen und einer für den 26. Mai geplanten Landesdelegiertenversammlung sollte über Arbeitskampfmaßnahmen beraten und beschlossen werden. Auf einer dieser Vertrauensleutesitzungen lautete der Tenor des Vorsitzenden Erhard Laube: Die Arbeitszeitverkürzung werde nur schwerlich zu verhindern sein, wir müssen aber dennoch streiken, um für längere Zeit Ruhe zu haben. Immerhin hatte es nach dem letzten Tagesstreik sechs Jahre bis zu einem neuen Vorstoß des Senats gedauert. Laube sah den Zeitpunkt eines Arbeitskampfes als günstig an, verwies auf die bevorstehenden Bundestagswahlen und die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im Herbst 1999. Auf ein zeitliches Ausmaß der Aktion wollte er sich nicht festlegen. Laube macht die Länge eines Arbeitskampfes richtigerweise von der Kraft der Bewegung abhängig. Er ging somit auf die geäußerten Bedenken über die Wirksamkeit eines »Aktionstages« ein. Er teilte mit, daß Eltern- und Schülerschüsse bereits konkrete Unterstützungsmaßnahmen angekündigt hätten, hinter denen sich die GEW aber nicht verstecken wolle.

Ohne eine besondere Euphorie auszustrahlen, begrüßte die Versammlung die geplante Streikmaßnahme. In Zeitungsannoncen sollten Schulgruppen die Verantwortlichkeit des Senats über die Bildungsmisere, die notwendigen Kampfmaßnahmen öffentlich machen. Die GEW wollte die Hälfte der Kosten tragen. Rechtliche Bedenken konnten weitestgehend beseitigt werden. Bis zum 20. Mai sollten Mitteilungen über die Meinungsbildung an den Schulen an den Vorstand ergehen. Für den 19. Mai waren zeitgleich für alle 23 Bezirke Personalversammlungen anberaumt mit einer sich anschließenden Kundgebung vor dem Roten Rathaus, dem Sitz des Regierenden Bürgermeisters.

Wie ein Wunder kam die Lösung über Nacht

Am 18. Mai stimmte die vorzeitig einberufene Landesdelegiertenversammlung einem zwischen GEW und Schulsenat ausgehandelten Ergebnis zu.

»Jetzt ist es doch noch gelungen, die angekündigte Arbeitszeitverlängerung zu verhindern und die zahlreichen Verbesserungen bei Teilzeit, Beurlaubung, Fort- und Weiterbildung durchzusetzen. Vor allem aber ist die Verdoppelung des Einstellungskorridors ein Sieg für die arbeitslosen Lehrerinnen und Lehrer! ... daß es nun doch zu einer Vereinbarung kommt, liegt nicht so sehr am Verhandlungsgeschick der GEW BERLIN, sondern vielmehr an der großen Protestbereitschaft der Berliner Lehrerschaft. Dafür möchte ich Euch danken.« So der Berliner GEW-Vorsitzende Erhard Laube in einer Mitteilung.

Die »Gespräche« hierfür waren »inoffiziell« und »informell« zwischen Vertretern der GEW und des Schulsenats während der Streikvorbereitungen weitergeführt worden.

Wieso kam es zu dem schnellen Abschluß?

Im Info des Personalrats des Bezirks Tempelhof vom Mai 1998 gibt es einen deutlichen Hinweis (noch ging man von

einer allgemeinen Arbeitszeitverlängerung aus). Es heißt dort: »...3. Der Senat hat übersehen, daß auch die Änderung der Arbeitszeitordnung gewissen vorgeschriebenen Verfahren unterliegt, also mehrere Monate Zeit in Anspruch nimmt. Eine Umsetzung zu Beginn des Schuljahres erscheint zur Zeit nicht mehr möglich.

4. Sind wir also fein raus? Leider ganz im Gegenteil! Die Pflichtstundenerhöhung soll zum 1.2.99 kommen, das neue Schuljahr mit einer Unterdeckung von nur 95 Prozent der gebrauchten Lehrerstunden eingerichtet werden.« (Stand 8.5.1998)

Aufgezählt werden Folgen dieser Unterdeckung:

- Mehrarbeit wird zum Regelfall
- möglichst große Klassen und Kurse
- Streichung von Teilungs- und Förderstunden
- Streichung von Ermäßigungsstunden für besondere schulische Verwaltungsarbeiten.

Das Chaos an den Berliner Schulen wäre noch offensichtlich geworden. Diese Folgen hätten auch die Eltern und Schüler wieder massiver in Aktion bringen können, zumal sie während möglicher Kampfmaßnahmen der Lehrer auch Aktionen geplant hatten. Jetzt, mit einem großen zeitpuffer bis zum Sommer 1999 – konnte man die zu erwartenden weiteren Verschlechterungen mit fachkompetenter Hilfe der GEW auf gesicherte planerische Füße stellen.

Diese Verschlechterungen werden unter dem Mantel von mehr Gerechtigkeit verkauft. Angedacht, geplant sind eine allgemeine Präsenzpflicht der Lehrer in den Schulen, die über die eigentliche Unterrichtstätigkeit hinaus geht. Des weiteren denkt man an eine »fächerspezifische Leistungsbemessung«, das heißt in scheinbar weniger arbeitsintensiven Unterrichtsfächern soll letztlich mehr gearbeitet werden. So soll in einem korrekturarmen Fach wie zum Beispiel Sport zeitlich mehr Unterricht durchgeführt werden. Die Betroffenen werden natürlich ihre Gegenargumente in den besonders zeitlichen intensiven organisatorischen Erfordernissen (Betreuung von schulischen Wettkampfmannschaften, Organisation von Sportfesten, Wartung und Pflege der Sportgeräte und Sportstätten) ihres Faches sehen. Der gesellschaftlich recht angesehene Mathematiklehrer wird sich »sicher« fühlen; aber der »weniger wichtige« Gesellschaftskundelehrer könnte zum Beispiel entgegenen, daß er aufgrund der recht hohen Vorbereitungszeit für aktuelle Themen einen Bonus erhalten müsse und so weiter.

Die Gewerkschaft sollte sich hüten, dieses den Zusammenhalt zersetzende Theater auch noch mitzutragen. Die Verhandlungen werden nicht unter pädagogischen, sondern allein unter kostensparenden Gesichtspunkten geführt.

Reaktionen

Entsprechend den Inhalten des Abkommens und der Form des Abschlusses war und ist die Reaktion in den Kollegien unterschiedlich, wie in Leserbriefen der GEW-Zeitung »blz« deutlich wird: »... Viele Kollegien sind wirklich verärgert, ... Als schwerer Fehler der GEW-Politik wird der vorzeitige Abbruch und die mangelnde Unterstützung der ziemlich breiten und massiven Protestbereitschaft der Lehrer-, Schüler- und Elternschaft von Seiten der GEW-Führung empfunden. Das reale Verhandlungsergebnis steht nun wirklich nicht dafür! Meines Erachtens hätte der Protest von Eurer Seite viel stärker und professioneller organisiert werden müssen, statt nur auf Verhandlungsergebnisse zu schielen...«

(blz 8/98) Dem steht das Glück zweier Kolleginnen gegenüber: »...Nach 2,5 bzw. 3 Jahren Arbeitslosigkeit erfüllten sich dann tatsächlich unsere Hoffnungen auf eine Einstellung in den Berliner Schuldienst. Darüber sind wir außerordentlich froh, denn nun können wir in unserer Alltagsplanung immerhin auf ein 2/3-Einkommen zurückgreifen...« (blz 11/98).

Vorangegangen war die Gewöhnung an die im März 1996 durch die Verabschiedung des Haushaltsstrukturgesetzes eingeleiteten Verschlechterungen in der Schule wie die:

- Erhöhung der Klassenfrequenzen,
- Minderung von Vertretungsmitteln
- Wegfall von Altersermäßigungen
- Einsparung bei Sachmitteln (zum Beispiel der Kosten für Reinigungskräfte nach dem Motto: Schüler putzen aus pädagogischen Gründen ihre Klassen selbst).

Des Weiteren wurden Fristverträger auf Grund von Stundenreduzierungen vollbeschäftigter Kollegen gemäß einer vorhergehenden Vereinbarung für ein Jahr weiterbeschäftigt. Die schließliche Weiterbeschäftigung der KollegInnen in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis wurde durch das Arbeitsgericht gewährleistet. Die GEW hatte zur Massenklage aufgerufen, die Übernahme der Kosten garantiert (Herbst 1997). Die Mitgliedschaft war in dieser Auseinandersetzung nicht weiter als Kraft gefordert.

In diesem Frühjahr wurde diese Kraft kurz als Drohpotential genutzt, in die Verhandlungen geworfen und schnell wieder entfernt. Diese Handlungsweise drückte sich auch in der beliebigen Beurteilung der Kraft der Mitgliedschaft aus.

Einerseits wird das Ergebnis als Folge der Kampfbereitschaft der KollegInnen und Kollegen gelobt. Wird jedoch der Vorwurf laut, voreilig der Auseinandersetzung aus dem Weg gegangen zu sein, so kommt aus den Vorstandsreihen und Personalratsreihen der Vorwurf, daß es ja nur wenig eigenständige Bewegung gegeben hätte.

Mit dem Weg in den Abschluß geht es einen weiteren Schritt in Richtung »sachbezogener, realistischer« Bildungspolitik, die den gesellschaftspolitischen Hintergrund mehr und mehr außer acht läßt. Das Gemeinsame der Beteiligten bzw. Betroffenen an der Abwehr gegen die staatliche Sparpolitik gilt es dagegen voranzustellen.

Eine Wende ist nur abzusehen, wenn die Eltern und die Schüler selbst, als von der allgemeinen Verschlechterung Betroffenen, aktiver werden, ihre Bedürfnisse lautstark äußern und auch die Lehrer beginnen, sich als Arbeitnehmer zu verhalten, deren gesellschaftlicher Wert darin besteht, Arbeitsvermögen zu produzieren. (Dezember 1998)

Perspektive?

Am 23.10.1998 schickte der Vorstand der GEW-Berlin eine Mitteilung an die Mitglieder über die beschlossene Einführung eines neuen Arbeitszeitmodells als Folge der Initiative der Berliner SPD für das Jahr 1999/2000:

»Die beschlossenen Einführung neuer Arbeitszeitmodelle wird alle Berliner Lehrkräfte unmittelbar berühren. Deshalb möchte ich Dich auffordern, Dich mit Deiner Erfahrung und Deinen Vorstellungen in die Diskussion einzubringen.« Über den Inhalt dieses Modells gibt es keine Aussagen. Angedeutet wird das erwähnte Präsenzzeitenmodell.

»Niemand darf sich hinsichtlich der anstehenden Verhandlungen angesichts der nach wie vor schwierigen Haushaltssituation in Berlin Illusionen hingeben. Haushaltskon-

solidierung als Ziel des Berliner Senats meint nicht nur Verschlechterungen pädagogischer Standards, sondern auch der Arbeitsbedingungen von Lehrkräften. Es wird schwer sein, dies zu verhindern...«

Im Wahlkampf 1999 wird die Reform der Berliner Schule Wahlkampfthema sein. Das haben alle Parteien bereits signalisiert. In diese Diskussion werden wir als im Bildungsbereich professionell Tätige uns einbringen. Deutlich machen wollen wir auch, daß die Reform der Berliner Schule nur mit motivierten Lehrkräften gelingen kann.«

Zwar ist auch von »Widerstand bei einseitigen Verschlechterungen« die Rede, jedoch wird der Weg fortgesetzt, der zunehmend zum »Kreide fressen« führen muß.

Insofern sollten (verantwortliche) GewerkschaftskollegInnen bei ihrer Untersuchung der Berliner Vereinbarung auf einzelne positive Merkmale hin den Rahmen, in dem sich alles abspielt, im Auge behalten. Ausgangspunkt ist nach wie vor das bereits erwähnte Haushaltsstrukturgesetz von 1996, das Einsparungen von 3000 Lehrerstellen vorsieht.

Berlin, Dezember 1998 ■

■ NICARAGUA

Unterstützung für die Opfer der Naturkatastrophe

Die Gruppe Arbeiterpolitik hat sich an den Spendenaktionen für die Opfer des tropischen Wirbelsturms Mitch in Mittelamerika mit 6000,-DM beteiligt. Das Aufteilen des Betrages ergab sich aus den politischen Verbindungen der Gruppe: Die Hälfte des Betrages wurde über den Nicaragua-Verein Hamburg an soziale Einrichtungen der Hamburger Partnerstadt León in Nicaragua weitergeleitet, die andere Hälfte zu gleichen Teilen an die Beschäftigten in zwei Betrieben Leóns direkt übermittelt, zu denen seit der Zeit des sandinistischen »NICARAGUA LIBRE« Verbindung besteht: MACASA, eine Kooperative, die Lederwaren herstellt und die kollektiv betriebene Radiostation LA ESTACIÓN DE LA AMISTAD, bekannter als RADIO VENCEREMOS, das erste Radio im befreiten Nicaragua, das bereits während der Kämpfe gegen die Somoza-Diktatur seinen Betrieb aufnahm.

»Die letzten Zahlen«, schreibt der Hamburger Kinderarzt und ÖTV-Kollege Jürgen Steidinger, der schon seit Jahren in einem Krankenhaus Leóns arbeitet und Solidaritätsaktionen vor Ort koordinieren hilft, »sprechen von etwa 4000 Toten in Nicaragua – es werden sicher noch mehr – aber viele Menschen wird man einfach nicht mehr finden – ganze Familien wurden ausgelöscht – ganze Dörfer verschwanden von der Landkarte – und die Regierung weigert sich, den nationalen Notstand auszurufen – Begründung unter anderem, die materielle Hilfe aus dem Ausland hemme die einheimische Wirtschaft und es würden dadurch sowieso nur bestimmte Nichtregierungsorganisationen begünstigt – nämlich die ihren Ursprung in den achtziger Jahren hätten.« Die Unternehmer versuchen, selbst aus der Notlage der Bevölkerung noch Profit zu schlagen. Die Alemán-Regierung versucht durch Behinderung der Hilfslieferungen und Spenden in Regionen, in denen die Sandinisten die Mehrheit haben, ein Umdenken der Bevölkerung zu erzwingen. Zudem sollen Spenden künftig mit Zoll belegt werden, um das von Welt-

bank und IWF aufgezwungene Rationalisierungsprogramm ESAF finanzieren zu können.

Den USA ist mit Hilfe des von ihnen finanzierten und logistisch gesteuerten Contra-Krieges und seit dem Ausbleiben der Unterstützung für Nicaragua aus den sozialistischen Ländern gelungen, das Land wieder in ihren »Hinterhof« einzugliedern. Die sozialen Widersprüche, zu deren Überwindung die sandinistische Revolution aufgebrochen war, brechen heute verschärft auf. Daraus ergibt sich als Notwendigkeit, politische Verbindungen, die sich aus der Solidaritätsbewegung für das sandinistische Nicaragua entwickelt haben, zu erhalten und zu festigen. Hamburg, 10.1.99 ■

MARROQUINERIA CENTROAMERICANA, S. A. MACASA

León, Nicaragua
Apartado Postal 481
Del ENO 25 varas arriba
Teléfono: (0311) 2004
Fax: (0311) 2072
León, Nic. 23/11/98

ARBEITERPOLITIK
AMIGOS DE HAMBURGO
ALEMANIA
ESTIMADOS AMIGOS:

Antes de todo reciben de nuestra parte un fraternal y caluroso saludo revolucionario de todo el colectivo de trabajadores de MACASA.

Es muy bueno saber que aunque nos separe mucha distancia su amistad brilla como una lucapita intermitente que nunca se apaga y nos ilumina desde lejos y nos dice "No se preocupen amigos, aquí estamos nosotros para ayudarles" y nos llega en el momento más apremiante de nuestra vida.

Agradecemos mucho por todo el apoyo que hasta ahora nos han brindado y porque sabemos que siempre podremos contar con ustedes, especialmente en este duro momento de nuestra historia.

Tenemos que lamentar la muerte de muchos hermanos nicaraguenses que sucumbieron ante la catástrofe del huracán y la destrucción parcial de nuestro país en especial de las carreteras, puentes, casas, caminos y de la geografía, pero lo importante de todo esto es que estamos vivos y siempre dispuestos a seguir luchando para levantar del suelo a nuestra empresa y a nuestro país mediante nuestro trabajo.

Adjunto le estamos enviando el listado de los trabajadores del colectivo que recibieron la ayuda y que con los que hasta este momento nos encontramos trabajando por desarrollarla.

Gracias por todo y les declinamos hasta pronto, ya que seguiremos siempre en contacto.

SALUDOS A TODOS
HAMBURGO-NICARAGUA-LEÓN-ALEMANIA-MACASA-PETER-HILDEGARD-REINATE-ANDREAS-TODOS AMIGOS HASTA SIEMPRE.....

GRACIAS POR TODO.....

Liebe Freunde,
vorweg unsererseits einen brüderlichen und herzlich revolutionären Gruß vom Kollektiv der bei MACASA Beschäftigten.
Es ist sehr gut zu wissen, daß trotz großen Entfernung die Freundschaft leuchtet wie Licht, das niemals verlöscht, das uns leuchtet und uns sagt, macht Euch keine Sorgen, Freunde, wir sind da, um Euch zu helfen – eine Botschaft, die uns in einem schwierigen Augenblick unseres Lebens erreicht.
Wir bedanken uns sehr für die Unterstützung, die Ihr uns bis heute geleistet habt, und aufgrund derer wir wissen, daß wir immer auf Euch zählen können, vor allem in diesem schweren Moment unserer Geschichte. Wir müssen leider viele tote Freunde melden, die infolge der Hurrican-Katastrophe umgekommen sind – hinzu kommt die teilweise Zerstörung unserer Felder, der Straßen, Brücken, Häuser und der Landschaft, aber das Wichtigste ist, daß wir am Leben sind und weitermachen und weiter kämpfen - um unseren Betrieb wieder aufzubauen und unser Land und damit unsere Arbeitsplätze.
Wir legen Euch eine Liste mit den Unterschriften der Beschäftigten unseres Kollektivs bei, die Eure Hilfe erhalten haben und bereit sind, sich am Wiederaufbau zu beteiligen.
Dank für alles – wir antworten Euch schnell, weil wir mit Euch in Kontakt bleiben wollen.

RADIO VENCEREMOS
"LA ESTACIÓN DE LA AMISTAD"
León, Nicaragua

León, 23 de Noviembre de 1998.

Cro. R
Hamburgo, Alemania.

Estimado compañero:

Por este medio quiero enviarles a usted y resto de compañeros un efusivo saludo por su apoyo incondicional que siempre han tenido para con nosotros; y un saludo para los amigos y compañeros del periódico "Política de los Trabajadores".

Hemos recibido todo correctamente. Enviaremos copias de los recibos con el mismo señor que trajo la encomienda, y esto se lo entregará Hingo Cabrera.

Los primeros \$ 350.00 lo destinamos para ayuda directa a los compañeros, ya que recién se nos habían venido las fuertes lluvias del Huracán Mitch y que nos llegó el donativo como anillo al dedo, y hacer algunos gastos necesarios.

Otros \$ 800.00 para pagar facturas y recibos pendientes, y nos vamos a reservar unos \$ 200.00 para gastos de la técnica para la instalación del transmisor.

Por otro lado, estamos esperando que el Dr. Jürgen Heidinger, nos comunique si ya vino el contenedor para la entrega del transmisor.

Saludándole con todo el cariño de siempre, me despido de usted, su afectísimo amigo y compañero,

Siempre fraternales,
Edmundo Icaza Mendoza
Edmundo Icaza Mendoza
Director
Radio Venceremos
León.



TRABAJADORES QUE RECIBIERON AYUDA DE HAMBURGO

DE ARBEITERPOLITIK-PETER R. HILDEGARD

No.	NOMBRES Y APELLIDOS	VALOR RECIBIDO	RECIBI CONFORME
1	Flor de Liz Roque Salgado	US\$ 100.00	<i>[Signature]</i>
2	Imelda Benedith Torrez	100.00	<i>[Signature]</i>
3	Estebana Suazo	100.00	<i>[Signature]</i>
4	Ma. Filca López	100.00	<i>[Signature]</i>
5	Ma. Haydee Pérez	100.00	<i>[Signature]</i>
6	Ma. Mercedes Delgado	100.00	<i>[Signature]</i>
7	Carmen Rayo	100.00	<i>[Signature]</i>
8	Uomingo Corea	100.00	<i>[Signature]</i>
9	Podro Benito Trujillo	100.00	<i>[Signature]</i>
10	Máximo Guido	100.00	<i>[Signature]</i>
11	Inés Rodríguez	100.00	<i>[Signature]</i>
12	Miguel Puentes	100.00	<i>[Signature]</i>
TOTAL.....		US\$1,200.00	

Werter Genosse,
auf diesem Wege möchte ich Dir und den übrigen Genossen einen herzlichen Gruß schicken und Dank für Eure Unterstützung, die Ihr uns immer gewährt habt. Und einen Gruß für die Freunde und Genossen der Zeitung »Arbeiterpolitik«!
Wir haben alles ordnungsgemäß erhalten. Wir werden Kopien der Empfangsbestätigungen mit dem gleichen Herrn schicken, der die Post mitgebracht hat.
Die ersten 350 \$ haben wir der direkten Hilfe für die Compañeros gewidmet, denn wir hatten ja die schweren Regenfälle des Hurrican Mitch, und die Spende kam gerade richtig, um erste notwendige Unterstützung zu leisten. Mit weiteren 800 \$ werden wir die ausstehenden Rechnungen bezahlen, und zirka 200 \$ in Reserve behalten für Ausgaben der Technik für die Installation des Senders.
Wir warten darauf, daß Dr. Jürgen Steidinger uns mitteilt, ob inzwischen der Container angekommen ist, um den Verstärker für den Sender zu übergeben.
Ich grüße Euch wie immer –
Edmundo Icaza Mendoza, Radio Venceremos, León